

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Im Wartestand

In welchem Verhältnis steht der deutsche Imperialismus zu dem der USA? Diese Frage wurde in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder von Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken diskutiert. Manche neigten und neigen zu der Auffassung, es handle sich beim ursprünglich westdeutschen Staat um einen bloßen Vasallen der USA. Andere

Osteuropas schäumten vor Wut. Im April 2022 schließlich trat der in Kiew regierende Präsident Wladimir Selenski vor die Presse und machte Merkel wegen der „Fehl kalkulation“ von 2008 für angebliche russische Kriegsverbrechen verantwortlich. Genützt hat dem Schauspieler die Show nichts. Als er beim diesjährigen NATO-Gipfel

hat und nennt das „eine schier unfassbare Leistung“. Seine Prognose lautet, einstweilen bleibe China zwar „die Nummer zwei der Weltwirtschaft“, um dann zu einer Gleichsetzung von China und den USA zu kommen: In der Welt, „wie sie ist“, gehe es „um einen ideologisch aufgeladenen Machtkampf, um Einflusssphären, letztlich um die Frage, wer als Nummer eins unter den Nationen künftig den Ton angibt“. Im Klartext: Die USA sind eine ebenso große Gefahr für den Weltfrieden wie China. Das ist noch nicht die Sicht Emmanuel Macrons, der beim China-Besuch Kriegstreiberei allein bei den USA sah, aber etwas anderes als die „China-Strategie“ von Baerbock und Scholz.

Macrons Äußerung wurde mit einem Aufschrei beantwortet, das Buch eines Journalisten geht unter. Allerdings ist seine Sicht für eine BRD, die von Scholz und Baerbock repräsentiert wird, etwas Neues und Naß nicht irgendwer. Offenbar werden aus der brandgefährlichen Situation in der Welt schon weitere Schlußfolgerungen gezogen. Vor wenigen Tagen erschien das Buch des früheren Chefs der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und jetzigen Mitarbeiters im Verteidigungsministerium Karl-Heinz Kamp mit dem viel-sagenden Titel: „Deutschlands nukleare Interessen nach dem Ukraine-Krieg“. Soviel läßt sich sagen: Der deutsche Imperialismus ist im Wartestand und bereitet sich auf mehr Eigenständigkeit vor.

Arnold Schölzel



1. September 2023: Antikriegstag in Berlin

heben hervor, daß das deutsche Großkapital stark genug ist, um eigene Interessen auch gegenüber der Führungsmacht durchzusetzen, Beispiel das Gas- und Röhrengeschäft plus Ostverträge in den 70er Jahren. Die deutsche Teilnahme an den endlosen US-Kriegen seit 1990 machte immer wieder eigene Expansionspläne sichtbar. Gilt also Karl Liebknechts Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“? Daran sollte kein Zweifel bestehen. Zumal der relative Verfall der US-Vorherrschaft in deutschen Führungsstäben selbstverständlich genau registriert wird.

Gegenwärtig scheint die Lage aber eindeutig: Die BRD unterwirft sich scheinbar bedingungslos dem Kriegskurs der USA gegen Rußland. Das begann Mitte der 90er Jahre mit der Entscheidung, die NATO entgegen allen Absprachen bis an die Grenzen Rußlands auszudehnen. Auf eine deutsche Abweichung dabei machte am 16. September „Der Spiegel“ aufmerksam: Angela Merkel (wie mit ihr mehrere andere westeuropäische Staats- und Regierungschefs) lehnte auf dem NATO-Gipfel im April 2008 den Vorschlag des damaligen US-Präsidenten George W. Bush ab, die Ukraine und Georgien in den Pakt aufzunehmen. Die reaktionären Regierungen

in Vilnius die Ukraine-Mitgliedschaft durch Erpressung des US-Präsidenten Joseph Biden durchsetzen wollte, wurde es sogar dem zu bunt. Es blieb im wesentlichen bei dem Beschluß von 2008. Eine ähnlich feste Position wie Merkel vor 15 Jahren mußte ihr Nachfolger Olaf Scholz nicht zeigen. Er steht nach außen rückhaltlos zu Washington.

Also Vasall? Die Schlußfolgerung greift zu kurz. Es mehren sich die Anzeichen, daß zumindest die „konzeptiven Ideologen“ (Karl Marx) des deutschen Imperialismus angesichts des Aufstiegs Chinas zur ökonomischen Weltmacht und der ablehnenden Reaktion des globalen Südens auf den Krieg des Westens gegen Rußland nachdenklich werden. In den Schlagzeilen der sogenannten Leitmedien spiegelt sich das nicht wieder. Dort bestimmen die Regeln der Kriegspropaganda das Geschehen.

Ein Beispiel für einen Hauch von Realismus ist dagegen das Buch des früheren stellvertretenden „Zeit“-Chefredakteurs Matthias Naß „Kollision. China, die USA und der Kampf um die weltpolitische Vorherrschaft“. Der Autor erwähnt darin, daß die Volksrepublik seit Ende der 70er Jahre ihr Bruttoinlandsprodukt um das 43fache erhöht

Aus dem Inhalt



Imperialistische Gewaltpolitik	2
200 Jahre Monroe-Doktrin	4
Verharmlosung atomarer Waffen	5
Was man über Rußland wissen sollte (1)	6
Anzeichen für großen europäischen Krieg?	8
Rüstungsausgaben der BRD	11
Sozialabbau und Aufrüstung	12
Wie kapitalistisch ist Rußland?	15
Geschichte der Ukraine (5)	16
Signal aus Johannesburg	18
Politischer Kredit für Türkei	20
Massenproteste in Pakistan	24
Globale Probleme (4)	26
NVA- Armee des Friedens	31
Engels in Eastbourne	32
Zum SPD-Niedergang	33
Leserbriefe	37

Imperialistische Gewaltpolitik der USA

Es sind besonders zwei Buchautoren, die als US-amerikanische Geostrategen das neuzeitliche Hegemoniestreben der USA theoretisch begründen: Zbigniew Brzezinski (1997) und Georg Friedman (2020). In seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ beschreibt Brzezinski die geopolitische Machtpolitik der USA. Für Brzezinski sind die USA die erste, einzige wirkliche und letzte Weltmacht. Um das zu bleiben, überziehen sie seit 1945 die Welt mit allen Formen der Androhung und Anwendung von Gewalt, von der Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder, über Finanz- und Wirtschaftskriege bis hin zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen.

und mit ihrem Eroberungskrieg gegen Mexiko. Den bisherigen Höhepunkt ihrer skrupellosen Gewaltpolitik erlangten die USA im 20. Jahrhundert, mit dem Ersteinsatz von Atombomben gegen Japan 1945. Jetzt, im 21. Jahrhundert, richtet sich ihre Machtpolitik gegen Rußland und China. Taiwan wird zur Ukraine gegen China.

Die Russen haben allen Grund, die völkerrechtlich vorgegebenen Sicherheiten auch für ihr Land zu verlangen. Sie haben ihre historischen Erfahrungen mit Invasoren aus dem Westen. Napoleon kam bis Moskau. Hitlers Wehrmacht bis nach Stalingrad. Immer mit den Hilfstruppen anderer europäischer Län-

sind als Besatzungsmacht mit ihren Militärstützpunkten und Atomwaffen immer noch da, seit 78 Jahren. Sie nutzen Deutschland als militärische Drehscheibe der NATO. Als Führungsmacht drohen die USA mit der NATO-Osterweiterung seit Jahrzehnten Rußland und führen mit der Ukraine seit 2014 ihren Stellvertreterkrieg gegen Rußland.

Es sind nicht russische Truppen, die an der mexikanischen oder kanadischen Grenze der USA stehen, sondern USA/NATO-Truppen mit ihren Raketen an der russischen Grenze. In diese Ausgangslage wollten die USA mit der NATO-Osterweiterung für einen Angriff auf Rußland und einen erfolgreichen atomaren Erstschatz gegen Rußland kommen. Mit der militärischen Spezialoperation versucht Rußland, das im Interesse seiner Sicherheit zu ändern.

Mit ideologischer Besessenheit unterstützen deutsche Mainstreammedien die Konfrontationspolitik der USA gegen Rußland und zunehmend auch gegen China. In der Politik des „Rechtsstaates“ BRD kommt der Begriff Völkerfreundschaft nicht vor. Konjunktur hat der Begriff Sanktionen (Plural!). Man setzt auf Konfrontation gegen Rußland und China. Man schürt Völkerhaß, wie schon einmal in Deutschland, diesmal in Vasallentreue zu den USA in Verbundenheit mit der EU.

Trotz Kriegspropaganda werden es jedoch immer mehr Autoren, die als Kritiker die aggressive Weltmachtpolitik der USA als das beschreiben, was sie ist, als Politik eines Staates, der die UNO sabotiert, internationale Verträge bricht und die Welt mit Krieg und Terror überzieht. Eine Politik, die mit erpresserischen Wirtschaftskriegen und verbrecherischen Angriffskriegen seit langem die größte Bedrohung für den Weltfrieden ist.

Niemand sonst hat seit 1945 so viele internationale Verträge und Vereinbarungen gebrochen wie die USA. Nach 1945 begann dies mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens, der 1949 mit der Gründung des Separatstaates Bundesrepublik zur grundgesetzlich fixierten Spaltung Deutschlands führte. Aber bis heute behaupten bundesdeutsche Politiker und Medien, Ulbricht hat Deutschland 1961 mit dem Mauerbau gespalten.

Keine andere Nation hat seit 1945 so viele Regierungen gestürzt und Länder bombardiert und verwüstet wie die USA. Sie haben mit ihren herbeigelogenen Kriegen (Vietnam 1964–1975, Irak 2003–2011, Afghanistan 2001–2021 u.v.a.) zerstörte Länder, Millionen Tote, Not und Elend hinterlassen und riesige Flüchtlingsströme verursacht.

In seinem Buch „Warum schweigen die Lämmer“ (2018) vermerkt Rainer Mausfeld: „Insgesamt sind nach offiziellen Angaben und Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen die USA seit dem Zweiten Weltkrieg durch Angriffskriege auf andere Länder für den Tod von 20 bis 30 Millionen Menschen verantwortlich.“ Angesichts solcher Kriegsverbrechen fragte der englische Dramatiker Harold Pinter schon 2015 in seiner Rede zur Verleihung des Literaturnobelpreises: „Wieviel Menschen muß man töten, bis man die



ICAN-Aktion vor der Commerzbank-Zentrale in Frankfurt am Main 2014 gegen die Finanzierung von Atomwaffenherstellern

Sie bekämpfen jede revolutionäre Bewegung in aller Welt. Kuba seit 60 Jahren. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehört nicht zu ihren Werten. In seiner Funktion als Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten (1969–1975) kommentierte Henry Kissinger den Wahlsieg des Sozialisten Salvador Allende in Chile 1970: „Ich sehe nicht ein, daß wir zusehen sollten, wie ein Land als Folge der Unverantwortlichkeit seiner Bevölkerung kommunistisch wird. Diese Angelegenheit ist viel zu wichtig, als daß man die Entscheidung darüber den chilenischen Wählern überlassen kann.“ Danach handelte man, als die USA 1973 der von Pinochet geführten Militärjunta halfen, revolutionäre Veränderungen in Chile mit Mord und Terror im Blut zu ersticken.

Zur Durchsetzung ihrer globalen Herrschaftspolitik haben die USA die Welt mit einem Netz von Militärstützpunkten überzogen. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 883 in 183 Ländern. Auf diese gestützt betreiben sie eine Gewaltpolitik, die im Verbund mit den anderen NATO-Staaten permanent den Weltfrieden bedroht.

Kein anderes Land hat die USA je angegriffen und besetzt. Sie selbst haben seit ihrem Bestehen mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 unzählige Länder und Völker angegriffen. Die lange Kette ihrer Gewaltanwendung und Kriege begann im 19. Jahrhundert mit ihrem Vernichtungskrieg und Völkermord gegen die Ureinwohner ihres Landes

der. Gegen Rußland als größte Atommacht können die USA auch mit der Vereinigten NATO-Militärmacht heute nicht mehr direkt vorgehen. Sie nutzen die Ukraine für ihre imperialen Interessen. Die Ukraine soll mit massiver Unterstützung der NATO-Staaten die Drecksarbeit für die USA erledigen. Die NATO hat an der russischen Grenze offensive Waffensysteme aufgebaut und führt Manöver zum Erproben eines Angriffskrieges gegen Rußland durch. Aber westliche Politik und Medien erklären Rußland zur größten Gefahr für den Weltfrieden. In der Abschlusserklärung des NATO-Militärpaktes in Vilnius (Juli 2023) heißt es: „Die Russische Föderation ist die größte und unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für den Frieden und die Stabilität im euroatlantischen Raum.“ Die Osterweiterung der NATO, ihre Hochrüstung und ihre militärischen Angriffsübungen vor der Grenze Rußlands waren und sind danach keine Bedrohungen Rußlands, sondern ein „Beitrag zur Stabilität im euroatlantischen Raum“.

Lügen und Faktenverdrehungen gehören seit jeher ganz selbstverständlich zum alltäglichen Geschäft bei westlichen Politikern und ihren Herrschaftsmedien. Auch bundesdeutsche Politiker und ihre Medien wollen den Menschen weismachen, Rußland sei heute die größte Bedrohung für Sicherheit und Frieden. Die Russen haben 1994 mit ihrer Armee Deutschland verlassen. Die Amerikaner

Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein?“ Der deutschen Außenministerin Baerbock fällt dazu nur Putin ein. Sie kennt keine westlichen Kriegsverbrecher, die man zur Verantwortung ziehen müßte.

Zu fragen wäre auch, ab wieviel völkerrechtswidrigen Sanktionen und Angriffskriegen ist ein Staat ein Terrorstaat? Und wie nennt man einen Staatspräsidenten, der verkündet, Nordstream 1 und 2 verhindern zu wollen, was dann auch geschah? Wie bezeichnet man die Politik eines Staates, die mithilfe, einen anderen mißliebigen Staat zu ruinieren?

Von den US-amerikanischen und NATO-Kriegsverbrechen schweigen deutsche Politiker und ihre Medien. Sie verteufeln Putin. Es war nicht Putin, der völkerrechtswidrige Angriffskriege erfunden hat. Es war auch nicht Putin, es waren die USA, die 1999 mit der Bombardierung Jugoslawiens den Krieg wieder nach Europa gebracht haben. Es sind die USA, die ihre Interessen seit ihrer historischen Existenz als Staat immer wieder mit Gewalt gegen andere Völker und Nationen durchgesetzt haben.

Das beschreibt u.a. Daniele Ganser in seinem Buch „Imperium USA“ (2020) detailliert mit historischen Fakten. Er wird deshalb in Deutschland als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert.

Auch Armin Wertz listet in seinem Buch „Die Weltbeherrscher“ auf über 400 Seiten die Geschichte der schier endlosen Kette der militärischen und geheimdienstlichen Einsätze der USA gegen andere Völker, Länder und Nationen auf, in der die Ureinwohner Nordamerikas die ersten Opfer US-amerikanischer Machtansprüche wurden.

Bernd Greiner beschreibt in seinem Buch „Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben“ (2021) und stellt fest: „Die USA sind die kriegerischste Nation der Geschichte ... Seit 250 Jahren gibt es buchstäblich kein Jahrzehnt, in dem die USA nicht Krieg geführt, Truppen in fremde Länder entsandt oder ihnen mißliebige Regierungen gestürzt hätten.“ Seit dem Zweiten Weltkrieg nutzt der amerikanische Imperialismus Westeuropa als Brückenkopf gegen Eurasien, gegen Rußland und China und braucht heute die EU mit den europäischen NATO-Ländern als tributpflichtige Vasallen in ihrem Stellvertreterkrieg gegen

Rußland. Einen Krieg, der mit Hochrüstung und Waffenlieferungen aller NATO-Staaten an die Ukraine nachhaltig unterstützt und verlängert wird.

Wolfgang Bittner bezeichnet deshalb in seinem Buch „Die Eroberung Europas durch die USA“ (2017) die zum Krieg rüstenden westlichen Politiker, Journalisten und Militärs „eine verantwortungslose kriegslüsterne Meute“, die als „Führungs-Elite“ in Politik und Medien ... jegliche humanen Hemmungen verloren haben“. Eine kriegslüsterne Meute, zu der auch deutsche Politiker und ihre Herrschaftsmedien gehören, die nichts gelernt haben aus zwei Weltkriegen, aus dem von den USA geführten Mordfeldzug gegen Vietnam und aus dem 20 Jahre andauernden und verlorenen, von den USA geführten NATO-„Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan.

Verantwortungsloser als aufzurüsten und mit Waffenlieferungen einen Krieg zu verlängern, kann man in Zeiten von Klima-Kollaps und Atomkriegsgefahr kaum sein.

Dr. Gerhard Ferchland
Ahrensfelde

Redaktionell gekürzt

Mordamerika

Werner Rügemer hat die Geschichte der US-Außenpolitik als Kette endloser Verbrechen aufgeschrieben

Der Titel des neuen Buches von Werner Rügemer „Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg“ führt etwas in die Irre, weil der Band mehr enthält. Sein Inhalt ist die Chronik des nordamerikanischen Staates aus einer einzigen Perspektive: Rügemer trägt alle Tatsachen, Ereignisse und Namen zusammen, die besagen, daß die USA als Sklavenhalter- und Völkermordstaat entstanden, daß diese innere Geschichte als erster Rassenstaat der Menschheitsgeschichte (vor der Diktatur des deutschen Faschismus) zum Entstehen einer besonders brutalen Herrschaftsschicht führte und die Außenpolitik Washingtons von Anfang darin bestand, deren Interessen hemmungslos durchzusetzen – vom Landraub in Nordamerika bis zum Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki als vorläufigem End- und Tiefpunkt einer menscheitsbedrohenden Politik. Für den deutschen Mainstream gilt so etwas als „Antiamerikanismus“, auch wenn wie hier auf das „andere Amerika“, auf Aufstände, Rebellion und Klassenkämpfe immer wieder Bezug genommen wird.

Rügemer beleuchtet insbesondere eine US-Spezialität dieser Politik fast ununterbrochener Menschausrottung: Begleitet wird sie seit den Anfängen von salbungsvoller Propaganda für Gott, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie oder eben „werte- und regelbasierter Ordnung“. Rügemer hat ein riesiges Konvolut von oft unglaublichen

Zitaten zu dem Thema zusammengetragen, das Buch enthält 643 Anmerkungen mit Quellenangaben. Seine Spanne reicht von den angeblich friedvollen „Pilgervätern“, die 1620 mit der „Mayflower“ im heutigen Massachusetts ankamen und die Siedlung „Gottes eigenes Land“ gründeten und dort 1637 ein Massaker unter Ureinwohnern anrichteten, das den Ursprung des bis heute mit Truthahnbraten gefeierten „Thanksgiving“ darstellt, bis zum heutigen Ukraine-Krieg. Den bereitete zum Beispiel der damalige US-Präsident Barack Obama durch Ankündigung von Abrüstung und Abschaffung aller Atombomben vor, wofür er 2009 den Friedensnobelpreis erhielt. Er war der Musterfall eines US-Präsidenten: Er rüstete „die USA mit Berufung auf Gott noch weiter auf, erneuerte die Erstschlagsdoktrin, weichte Umwelt- und Arbeitsgesetze zugunsten der umweltschädlichen und für Anwohner oft tödlichen Fracking-Industrie auf und ließ mit BlackRock-Managern in seiner Regierung China zum neuen Hauptfeind erklären, durch US-Konzerne die Ukraine aufrüsten und den Krieg gegen Rußland vorbereiten.“ Rügemer vergleicht ihn mit Woodrow Wilson, der den Präsidentschaftswahlkampf 1913 mit dem Versprechen gewann, nie in den in Europa sich anbahnenden Krieg einzutreten, mit Hilfe professioneller Reklamefachleute und unter Berufung auf Gott das 1917 dennoch tat, aber ankündigte, das sei der Krieg, um „alle Kriege zu beenden.“ Rügemer zeigt,

wie Wilson und die USA in Wirklichkeit den Zweiten Weltkrieg mit vorbereiteten.

In diesem Hauptteil des Buches zeigt sich allerdings auch eine Schwäche: Die Fülle der manchmal zusammenhanglos nebeneinander gestellten Fakten und Sprüche von Zeitgenossen aus verschiedenen Ländern Europas erschlägt und führt auch in die Irre. Selbstverständlich steckte US-Kapital überall in Europa, sogar in der Sowjetunion, aber die antisemitisch-antikommunistischen Staaten in Osteuropa, Mussolini-Italien oder Franco und Salazar in Spanien und Portugal waren keine Vasallen der USA. Dasselbe gilt für Deutschland und die Nazibewegung. Ja, Henry Ford spendete großzügig an Hitler und die Ideologie von „Untermensch“ und ähnlichem entsprang der US-Idee von „Weißer Vorherrschaft“, der deutsche Faschismus aber war ein Produkt des deutschen Imperialismus und hatte ideologische Wurzeln in der geistigen Konterrevolution gegen Aufklärung und bürgerliche Revolution. Das tritt zu stark in den Hintergrund.

Dennoch: Die Materialfülle ist bestechend. Wer ein Compendium zu „Mordamerika“ und dessen ideologischer Selbstbeweihräucherung seit 400 Jahren sucht, hier hat er es.

Arnold Schözel

Werner Rügemer: Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa eroberten. Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg. PapyRossa Verlag, Köln 2023, 324 Seiten, 22,90 Euro

Vom Hinterhof zum Vorgarten – 200 Jahre Monroe-Doktrin

Als der fünfte USA-Präsident, James Monroe, am 2. Dezember 1823 die Leitlinien formulierte, die als nach ihm benannte Doktrin in die Geschichte eingingen, war das die Widerspiegelung einer neuen Qualität des Selbstbewußtseins der USA. Zu diesem Zeitpunkt war die Konsolidierung des Staatsterritoriums – sprich Raub/Aneignung des Landes der Prärieindianer – so gut wie abgeschlossen. Zwar standen die endgültige Unterwerfung der Prärieindianer, der Sezessionskrieg und die Aneignung der Hälfte des mexikanischen Staatsgebiets noch bevor, aber angesichts des Unabhängigkeitsprozesses in den Kolonien in Lateinamerika fühlte man sich schon so stark, die Gelegenheit nutzen zu können, um den europäischen Mächten Schranken aufzuzeigen. Dabei darf man nicht vergessen, daß die USA sich selber erst 1776 vom britischen Kolonialjoch losgelöst hatten. Mit der Monroe-Doktrin verbaten sich die USA jegliche Einmischung europäischer Länder auf dem amerikanischen Kontinent. Ein Verstoß gegen diesen politischen Grundsatz würde von den USA als feindselige Handlung angesehen werden und hätte unweigerlich ein Eingreifen der USA zur Folge. Im Gegenzug verzichteten die USA großzügig auf eine Einmischung in Konflikte in Europa. Die Kurzformel, auf die die Monroe-Doktrin reduziert wird, lautete dementsprechend: „Amerika den Amerikanern“, wobei mit „Amerikanern“ selbstverständlich die US-Amerikaner gemeint waren. (Dazu eine Anmerkung: Aufgrund der Abstammung von aus Afrika verschleppten Sklaven werden farbige Einwohner Amerikas gemeinhin als Afroamerikaner bzw. nach spezieller Nationalität Afrokolumbianer usw. genannt. Logischerweise müßten die hellhäutigen US-Bürger als Euroamerikaner bezeichnet werden, und die Bezeichnung „Amerikaner“ dürfte nur den originären Völkern zustehen.) Die USA nahmen und nehmen für sich das Recht in Anspruch, jederzeit in jedem lateinamerikanischen Land zu intervenieren, wenn sie es für nötig erachten. Die vielfältigen USA-Interventionen in Lateinamerika in den vergangenen 200 Jahren haben gezeigt, daß diese Politik von den USA skrupellos umgesetzt wird. Dabei muß man sich immer vor Augen halten, daß es sich bei der Monroe-Doktrin um einseitig von den USA definierte Prinzipien handelt, die kein Völkerrecht darstellen. Da die traditionellen militärischen Interventionen wegen Imagebeschädigung international nicht mehr gut ankommen, wird auf andere „nicht kriegerische“ Einmischungen neuerer Art in Form von US-finanzierten Stiftungen, NGO und Separatisten zurückgegriffen. Zu den „nicht kriegerischen“ Mitteln gehören auch die Wirtschaftssanktionen gegen Nationen, die sich nicht den USA-Maßstäben unterwerfen wollen, sondern für Gleichberechtigung und gemeinsames Handeln zum Wohle aller in einer multipolaren Welt eintreten.

Der Monroe-Doktrin haftete immer der negative Beigeschmack von angemaßter Vorherrschaft an, weshalb Barack Obama es im November 2013 sogar für opportun hielt, seinen Außenminister John Kerry die Monroe-Doktrin offiziell für tot erklären zu lassen, um dadurch seinen Heiligenschein als progressiver und verständnisvoller Präsident gegenüber den lateinamerikanischen Ländern noch heller leuchten zu lassen. Donald Trump hingegen betonte 2018 vor der UN-Vollversammlung, daß die USA jedes Eindringens „expansionistischer ausländischer Mächte“ (womit China und Rußland gemeint waren) in die westliche Hemisphäre zurückweisen würden. Dabei bezog er sich ausdrücklich auf James Monroe. Sein damaliger Sicherheitsberater John Bolton bekräftigte das mit der Versicherung: „Die Monroe-Doktrin lebt.“ James Monroe hatte allerdings schon einen Vorreiter. Bereits der dritte USA-Präsident, Thomas Jefferson, hatte erklärt, daß die USA eine Hemisphäre bräuchten, um Stabilität zu erreichen, zu prosperieren und ihre Großartigkeit abzusichern. Und diese Hemisphäre war natürlich Lateinamerika. Ganz aktuell findet sich diese Auffassung wieder in den Äußerungen der Generalin Laura Richardson, Oberkommandierende des für Lateinamerika zuständigen Südkommandos der US-Streitkräfte. Vor dem Atlantikrat erwähnte sie am 19. Januar 2023 u.a. die vielen Bodenschätze in Lateinamerika, die für die Sicherheit der USA wichtig seien. In ihrer Begeisterung sprach sie nicht einfach von Bodenschätzen, die dort vorhanden sind, sondern sagte mehrmals „wir haben“ dort ... Eine offenerzigere Enthüllung des Inhalts der Monroe-Doktrin ist wohl kaum denkbar. Die auf die Monroe-Doktrin folgenden weiteren USA-Doktrinen – Roosevelt-Doktrin 1901: Politik des großen Knüppels (big stick) und Truman-Doktrin 1947: Politik der Eindämmung des Kommunismus [containment policy] – dehnten den Anspruch der USA auf die ganze Welt aus und beruhen auf dem ideologischen Fundament, demzufolge die USA eine Ausnahmestellung in der Welt innehaben. Die „Amerikaner“ verstehen sich als auserwähltes Volk, dessen Werte und Institutionen einerseits allen anderen überlegen sind, und sie andererseits gerade deshalb die Pflicht haben, diese Werte zum Wohle der gesamten Menschheit weltweit zu verbreiten. Diese Auffassung wird unter dem Schlagwort „manifest destiny“ (offensichtliches oder unabwendbares Schicksal) zusammengefaßt und besagt, daß die USA einen göttlichen Auftrag zur Expansion hätten. Es handelt sich also um ein religiös-politisch-ideologisch begründetes Sendungsbewußtsein, bei dem die eigenen, gottgegebenen Werte zum Ziel und Ideal der gesamten Menschheit erklärt werden.

Diese Grundeinstellung findet auch darin ihren Ausdruck, daß führende USA-Politiker – u.a. Madeleine Albright, Barack Obama, Hillary Clinton, George W. Bush, Marco Rubio, Joe Biden, Jeb Bush – von den USA als der einzigen unentbehrlichen Nation der Welt sprechen, keine andere Nation könne diese Rolle übernehmen, und das schließe die Gestaltung der globalen Institutionen mit ein. Alle anderen Völker sind demnach entbehrlich und haben keine Daseinsberechtigung, wenn sie sich nicht den USA-Werten unterwerfen. Das ist die Geisteshaltung, die hinter der aggressiven USA-Großmachtspolitik steht. Donald Trump stellte neben seinen bekannten Losungen „America first“ und „Make America great again“ auch klar: „Die extreme Linke arbeitet aktiv darauf hin, unsere gottgegebenen Rechte auszulöschen.“ Es bleibt also weiterhin bei der Selbstwahrnehmung der USA als „God’s own country“. Die Monroe-Doktrin wurde im Laufe der Jahre immer wieder neu interpretiert und bleibt ein wichtiger Bestandteil der US-Außenpolitik. Sie spielt auch eine Rolle im beginnenden Wahlkampf in den USA. In dem Bestreben, sich als verständnisvoller Politiker darzustellen und sich von den Republikanern, speziell von Trump, abzugrenzen, enthüllte Joe Biden auf einer Pressekonzferenz am 19. Januar 2023 beiläufig den wahren Unterschied zwischen ihm und Trump. Dieser spreche von Lateinamerika als dem Hinterhof der USA, während er darauf bestehe, daß alles, was südlich der mexikanischen Grenze liegt, Washingtons Vorgarten ist. Sind nun die USA ihres Hinterhofs verlustig gegangen? Keine Sorge, in Lateinamerika weiß man schon, wer der neue Hinterhof des USA ist. So schrieb z.B. die Kommunistische Partei Chiles, daß „der nordamerikanische Imperialismus und sein neuer Hinterhof, die Europäische Union, auf eine Konfrontation hinarbeiten, die in einem Atomkrieg mit katastrophalen Konsequenzen für das Überleben der Menschheit enden kann“. Angesichts der Unterwürfigkeit der EU gegenüber der USA-Politik, wobei selbst gegen eigene Interessen agiert wird, sollte uns diese Einschätzung aus einem Erdteil, der seit 200 Jahren unter der Monroe-Doktrin zu leiden hatte, zum Nachdenken anregen und sie eingedenk des Umgangs der USA mit ihrem Hinterhof als Warnung verstehen lassen.

Gerhard Mertschenk

Gerhard Mertschenk ist Gründungsmitglied der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft, die über Entwicklungen in Lateinamerika berichtete, ihre Tätigkeit inzwischen aber eingestellt hat. Dennoch setzt Gerhard Mertschenk seine Informationsarbeit zu Lateinamerika fort und ist im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft bei der LINKEN, Cuba Sí, aktiv.

Atomare Waffen – die verharmloste Gefahr

Am 6. August 1945, um 8.15 Uhr und 17 Sekunden Ortszeit, entledigte sich die Besatzung des in knapp 10 km Höhe fliegenden B-29-Bombers Enola Gay ihrer Last – 45 Sekunden explodierte die Bombe, der man den zynischen Beinamen „Little Boy“ gegeben hatte, in 600 m Höhe. Niemand wird jemals genau sagen können, wie viele Menschen durch diesen ersten Einsatz atomarer Waffen ihr Leben verloren – und wie viele es noch verlieren werden, denn das Sterben dauert selbst heute noch an. Schätzungen zufolge hielten sich zum Zeitpunkt der Explosion etwa 310 000 Menschen in Hiroshima auf. 70 000 bis 80 000 von ihnen starben sofort; jene, die sich im Stadtkern befanden, verdampften regelrecht. Der grelle Blitz, der die Explosion begleitete, brannte ihre Schatten in Asphalt und Häuserwände. Etwa 90 Prozent der Menschen, die sich im Umkreis von 500 m um Ground Zero aufhielten, waren sofort tot – in einer Entfernung zwischen 500 bis 1000 m waren es knapp 60 Prozent. Mindestens 50 000 Menschen starben in den folgenden zwei Monaten einen qualvollen Tod, ausgelöst durch schwere radioaktive Strahlung. Zehntausende weitere folgten in den Jahren und Jahrzehnten danach. Radioaktive Strahlung ist ein „heimlicher Killer“, man sieht sie nicht, man hört und riecht sie nicht, und dennoch ist sie da. Für die politischen und militärischen Entscheidungsträger in Amerika war der Abwurf der ersten Uran-Atombombe auf Hiroshima ein Test, so wie der Abwurf der ersten Plutonium-Bombe („Fat Man“) auf Nagasaki zwei Tage später. Mit einem Schlag wurde den Menschen in aller Welt die schreckliche Gewalt dieser Art von Waffen bewußt – Waffen, denen man in der Sowjetunion im August 1945 noch nichts entgegenzusetzen hatte. Aber das sollte sich schon sehr bald ändern; das atomare Wettrüsten hatte begonnen.

In den folgenden Jahrzehnten stand die Welt mehrfach am Rand der atomaren Vernichtung, doch mit den grausamen Bildern von Hiroshima und Nagasaki vor Augen, rief die Furcht vor einer Wiederholung in den 80er Jahren hunderttausende Menschen in Ost und West auf die Straßen, um gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu protestieren.

Diese kollektive Furcht scheint heute im Westen nicht mehr zu existieren. Es ist erschreckend, mit welcher Naivität Pseudo-Experten, Journalisten und Politiker über den Einsatz von „taktischen Atombomben“ plaudern, gerade so, als handele es sich um eine ganz „normale“ Bombe – für die unmittelbare Umgebung zwar fatal, aber im Grunde eigentlich recht unbedenklich. Mit der Realität aber haben all diese Fantasy-Geschichten wenig zu tun. Es ist offensichtlich vergessen, daß „Little Boy“ genau solch eine „taktische Atombombe“ war. Die Hiroshima-Bombe enthielt 64 kg hochangereichertes Uran mit einem U-235 Anteil von 80 Prozent und hatte eine Sprengkraft von 12,5 bis 13 Kilotonnen TNT. Die Sprengkraft der Nagasaki-Bombe,

in der als Spaltmaterial nicht U-235, sondern 6,2 kg Plutonium (Pu-239) zum Einsatz kam, war sogar noch um zwei Drittel höher. Auch sie war das, was heute so verharmlosend als „taktische Atombombe“ bezeichnet wird. Der Abwurf einer solchen Bombe bedeutet sicher nicht das Ende der Welt, doch ihre tödliche Wirkung geht weit über den unmittelbaren Umkreis der Explosion hinaus. Der Explosionspilz reicht weit in die Atmosphäre hinein (bei „Fat Man“ waren es 18 km), Höhen- und Bodenwinde transportieren den radioaktiven Fallout hunderte, ja sogar tausende Kilometer weit.

Einsatz in der Hochatmosphäre – der ultimative „Black out“

Der Einsatz einer der Hiroshima-Bombe vergleichbaren „taktischen Atombombe“ muß aber nicht zwangsläufig mit Hunderttausenden Toten verbunden sein. Es geht auch anders, und sogar wesentlich effektiver, doch seltsamerweise spielt diese Variante in den medial präsentierten „Was wäre, wenn“-Phantasien kaum eine Rolle. Eine atomare Explosion ist nämlich immer auch verbunden mit einem extrem starken elektromagnetischen Puls (EMP) – so stark, daß dadurch sämtliche auf Elektronik basierende Technik dauerhaft ausgeschaltet wird. Die Zündung einer Bombe in der Hochatmosphäre würde im Umkreis von hunderten oder sogar tausenden Kilometern sämtliche elektronische Technik regelrecht lahmlegen. Dabei gilt: Je höher der Ort der Explosion, um so größer ist der Radius.

Das Märchen von der „harmlosen“ Uranmunition oder: Depleted Uranium, der leise Killer

Als Großbritannien und die USA im Frühjahr diesen Jahres entschieden, den Machthabern in Kiew „Depleted Uranium“-Munition zu liefern, blieb der öffentliche Aufschrei in der westlichen Welt aus. Im Gegenteil: Deutsche Medien und Politiker schämten sich nicht, diese Entscheidung in den höchsten Tönen zu loben. Ohne kritisch zu reflektieren, wurde kolportiert, was Washington vorgab: daß Uranmunition im Anti-Panzer-Kampf unschlagbar sei und Rußland damit ausgeschaltet werden könne. Und was die Strahlenbelastung betrifft, so sei die ja nicht so schlimm, schließlich handele es sich ja um „Depleted Uranium“ (DU), d.h. um abgereichertes Uran.

Zunächst: Was ist „Depleted Uranium“? Uran kommt in der Natur in verschiedenen Isotopen vor, die sich im thermodynamischen Gleichgewicht befinden. Sie alle sind, ebenso wie ihre Zerfallsprodukte, radioaktiv und emittieren – abhängig von der jeweiligen Stufe in der Zerfallskette – Alpha-, Beta- und Gammastrahlung. Im natürlichen Isotopenmisch dominieren U-238 mit 99,28 Prozent bei weitem. Dennoch ist dieses Isotop aufgrund seiner extrem langen Halbwertszeit (4,51 Mrd. Jahre) nur für 48,8 Prozent der spezifischen Aktivität verantwortlich. Der Anteil des für Atombomben interessanten

Isotops U-235 beträgt im natürlichen Isotopenmisch lediglich 0,72 %. Dennoch trägt es aufgrund seiner deutlich geringeren Halbwertszeit von „nur“ 710 Mio. Jahren gut 2,4 % zur spezifischen Aktivität bei. U-234 schließlich bringt es nur auf einen Massenanteil von 0,0057 Prozent, und das ist auch gut so! Seine Halbwertszeit beträgt nur 247 000 Jahre, so daß U-234 trotz seines geringen Massenanteils fast die Hälfte der spezifischen Aktivität des Urans verursacht! Für Kernbrennstäbe oder Atombomben muß der Anteil des spaltfreundigen U-235-Isotops im Uran stark erhöht werden. Dies geschieht entweder durch Zentrifugen oder durch Gasdiffusion. Depleted Uranium ist gewissermaßen ein Abfallprodukt dieses Anreicherungsprozesses und enthält nur noch 0,2 bis 0,3 Prozent U-235. Zur Erinnerung: Im natürlichen Isotopenmisch waren es 0,71 Prozent U-235. Aufgrund des verringerten Anteils an U-235 (und U-234) weist DU natürlich eine geringere spezifische Aktivität als das Ausgangsmaterial auf, was in jüngerer Zeit gern als Argument für die angebliche Ungefährlichkeit des DU verwendet wird. Die Erfahrungen sowohl des Golfkrieges als auch der Jugoslawienkriege sprechen eine andere Sprache.

Während des Golfkrieges 1991 setzten Amerikaner und Briten mehr als 290 000 kg DU-Munition in Form von großkalibrigen DU-Panzerbrechern und kleinkalibrigen Urangeschossen ein. Die großkalibrige Munition entzündet sich beim Aufprall und brennt sich durch den Panzer, doch dabei entsteht eine große Menge an Uranoxidstaub: Beim Aufprall eines 120 mm-Penetrators beispielsweise 900 bis 2400 g. Eingeatmet, kann dieser Staub viele Jahre im Körper verbleiben. Untersuchungen zeigten noch 10 Jahre nach Ende des Golfkrieges erhebliche Mengen an Uran im Urin von Kriegsveteranen. Die gesundheitlichen Folgen sind fatal.

Fatal sind aber vor allem auch die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, denn während die Soldaten längst das Land verlassen haben, muß sie auf dem verseuchten Boden leben. Und verseucht ist er: Uranoxid – sowohl in Form von Staub als auch durch Verwitterung der Geschoßfragmente entstanden – führt zu einer erhöhten Bodenradioaktivität, löst sich im Grundwasser und gelangt in die Nahrungskette. Zehn Jahre nach Ende des Golfkrieges listet der Journalist Daniel Robicheau die von offizieller Seite allzu gern verschwiegenen Langzeitfolgen des Einsatzes von Uranmunition im Irak auf: Im gesamten Irak, vor allem aber im Süden, stieg die Krebsrate um das Sechsfache, Mißgeburten und Deformationen bei Menschen, Tieren und Pflanzen sind an der Tagesordnung. Aber auch die US-Veteranen und ihre Familien leiden an den gleichen Folgen der eingesetzten „harmlosen Uranmunition“.

Radioaktiver Fallout, auch wenn er „nur“ aus abgereichertem Uran besteht, kennt keine Grenzen.

Was Du schon immer über Rußland wissen wolltest – und wissen solltest (Teil 1)

RF veröffentlicht Auszüge eines Interviews mit Felix Abt, einem Schweizer Anwalt, das Peter Hänssler von der Plattform easternangle.com am 1.9.23 mit ihm geführt hat.

Der Ukraine-Konflikt ist höchst umstritten und eine Partei, nämlich Rußland, trägt die ganze Schuld, wenn man westlichen Politikern und Medien glauben darf. Lassen Sie uns (...) einen genaueren Blick darauf werfen: Was sind die Motive für den Einmarsch Rußlands in die Ukraine und was sind die Motive seiner Gegner im Ukraine-Konflikt?

Die Motive reichen 30 Jahre zurück. Der militärische Konflikt in der Ukraine begann weder im Februar 2022 noch im Jahr 2014; die Saat für diesen Konflikt wurde in den 90er Jahren gelegt.

Als 1990 der Anschluß der DDR an die BRD ausgehandelt wurde, war die Formel klar. Die UdSSR stimmte dem in der NATO zu, solange die NATO nicht nach Osten erweitert würde. Es gab viele Diskussionen zwischen allen beteiligten Parteien: Den Deutschen, den Russen, den Briten, den Amerikanern und den Franzosen.

So sagte der deutsche Außenminister Genscher am 6. Februar 1990 zu seinem britischen Amtskollegen Douglas Hurd: „Die Russen müssen eine gewisse Sicherheit haben, daß, wenn zum Beispiel die polnische Regierung an einem Tag den Warschauer Pakt verläßt, sie am nächsten nicht der NATO beitrifft.“

US-Außenminister James Baker versicherte den Russen mehrmals, daß eine NATO-Osterweiterung inakzeptabel sei, und brachte seine berühmte Formel „keinen Zentimeter nach Osten“ an.

Viele Menschen in Rußland werfen dem letzten Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbatschow vor, naiv gehandelt zu haben, indem er den Erklärungen der westlichen Mächte, insbesondere der Amerikaner, Glauben schenkte. Die Geschichte zeigt, daß dieser Vorwurf nicht unberechtigt war.

NATO-Osterweiterung

Die Amerikaner haben ihr Wort nicht gehalten und die NATO ab 1999 erweitert – um 14 Länder: Truppen und Einrichtungen der NATO rückten 1 600 km näher an Moskau heran.

Interessanterweise gab es in den USA mehrere Stimmen, welche die jeweiligen Regierungen davor warnten, daß dieser Wortbruch letztendlich zu einem Krieg führen würde. Bill Perry, der zwischen 1994 und 1997 als Verteidigungsminister unter Präsident Clinton diente, warnte, daß die NATO-Osterweiterung Rußland in einen Krieg treiben würde.

George Kennan, einer der bedeutendsten amerikanischen Diplomaten aller Zeiten, war ein absoluter Rußland-Experte. Er nannte die NATO-Osterweiterung einen „strategischen Fehler von potenziell epischem

Ausmaß“. In einem Interview mit der New York Times aus dem Jahr 1998 erklärte er, daß es für die NATO-Osterweiterung „überhaupt keinen Grund gab“.

Aus diesen Fakten können wir schließen, daß (1) die USA eine klare Vereinbarung gebrochen haben und daß (2) führende US-Experten die NATO-Osterweiterung kritisierten und zurecht einen militärischen Konflikt voraussahen – über 25 Jahre, bevor der Krieg kinetisch wurde.

Präsident Putin – Münchner Rede

Im Jahr 2007 hielt Präsident Putin seine berühmte Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Er äußerte sich sehr deutlich zur NATO-Osterweiterung und zog rote Linien – leider hat ihn der Westen nicht ernst genommen.

Maidan

Nach dem Maidan-Putsch 2014 kam die Krim zu Rußland – von einem Staatsstreich zu sprechen, ist faktisch keine korrekte Beschreibung der Ereignisse, sondern reine Propaganda. 96 % der Einwohner/innen wollten Teil Rußlands sein – das ist rechtlich schon aufgrund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker gerechtfertigt. Ich war vor dem Krieg auf der Krim und habe mit vielen Menschen gesprochen – nicht einer wollte, daß die Krim zur Ukraine gehört; ich habe mit jungen Leuten und Großmüttern gesprochen – nicht eine einzige Ausnahme.

Minsker Vereinbarungen

Dann kamen die Minsker Vereinbarungen, die vorsahen, daß Lugansk und Donezk bei der Ukraine bleiben, aber eine gewisse Autonomie erhalten sollten. Präsident Zelensky – ein Komiker – wurde 2019 mit großer Mehrheit gewählt, weil er dem ukrainischen Volk versprochen hatte, Frieden mit Rußland und dem Donbass zu schließen und die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Die Menschen in der Ukraine wollten Frieden mit dem Donbass und mit den Russen.

Kurz nach seiner Wahl brach er sein Wahlversprechen und die westlichen Länder – einschließlich der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel – gaben 2022 zu, daß die Minsker Vereinbarungen nur deshalb geschlossen worden seien, um die Russen hinzuhalten und die Ukraine für einen Krieg gegen Rußland zu bewaffnen und auszubilden.

Ukrainischer Terror gegen die Bevölkerung im Donbass

Zwischen 2014 und 2022 beschossen ukrainische Truppen den Donbass täglich – sie zielten nicht auf militärische Einrichtungen, sondern auf Zivilisten. Das Ergebnis waren etwa 16 000 Tote, darunter viele Frauen, Kinder und ältere Menschen auf dem Weg zur Schule oder zum Einkaufen. Der Westen kümmerte sich nicht darum und schaute weg.

Russische Spezialoperation – Boris Johnson verhindert Frieden

Die russische Spezialoperation diente dem einzigen Zweck, einer ukrainischen Invasion im Donbass zuvorzukommen und die Ukrainer an den Verhandlungstisch zu zwingen. Das funktionierte und im März 2022, nur wenige Wochen nach Beginn der Feindseligkeiten, war die Ukraine bereit, sich zu einigen. Dann flog Boris Johnson nach Kiew und befahl der Ukraine, was zu tun sei: Den Krieg fortsetzen. So viel zu den Fakten.

Langfristige US-Strategie zur Schwächung Rußlands

Die Beweggründe der USA sind einfach: Rußland zu schwächen, um auf den Kampf gegen China vorbereitet zu sein. Das ist eine alte Strategie. Die Amerikaner verstecken ihre Absichten nicht einmal.

Der beste schriftliche Beleg ist eine Studie der Rand Corporation von 2019 mit dem Titel „Extending Russia“. Auf 300 Seiten erklärt das Papier, wie die USA Rußland schwächen können und sollten. Die Rand Corporation, ein amerikanischer Think Tank, verfügt über ein Jahresbudget von 350 Millionen US-Dollar. Die Rand Corporation wird vom US-Militär und Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes finanziert. Der Ukraine-Konflikt ist nur eines der Projekte, mit denen die USA versuchen, Rußland zu schwächen.

EU-Politiker – Handlanger der US-Außenpolitik

Die Motive der EU – so hart das auch klingen mag – sind nicht nachvollziehbar. Der Konflikt mit Rußland hat für die Bevölkerung und die Unternehmen der EU-Mitgliedsstaaten nur zu Entbehrungen geführt. (...) Diese Politiker sind die Handlanger des US-Imperiums und haben nicht das geringste Problem damit, ihr eigenes Volk zu verraten. (...)

Die Ukrainer werden abgeschlachtet

Die Ukrainer werden von ihrer eigenen Regierung abgeschlachtet und gezwungen, einen Krieg zu führen, den sie nicht gewollt haben und den sie nicht gewinnen können. Es ist eine menschliche Katastrophe für alle Soldaten an der Front, ob sie Ukrainer oder Russen sind, macht keinen Unterschied. Colonel Douglas Mac Gregor, meiner Meinung nach einer der besten Experten in diesem Krieg, sagte vor kurzem, daß bisher etwa 500 000 Ukrainer und etwa 50 000 Russen bei diesem Massaker getötet wurden; das sind alles Söhne, Brüder und Väter von jemandem.

Der kollektive Westen verhängte lange vor Rußlands Spezialoperation Sanktionen, die Waffe des Hungers, gegen Rußland, hat aber diese Eskalation des Konflikts als Gelegenheit genutzt, Rußland wirtschaftlich zu strangulieren. Wie es scheint, hat das für die Sanktionierer nicht so gut funktioniert. Aber bestimmte Auswirkungen hatten sie dennoch. (...)

Westliche Sanktionen – ein kompletter Fehlschlag

Die Sanktionen gegen Rußland, die bereits 2014 begannen, haben sich 2022 zu einem Sanktionsgewitter entwickelt, das in der Geschichte keinen Vergleich kennt.

Sie waren eine komplette Schlappe – einen anderen Begriff kann man nicht verwenden. Die Sanktionen von 2014 zwangen Rußland dazu, landwirtschaftlich unabhängig zu werden und führten dazu, daß Rußland heute der größte Agrarexporteur der Welt ist.

Die Sanktionen haben aus mehreren Gründen nicht funktioniert. Erstens ist es geradezu naiv, ein Land zu sanktionieren, das keine Nettoschulden hat und gleichzeitig der größte Rohstoffproduzent der Welt ist.

Der Westen hat den globalen Süden falsch eingeschätzt

Außerdem hat der kollektive Westen die Haltung des Globalen Südens völlig falsch eingeschätzt und war – zu meiner eigenen Überraschung – überrascht, daß alle großen Volkswirtschaften der Welt, wie China, Indien und viele andere, sich nicht an den Sanktionen beteiligten, obwohl die USA und die EU großen Druck auf diese Länder ausübten. Leider beugte sich die Schweiz, die seit langem ein neutrales Land ist und über zwei Jahrhunderte lang von diesem Status profitiert hat, innerhalb weniger Tage dem Druck der EU und der USA. Die Sanktionen zeigten nicht nur keine Wirkung, sondern machten den Ländern des Globalen Südens auch bewußt, wie gefährlich die Verwendung des US-Dollar ist, als die USA die Auslandsguthaben der russischen Zentralbank illegal einfroren.

Die Macht der BRICS als Ergebnis des Diebstahls russischer Vermögenswerte wird zum Untergang des US-Dollar führen

Die Folgen dieser beispiellosen illegalen Aktionen des kollektiven Westens sind jetzt zu sehen: Organisationen wie die BRICS, die SCO und die EEU handeln untereinander nicht mehr mit dem US-Dollar, sondern verwenden ihre eigenen Währungen, um weniger US-Dollar zu halten und sich vor möglichen US-Sanktionen zu schützen. (...)

Mit den beiden größten Ölproduzenten (Saudi-Arabien und Rußland) sowie den beiden größten Erdgasproduzenten (Rußland und Iran) als Mitglieder der BRICS ist eine unglaubliche Machtkonzentration über Energierohstoffe entstanden, die von den BRICS auch ausgenutzt werden wird – daran gibt es keinen Zweifel. Ungeachtet dieser Fakten blickt die westliche Presse immer noch auf diese Organisation herab und ist offensichtlich nicht in der Lage, die geopolitische Machtverschiebung zu erkennen, die sich direkt vor unseren Augen abspielt. (...)

Sanktionen sind ein häufig genutztes Instrument Washingtons und seiner „Koalition der Willigen“, um Chaos, Unzufriedenheit und Regimewechsel in einem Land herbeizuführen. Das Ziel des Westens ist es, Rußland als billige Rohstoffquelle auszubeuten. BlackRock, der größte Vermögensbesitzer der Welt, ist dabei, sich große Teile der Ukraine anzueignen, und auch Rußland wäre ein besonders wertvolles

Gut. Präsident Putin steht ihnen im Weg und ist dem Westen schon lange ein Dorn im Auge und ein Ziel von Regimewechselversuchen, weil er unabhängig ist und eine echte „Rußland zuerst“-Politik verfolgt.

Neben wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen werden auch Informationskriege und Psyops gegen ihn geführt. Jeder, der westliche Medien konsumiert, erkennt das sofort.

Was sind die Erfolge und Mißerfolge von Wladimir Putin und wie stabil sind das russische Präsidentenamt und das derzeitige Regierungssystem?

Rußland vor Putin

Ich kenne Rußland seit 1997. Damals boomten die Geschäfte der Oligarchen, aber nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung hatte ein menschenwürdiges Leben. (...) Nichts funktionierte, die sozialen Strukturen (...) waren zerbrochen und die riesigen Reichtümer der russischen Industrie wurden von einer sehr kleinen Zahl von Oligarchen ausgeweidet, die sich die Reichtümer des russischen Rohstoffgeschäfts für symbolische Beträge aneigneten, finanziert von amerikanischen Investmentbanken.

1998 Kollaps

Es überrascht nicht, daß dieses System im August 1998 vollständig zusammenbrach, der Rubel wertlos wurde und diese Krise Rußland an den Rand des totalen Zusammenbruchs brachte. Nur der Mentalität des russischen Volkes ist es zu verdanken, daß kein Bürgerkrieg ausbrach und die Menschen – zu meinem eigenen Erstaunen – nicht rebellierten. Die Regierungszeit von Präsident Putin begann im Jahr 2000. Er war im Westen kaum bekannt. Putin hat in St. Petersburg Jura studiert und einen Dokortitel in Wirtschaftswissenschaften erworben. Er spricht einwandfrei Deutsch und kann sogar simultan übersetzen. Er ist ein ehemaliger KGB-Mann mit einer hervorragenden Ausbildung, er ist ein großartiger Organisator und stellt Loyalität über alles. Er war – ganz im Gegensatz zu vielen Exekutivpolitikern im Westen – sehr gut darauf vorbereitet, eine so gewaltige Verantwortung zu übernehmen.

Ein schwieriger Start für Putin – Keine politische Macht für die Oligarchen

Wladimir Putin hätte keinen schwierigeren Start haben können, und niemand im Westen glaubte, daß Rußland wieder aufstehen würde.

Präsident Putin nahm die Arbeit auf und rief die Oligarchen zu sich. Er forderte sie auf, sich aus der Politik herauszuhalten, und bot ihnen im Gegenzug an, ihr sauer verdientes Geld zu behalten, falls sie einwilligten. Seine Position war schwach, zu schwach, um das Geld der Oligarchen zurückzuholen. Die meisten von ihnen fügten sich, einige verließen Rußland, und Chodorkowski, der reichste, versuchte, politische Macht zu erlangen. Er scheiterte und landete im Gefängnis.

Der Lebensstandard steigt

Die Verbesserung des Lebensstandards in Rußland seit dem Amtsantritt von Präsident

Putin kann nur als überwältigend bezeichnet werden. Man sollte Menschen nach den Ergebnissen beurteilen, die sie erzielen. Das hat man mir schon früh in meiner Karriere beigebracht und so beurteilt auch das russische Volk seinen Präsidenten. Seine Zustimmungsrates liegt bei etwa 80 %. Das ist unglaublich und die Menschen im Westen – einschließlich der westlichen Politiker – betrachten dies entweder mit Skepsis oder Neid. Doch wenn man sich die Versprechungen westlicher Politiker anhört und ihre Ergebnisse betrachtet, sind sie regelmäßig gleich null. Putins Zustimmungsrates basiert auf seiner Leistung und nicht auf einer unbegründeten „Liebe zu ihrem Führer“.

Nicht alles ist perfekt, aber das Alltagsleben, die Infrastruktur, die Effizienz im Umgang mit den Behörden bei alltäglichen Angelegenheiten ist absolut umwerfend. Ich bin Schweizer und wir scheinen in dieser Hinsicht verwöhnt zu sein, aber in Moskau funktioniert alles bestens. Moskau – ich kann nicht über ganz Rußland urteilen – ist meine Lieblingsstadt zum Leben. (...)

In den Regionen gibt es jedoch noch viel zu verbessern und die Korruption ist ein großes Problem. (...)

Putins Außenpolitik

Seine Außenpolitik gegenüber dem Westen ist ein Erfolg. In den 90er Jahren wurde Rußland im Westen nicht mehr respektiert. Präsident Putin änderte das drastisch, indem er die riesige Schuldenlast abzahlte, die hohen Staatseinnahmen aus den Rohstoffexporten nicht verschwendete und die russische Armee wieder aufbaute, was – wie sich jetzt zeigt – eine sehr gute Entscheidung war. Laut Colonel MacGregor ist die russische Armee heute konkurrenzlos gut.

Präsident Putin sah die geopolitischen Probleme voraus, die 2022 in einem kinetischen Krieg gipfelten, und er war es, der Rußland auf einen langen Konflikt vorbereitete. Für einen aufmerksamen Beobachter ist es offensichtlich, daß Rußland die Möglichkeit eines totalen Krieges mit der NATO sehr wohl einkalkuliert. Rußland ist vorbereitet – die NATO ist es nicht.

Präsident Putins außenpolitisches Versagen liegt wahrscheinlich in der Geduld, die er mit den Amerikanern hatte, weil er zu lange gewartet hatte, bevor er sich der NATO-Osterweiterung zu einem früheren Zeitpunkt entschiedener entgegenstellte. Dieses Thema wird unter den eher konservativen Denkern in Rußland diskutiert. Meiner Meinung nach ist es auch ein Beweis dafür, daß Putin alles versucht hat, um einen kinetischen Krieg zu vermeiden und damit genau das Gegenteil von dem ist, als das er im Westen beschrieben wird: ein Kriegstreiber.

Was die innerrussische Politik angeht, muß noch viel erreicht werden. Das riesige Land wartet vielerorts noch auf weitere Verbesserungen. Diese Tatsache als Versagen zu bezeichnen, ist jedoch fragwürdig, denn Präsident Putin mußte seine Prioritäten setzen, weil nicht alles gleichzeitig getan werden konnte. Die Geschichte wird zeigen, wie gut er seine Sache gemacht hat.

Anzeichen für einen großen europäischen Krieg?

Die Aussagen von derzeit herrschenden westlichen und prowestlich-ukrainischen Politikern und besonders deren eskalierende Kampfhandlungen an der ukrainisch-russischen Front sowie auf russischen und europäischen Territorien bestätigen den Fakt, daß die westliche Seite, welche die Ukraine in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß politisch, militärisch, ökonomisch und finanziell unterstützt, eine direkte Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation (RF) nicht nur anstrebt und unmittelbar vorbereitet, sondern bereits militärische Operationen auf russischem Territorium ausführt.

US-Präsident Biden will den Krieg mit Rußland, weil er dann keine Wahlen gewinnen muß, sondern einfach weiter im Amt bleiben kann. Unterstützt wird er dabei aktiv von den Neocons, dem Militärisch-industriellen Komplex (MIK) und Kriegsgewinnlern der westlichen Kriegsfraktion, die sich davon dauerhaft Superprofite versprechen. Bei diesen handelt es sich um die größte Umverteilung von unten nach oben seit dem 2. Weltkrieg.

Der Präsident der Ukraine, der ebenfalls seine Haut und seine Macht retten will, geht noch einen Schritt weiter. Er fordert den Westen offen dazu auf, unverzüglich einen atomaren Präventivschlag auf die RF auszuführen, weil die Ukraine nur dadurch gerettet werden könne. Gleichzeitig fordert er Atomwaffen sowie sogenannte Wunderwaffen für sein Land und will Raketen, Panzer, Drohnen und andere Militärtechnik nach westlichen Technologien in der Ukraine herstellen (ob Selenskyj dafür vor russischer Zerstörung geschützte Produktionsstätten findet?). Er führt sein vom kollektiven Westen völlig abhängiges Land in dessen Vernichtung (MacGregor, September 2023), verheizt das letzte Aufgebot der totalen Mobilmachung an den Fronten und treibt die ukrainische Bevölkerung in eine neue Flüchtlingswelle.

Der Geheimdienstchef der Ukraine, Budanow, der u.a. für eine maximale Ausdehnung des Ukraine-Konfliktes auf die RF und deren Verbündete sowie auf ganz Europa steht und dazu NATO-Truppen für den Kampf gegen Rußland in die Ukraine einlädt, beläßt es nicht bei Worten, sondern realisiert, gemeinsam mit westlichen Geheimdiensten (GB) Terroranschläge und Diversionen nicht nur in Rußland, sondern überall dort, wo diese der RF schaden (u. a. Diversionen und Drohnenangriffe auf das Saparoscher Atomkraftwerk und auf russische Atomanlagen). Es ist schwer, die russische Bevölkerung und die gesamte Infrastruktur des Landes vollständig vor solchen Terrorakten zu schützen, dennoch gibt es dabei Fortschritte. So wird in Moskau bereits ein 4-stufiges Abwehrsystem der Luft-Kosmischen Verteidigung

erfolgreich erprobt, welches auch auf andere lebens- und verteidigungswichtige Zentren des Landes ausgedehnt werden. Die Verantwortung dafür hat Putin, dem angeblich „in Ungnade gefallenem“ Armeegeneral Surowikin, der die notwendigen Lösungen finden und umsetzen wird, übertragen. Sind diese Aussagen und Handlungen nicht ein eindeutiges Anzeichen für das Beginnen eines großen konservativen oder atomaren



Schon 2019 übten ukrainische, kanadische und US-Soldaten gemeinsam

europäischen oder gar eines atomaren Weltkrieges durch den kollektiven Westen und die Ukraine? Rußland sind diese Fakten bekannt und deshalb bereitet es sich gezielt darauf vor.

Mit der RF, seinen Verbündeten Belarus, China, Iran, der DVRK, mit dem Rückenwind der neuen antikolonialen BRICS-Mehrheit und weltweit erstarkenden Friedenskräften entsteht ein neues Kräfteverhältnis in der Welt und damit ein Potential, welches in der Lage sein könnte, Biden und alle Kriegstreiber von ihrem menschenvernichtenden Vorhaben, einen großen europäischen sowie USA-Rußland-Krieg zu inszenieren, abzubringen und einen nachhaltigen Frieden zu erreichen.

Spürbare Veränderungen an der russisch-ukrainischen Front?

Der gut vernetzte Analyst Rainer Rupp stellte u. a. Ende August sinngemäß fest, daß die russischen Streitkräfte (RF-SK) seit ihrer Spezialoperation (SO) die ukrainischen Streitkräfte samt Soldaten und Kriegsmaterial bereits zwei- bis dreimal vernichtet haben (übrigens hat diese Entmilitarisierung der Ukraine gleichzeitig auch die Waffen- und Munitionslager der NATO geleert, wodurch die westlichen Liefermöglichkeiten 2023 und 2024 stark verringert werden). Jedesmal wurden die Verluste mit NATO-Waffen sowie mit frisch rekrutierten (12 Mobilisierungen) und im Westen ausgebildeten ukrainischen Soldaten und Söldnern, wenn auch nicht in vollem Umfang, so doch ersetzt.

In der fast drei Monate andauernden aktuellen Gegenoffensive der Ukraine, zu welcher der Westen und die Ukraine 12 Kampfbrigaden mit neuer Technik ausgerüsteten (ca. 60 000 bis 80 000 Mann), sollte mittels konzentrierter Schläge (US-Vorstellung) die russische Verteidigung in Richtung Melitopol und zur Krim durchbrochen werden. Die halbherzig und zersplittert handelnden Kräfte der ukrainischen und NATO-Streit-

kräfte (ukr.-NATO-SK) sowie die ungestümen und nach ukrainischer Taktik vorgetragenen Angriffe auf die strategischen russischen Verteidigungslinien führten zwar zu größten persönlichen und materiellen Verlusten, aber nicht zu einem Durchbruch der ersten Verteidigungslinie bei Rabotschino und Werbowe im Saporoscher Gebiet (Kujat, Reisner, S. Ritter). Und so ist bereits bei dieser gescheiterten ukrainischen Offensive der Großteil der dritten ukrainischen Armee und zahlreiche als „Wunderwaffen“ (Leoparden, Marder, Bradleys u.a.) propagierte westliche Militärtechnik auf dem Schlachtfeld vernichtet worden. Diese katastrophalen Ergebnisse führten zu gegenseitigen Schuldzuweisungen der US- und ukrainischen Generalstäbe sowie zu weiteren ukrainischen Waffenforderungen,

die beschleunigt geliefert werden müßten, insbesondere US-ATACMS-Langstreckenraketen (bis 300 km), Flugzeuge des Typs F-16, Taurus-Raketen großer Reichweite (BRD), auch Panzer und gepanzerte Technik von den NATO-Staaten. Die fehlenden Erfolge der ukrainischen Armee bewegen den Westen jedoch dazu, trotz aller Treueschwüre vorsichtiger bei den Waffenlieferungen zu sein. Während die USA Lieferungen von F-16-Flugzeugen und Abrams-Panzern verzögern und minimieren, weil sie deren Vernichtung befürchten, was zu Profit- und Imageverlusten des US-MIK führen würde, werden wohl die Niederlande, Dänemark und die BRD die versprochenen 100 Leopard-1-Panzer zügig liefern (eine bessere Entsorgung des Militärschrotts gibt es wohl nicht). Der Lieferfreigabe der deutschen Taurus-Rakete stehen politische Gründe entgegen, die sich daraus ergeben, daß es keinen Friedensvertrag zwischen Rußland und Deutschland gibt. Da das wirksame Waffensystem großer Reichweite auch als Angriffswaffe auf die RF eingesetzt werden kann (und wohl auch wird), würde Deutschland als Nichteinhalter des Waffenstillstands dastehen und müßte mit einer unmittelbaren militärischen Reaktion Rußlands rechnen. Deutschland würde aus russischer Sicht zu einem direkten Kriegsteilnehmer mit allen sich daraus ergebenden Folgen (ob die NATO in diesem speziellen Fall für Deutschland in den Krieg gegen Rußland ziehen würde, steht in den Sternen).

Immer lauter werden die Forderungen der Führung und des Militärs der Ukraine an den Westen, daß dieser nun Truppen in die Ukraine schicken müsse, um die RF zu besiegen und aufteilen zu können.

Die Ukraine wurde auf dem Vilnjuser NATO-Gipfel dazu genötigt, mehr beschädigte Militärtechnik (auch westliche) in der Ukraine wiederherzustellen und selbst mehr eigene Waffen zu produzieren und nicht nur auf westliche Lieferungen und Leistungen zu warten. (Ob es realistisch ist, daß sich die Ukraine und Rheinmetall dabei der kosmischen und Luftaufklärung und somit der Gegenwirkung der SK der RF entziehen können?)

Die ungewöhnlich hohen Verluste der ukrainischen SK entstanden aber auch durch die russische Lufthoheit, durch die Überlegenheit an Artillerie, Munition, Drohnen, an den wirksamen Mitteln des funkelektronischen Kampfes sowie durch Gleitbomben und Raketen (die RF erhöht ihr Potential an Gleitbomben um die Version FAB 1500, die es in großen Stückzahlen besitzt).

Westliche Militärexperten, so Rupp weiter, schätzen das Verhältnis von gefallenen russischen Soldaten zu denen der Ukraine auf 1:8. Dieses Verhältnis hat sich in der aktuellen Gegenoffensive noch verschlechtert (1:10), denn die ukrainische Militärführung hat ihre Soldaten, um die westlichen Waffen für spätere Operationen aufzusparen, ohne gepanzerte Technik in das Feuer des Gegners gejagt. Auf diese Weise verloren und verlieren täglich 600 bis 1000 Kämpfer in der Ukraine ihr Leben. Die gesamten Verluste der Ukraine während der russischen Spezialoperation werden derzeit (nach russischen Angaben) mit 565 000 angegeben, darunter einige Tausend ehemalige NATO-Soldaten und Freiwillige aus Polen, Rumänien sowie auch aus den USA und anderen NATO-Staaten. Allein in der derzeitigen ukrainischen Offensive sollen bereits über 70 000 für die Ukraine kämpfende Soldaten gefallen sein (Scott Ritter und MacGregor, Anfang September).

Der russische Militärberichterstatter Juri Podoljaka stellt spürbare Veränderungen bei den ukrainischen Soldaten fest, die jetzt nicht mehr in die von der eigenen Militärführung aufgestellten Fleischwölfe geraten wollen und geben, so im Norden bei Kupjansk zu beobachten, schneller ihre Stellungen auf und ergeben sich eher. Die russischen Soldaten hingegen flohen auch unter dem hohen Angriffsdruck nicht aus ihren Stellungen.

Die Mobilisierungen von neuen Soldaten in der Ukraine und in Rußland unterscheiden sich wesentlich voneinander. Die Ukraine führt bereits eine General-Mobilmachung durch (letztes Aufgebot: 250 000 Mann). Es gibt kaum noch Freiwillige. Auch Jugendliche (ab 16 Jahren), Kranke und „Unabkömmliche“ werden direkt aus der Ausbildung und aus den Betrieben und sogar auf der Straße rekrutiert, darunter auch Frauen (medizinisches Personal). Von den Partner-Ländern fordert die Ukraine die Übergabe von geflüchteten Männern im wehrfähigen Alter (Polen und Irland sollen bereits darauf eingegangen sein). Dieser Personalmangel hat jetzt schon negative Auswirkungen auf die Kampffähigkeit der ukrainischen Streitkräfte,

da ihre erfahrensten Soldaten bereits sinnlos verheizt wurden.

Rußland hat bisher nur eine Teilmobilisierung von 300 000 Mann durchgeführt und ist derzeit dabei, eine Reservarmee aus 450 000 Reservisten und Freiwilligen (auf vertraglicher Basis) aufzustellen, um seine Ziele in der SO zu erreichen und um auf eine NATO-Aggression vorbereitet zu sein. Dazu werden auch Söldner aus ehemaligen Sowjetrepubliken angeworben. Rußland erhielt auch Freiwilligenangebote aus Syrien, der DVRK und Kuba. Die RF, welche sich parallel auch auf einen Konflikt mit der NATO vorbereitet, erhält noch Ende dieses Monats gut ausgerüstete und ausgebildete Verbände, die das Zusammenwirken der Waffengattungen und Teilstreitkräfte beherrschen und immer kampffähiger werden, während die ukr.-NATO-SK aus Mangel an Personal und Material weiter degradieren. Die bereits seit Jahren existierenden Ziele des Westens und der Ukraine – Rußland zu schwächen, die Gesellschaft zu destabilisieren, Putin per Putsch zu entmachten und die Aufspaltung Rußlands nach jugoslawischem Muster – rücken in weite Ferne.

Das ist auch so, weil Rußland im Gegensatz zum Westen stabil dasteht, eine positive Wirtschaftsentwicklung und nur eine geringe Verschuldung (ca. 6 %) aufweist und 75 bis 80 % der Bevölkerung der Regierung zustimmen. Es muß festgestellt werden, daß beide Seiten derzeit noch an einen militärischen Sieg glauben und daher Verhandlungen nicht vorbehaltlos zustimmen. Und so geht der Zermürbungskrieg mit der Vernichtung besonders der Bürger der Ukraine und ohne entscheidende Geländegewinne weiter. Dennoch bereiten sich der Westen und die Ukraine, die die Niederlage ihrer Sommer-Offensive spätestens nach fünf Wochen eingestehen müssen, bereits auf eine neue Frühjahrs-offensive vor. Werden dann auf westliche Waffen auch westliche Soldaten folgen? Zu diesem Szenario äußerte MacGregor Anfang September, daß sich die Ukraine so selbst vernichten würde. Der Westen trüge dabei eine schwere Mitschuld.

Zu einer russischen Großoffensive ist festzustellen, daß es dazu kommen kann, aber nur, wenn es den RF-SK gelingt, die ukr.-NATO-SK so zu schwächen, daß die RF bei einer Offensive nicht mit großen personellen Verlusten rechnen muß. Das ist auch der Grund dafür, daß die RF-SK sich derzeit, da, wo es möglich ist, nur langsam vorwärtsbewegen.

Die russische Verteidigungstaktik hat ihre Überlegenheit gegenüber der westlich-ukrainischen Angriffs-Taktik eindeutig nachgewiesen. Die RF hat die Erfüllung ihrer Hauptaufgaben – Entmilitarisierung und Entnazifizierung – erfolgreich weitergeführt. Die Ukraine hingegen hat keines ihrer politischen und territorialen Ziele erreicht.

Ein Vorschlag für die Rückkehr zur politischen Vernunft

Bereits am 25. August erschien in der Schweizer Zeitung „Zeitgeschehen im Fokus“ ein Beitrag, der die Aufnahme von Verhandlungen fordert, um das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden. Es handelt sich dabei um einen vollständig ausgearbeiteten

Verhandlungsvorschlag, der die Positionen sowohl der Ukraine als auch Rußlands berücksichtigt.

Verfaßt haben diesen Vorschlag der Bundeswehrgeneral a. D. Harald Kujat, der ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz Prof. Horst Teltschik, der Historiker und Sohn von Willy Brandt, Peter Brandt, sowie der Politikwissenschaftler Hajo Funke.

Die vier Autoren fordern die Rückkehr zu einer vernunftbasierten Politik in Europa. Das Recht auf Selbstverteidigung berechtige die Ukraine nicht, sämtliche Prinzipien der Vernunft über Bord zu werfen, schreiben sie: *„Die Legitimität der bewaffneten Selbstverteidigung auf der Grundlage des Art. 51 der UNO-Charta entbindet die Regierung in Kiew und die sie unterstützenden Staaten allerdings nicht von der Verpflichtung – nicht zuletzt gegenüber dem eigenen Volk –, Vernunft walten zu lassen, sich der Steigerung von Gewalt und Zerstörung nicht hinzugeben und die Erlangung eines gerechten und dauerhaften Friedens politisch zu befördern. Auch während des Krieges – und gerade währenddessen – darf das stete Bemühen um eine diplomatische Lösung nicht nachlassen.“*

Sie erinnern auch die verantwortlichen deutschen Politiker an das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot und die gegenüber den UN eingegangenen Verpflichtungen, gegen welche die Verweigerung von Gesprächen und statt dessen das Befeuern des Konflikts durch immer umfassendere Waffenlieferungen verstoßen: *„Das gilt ebenso für die mittelbar Beteiligten, auch für die Bundesrepublik Deutschland, die durch das Friedensgebot des Grundgesetzes sogar besonders verpflichtet ist. Zudem hat die Bundesregierung am 2. März 2022, wenige Tage nach Beginn des russischen Angriffs, einer von der Ukraine eingebrachten, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Resolution zugestimmt, die eine friedliche Beilegung des Konfliktes zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ fordert.“*

Zu einer immer weitergehenden Eskalation dieses Konflikts wären nur Verhandlungen ohne Vorbedingungen eine vernünftige Alternative. Die Autoren sehen die Gefahr einer Ausweitung des Krieges auf ganz Europa. Da die militärischen, vor allem personellen Möglichkeiten der Ukraine weitgehend erschöpft sind, bliebe als ein Ausweg die direkte Einbeziehung westlicher Länder in den Konflikt. Daß die Kiewer Führung bereit ist und auch darauf abzielt, über Provokationen eine westliche Beteiligung zu erreichen, hat sie mehrfach bewiesen.

Im Vergleich mit Friedensvorschlägen anderer Länder wird auch das Manko dieses deutschen Vorschlags unmittelbar ersichtlich. Während die Vorschläge aus Brasilien, China und aus den afrikanischen Ländern direkt aus Regierungskreisen kamen, besitzt dieser deutsche Vorschlag keinerlei Rückhalt bei der jetzt amtierenden Bundesregierung. Da ein tatsächlicher Friedenswille unter den Regierungsparteien nicht zu erkennen ist, sollte der Vorschlag nicht nur kosmetischer Natur bleiben, sondern von allen friedenswilligen Kräften im Land aufgegriffen und unterstützt sowie für dessen Umsetzung eingetreten werden.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Unbequeme Wahrheiten und Erpressungen

Selenskyj fordert trotz Ausbleibens eines militärischen Durchbruchs die weitere Unterstützung vom Westen und droht andernfalls mit der autoritären Transformation der Ukraine und mit Unruhen ukrainischer Flüchtlinge in der EU, die damit erpreßt werden soll.

„90 Prozent werden sterben“

Die ukrainische Offensive kommt mehr als drei Monate nach ihrem Beginn immer noch nicht wie gewünscht voran. Nach stark anschwellender Kritik führender NATO-Generäle an der ukrainischen Mili-

lange wie nötig“ unterstützen. Das heißt nicht, daß es dazu keine internen Diskussionen gibt. Bereits Mitte Juli wurden der ehemalige Selenskyj-Berater Oleksij Arestowitsch und der Stabschef von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, die den Krieg bald durch territoriale Zugeständnisse an Rußland beenden wollten und als Gegenleistung Moskaus Einwilligung in eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine einzufordern, unsanft zurückgepfiffen, obwohl sich der NATO-Generalsekretär Stoltenberg dem Vorschlag vorsichtig angeschlossen hatte. Der Londoner Telegraph stellte fest: „Der

die EU für das Getreideeinfuhrverbot in der Sache, wenn nötig, vor ein Schiedsgericht der WTO bringen.

Schwenk zum autoritären Staat

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat in einem Interview nachgelegt, das vom britischen Economist publiziert wurde: Wenn er die westlichen Verbündeten sagen höre: „Wir werden immer auf eurer Seite sein“, dann sehe er in ihren Augen, daß sie am Erfolg der Ukraine zweifelten, daß sie in Wirklichkeit „nicht mit uns“ seien, erklärte Selenskyj: „Wenn du nicht auf der Seite der Ukraine bist, bist du auf der Seite Rußlands.“ Der Sieg werde nicht „morgen oder übermorgen“ erzielt werden können. Dennoch verdiene es die Ukraine zu gewinnen. Der Westen solle sie dabei unterstützen. Er selbst und auch sein Team müßten „bereit“ für einen langen Krieg sein; dieser werde so lange dauern, „wie Rußland auf ukrainischem Territorium bleibt“. Selenskyj warnte dunkel, ein langer Krieg werde „eine komplett militarisierte Wirtschaft“ erfordern; dazu sei „ein neuer Gesellschaftsvertrag“ nötig, eine Perspektive, die er der ukrainischen Bevölkerung darlegen müsse. Er sei „moralisch“ dazu bereit, ohne im Einzelnen darzulegen, was dieser mutmaßliche Schwenk hin zu einem autoritären Staatssystem bedeuten werde. Dieser könne nur abgewendet werden, wenn der Westen ihn weiter unterstütze, erklärte Selenskyj.



Aufgenommen am 14.9.23 in Gielsdorf (Brandenburg)

Foto: B.St.

tärstrategie, setzten die USA und GB Mitte August einen Strategiewechsel durch; dabei spielte ein Treffen westlicher und ukrainischer Generäle Mitte August an der polnisch-ukrainischen Grenze, darunter NATO-Oberbefehlshaber Christopher Cavoli, der britische Generalstabschef Tony Radakin und der Oberkommandierende der ukrainischen Streitkräfte, Walerij Saluschnyj, eine zentrale Rolle. Die NATO-Generäle hätten darauf gedungen, die Kräfte an einer Stelle der Front zu konzentrieren und dort den Durchbruch zu erzwingen, „auch wenn die Ukrainer dabei mehr Soldaten und Ausrüstung verlieren“. Ein ukrainischer Soldat schilderte in der Londoner Times, daß er davon ausgehe, 90 Prozent seiner Einheit an der Front zu verlieren. Der Durchbruch der ukrainischen Truppen zum Asowschen Meer, mit dem die westlichen Generäle gerechnet hatten, gilt jetzt als unwahrscheinlich.

Plan B: „ein Tabu“

Die militärisch desolante Lage führt zu ambivalenten Reaktionen. Die öffentlichen Stellungnahmen verhärten sich, als sich abzeichnet, daß der Durchbruch nicht gelingen wird. Auch westliche Militärs und Politiker wußten nicht recht weiter. Da man aber keine Schwäche zeigen wolle, gebe es faktisch „ein Tabu“, öffentlich über einen Plan B zu diskutieren. Die offizielle Sprachregelung laute, man werde die Ukraine „so

Ukraine läuft die Zeit davon“; „nach 18 Monaten Krieg“ sei „nicht mehr die Frage, ob das westliche Bündnis strauchelt, sondern wann“: „Der Westen muß sich auf eine Demütigung vorbereiten.“

Kiew droht mit Klage

In dieser Situation nehmen die Spannungen zwischen der Ukraine und ihren Unterstützern zu – und Kiew, fürchtend, in der Niederlage fallengelassen zu werden, geht in wachsendem Maß zu Drohungen und Erpressungen gegenüber dem Westen über. Bereits kürzlich reagierte Kiew überaus scharf auf die Ankündigung Polens, die Einfuhr ukrainischen Getreides weiterhin nicht genehmigen zu wollen. Im Frühjahr hatten vor allem polnische Bauern protestiert, weil sie mit billigem ukrainischem Getreide nicht konkurrieren konnten und herbe Verluste einführen.

Die EU hatte daraufhin ein Einfuhrverbot verhängt und so die Bauern aus Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien vor harten Einbußen geschützt. Polen fordert von Brüssel, das am 15.9.23 auslaufende Einfuhrverbot zu verlängern und hat angekündigt, es notfalls auf nationaler Ebene fortzuführen, auch wenn die EU-Regularien dies eigentlich gar nicht zulassen. Die Ukraine kündigt jetzt Gegenmaßnahmen an. Anfang September kündigte der stellvertretende Wirtschaftsminister Taras Katschka an, Kiew werde Polen sowie

EU mit den Medien vor sich hertreiben und erpressen

Der ukrainische Präsident äußerte weiter, der beste Weg, um Regierungen „zu überzeugen“, die Ukraine weiter zu unterstützen, sei es, „sie über die Medien vor sich her zu treiben“; dies sei in puncto Waffenlieferungen stets gut gelungen. Sollte der Westen allerdings seine Hilfe für die Ukraine reduzieren, werde das nicht nur den Krieg verlängern (unwahr, denn der Krieg würde schneller beendet werden). Es werde zudem „Risiken für den Westen in seinem eigenen Hinterhof schaffen“, wurde Selenskyj zitiert. Denn schließlich wisse niemand, wie die Millionen ukrainischer Flüchtlinge in den europäischen Ländern reagieren würden, wenn ihr Land im Stich gelassen werde. Bislang hätten sich die ukrainischen Flüchtlinge in der EU überaus „gut benommen“ und seien „sehr dankbar“ gegenüber denjenigen gewesen, die ihnen Zuflucht geboten hätten. Es werde aber keine „gute Sache“ für Europa sein, wenn es „diese Leute in die Ecke“ treibe. Die kaum verdeckte Drohung, Millionen ukrainischer Flüchtlinge gegen die Regierungen der EU aufzubringen, erfolgt – neben der Ankündigung, die EU vor ein Schiedsgericht der WTO zu bringen – zu einer Zeit, zu der die Ukraine offiziell die Aufnahme in die EU anstrebt und dabei schnelle Fortschritte verlangt.

Redaktionell gekürzt

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 13.9.23

Deutsche Rüstungsausgaben drohen zu explodieren

Mit ihrem Gipfelbeschluss von Wales 2014 beabsichtigte die NATO, ihre europäischen Mitgliedstaaten und Kanada bis 2024 zu verpflichten, ihre Militärausgaben möglichst auf 2 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben. 2014 waren es nach NATO-Kriterien – und nur die zählen – bei diesen Staaten durchschnittlich 1,43 %. (...) Zusammen mit denen der USA wuchsen die NATO-Militärausgaben von 943 Mrd. (2014) bis 2021 auf 1.154 Mrd. US-Dollar. Die Ausgaben Rußlands fielen zur selben Zeit laut SIPRI von 85 auf 66 Mrd. US-Dollar.

Deutschlands Aufrüstung begann 2014 bei 1,19 % des BIP (= 34,75 Mrd. Euro) und erreichte 2021 52,43 Mrd. Euro (1,46 % des BIP). Ein 2017 vom damaligen Chef des Planungsstabs der Bundeswehr, Bühler, erstelltes Papier gab ihr neuen Schub. Es verfolgt das Ziel, bis 2031 drei aus dem Stand heraus voll einsatzfähige Heeresdivisionen aufgestellt zu haben, so daß die militärische Schlagkraft des Heeres in etwa verdreifacht wird. Auch Luftwaffe und Marine sollen erheblich wachsen. 2017 starteten Merkel und Macron zwei deutsch-französische Megaprojekte der Luftwaffe (FCAS) und des Heeres (MGCS). 2019 verkündete die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, daß Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel bis 2031 erreichen wolle. Die Erhöhung der Militärausgaben hat einen Sinn: Als größte Ökonomie Europas strebt Deutschland eine militärisch unterfütterte europäische Führungsfunktion an. Bundeskanzler Scholz gab in seiner wegweisenden „Zeitenwenden-Rede“ am 27.2.2022 vor: „Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Damit zog er das Zieljahr 2031 auf 2022 abrupt vor. Die zusätzlichen Milliarden sollten aus Krediten in Höhe von 100 Mrd. Euro (Sondervermögen Bundeswehr) kommen. 13 Mrd. davon sind für Zinsen vorgesehen, mit den verbleibenden 87 Mrd. können bis 2030 neue Waffensysteme gekauft werden. Von 2028 bis 2058 wird aus dem regulären Haushalt getilgt.

Die NATO stellte kürzlich fest, daß Deutschland 2022 das Zwei-Prozent-Ziel unterschritten hat (1,49 %) und auch 2023 nicht erreichen wird (1,57 %). Was wie ein Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit aussieht, ist jedoch keiner. Denn der Bundestag hat parallel zum „Sondervermögen Bundeswehr“ am 2. Juni 2022 ein bisher zu wenig beachtetes Gesetz erlassen, das es der Regierung ermöglicht, die 2 % jeweils als Mittelwert aus fünf Jahren zu erreichen. Hierzu ein Interview mit der damaligen Verteidigungsministerin Lambrecht in der FAZ: „Lambrecht: Deswegen haben wir das Begleitgesetz geschrieben, daß wir das Zwei-Prozent-Ziel erreichen werden, aber eben im Mittel innerhalb von fünf Jahren.“

FAZ: Also nach Ihrer Theorie: zweimal 1,5 und dreimal 2,3 macht dann über fünf Jahre durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr. Lambrecht: Das ist nicht die Theorie, sondern so haben wir es miteinander im Begleitgesetz beschlossen.“ (FAZ 30.11.22) Dieses Begleitgesetz wird in Zukunft seine gewaltige Wirkung entfalten.

Bundeskanzler Scholz hat am 22.6.2023 offiziell verkündet, erstmals 2024 das Zwei-Prozent-Ziel erreichen zu wollen. Welche Militärausgaben wird das für Deutschland zur Folge haben?

Die NATO schätzt sie für dieses Jahr auf den Rekordwert von 64,055 Mrd. Euro. 55,5 Mrd. kommen aus dem Bundeshaushalt, der Rest aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“. Das sind 1,57 % des BIP. Daraus errechnet die NATO ein BIP von 4.080 Mrd. Euro für 2023. Wie hoch wird das BIP 2024 sein und wie hoch sind dann die deutschen Militärausgaben? Zwei Faktoren sind dafür bestimmend: das BIP-Wachstum und die Inflation. Für 2024 rechnet die Bundesregierung mit einem Plus des BIP von 1,6 %, die Bundesbank mit 3,1 % Inflation. Daraus errechnet sich ein BIP i.H.v. 4.274 Mrd. Euro für 2024. 2 % davon sind 85,5 Mrd. Euro.

Das bedeutet einen Anstieg von 2023 auf 2024 um 21,4 Mrd. Euro (+ 33,3 %) an deutschen Militärausgaben! Das ist skandalös und bis dahin einzigartig. Aber es kommt noch schlimmer. Ab 2025 greift das Begleitgesetz. Da die Prozentsätze in den beiden ersten Jahren des

Jahrfünfts unter 2 % lagen, müssen sie für 2025 und 2026 jeweils über 2 % liegen, damit ein Fünf-Jahres-Durchschnittswert von 2 % erreicht wird. Über die Verteilung der Höhe in diesen beiden Jahren kann nur spekuliert werden. Sicher ist ihr Durchschnitt: jeweils 2,47 %. Welche BIP-Werte und Militärausgaben sind für 2025 und 2026 zu erwarten?

Für 2025 erwartet die Bundesregierung ein Plus des BIP von 0,8 %, die Bundesbank geht von einer Inflation von 2,7 % aus. Das würde für 2025 ein BIP i.H.v. 4.424 Mrd. Euro ergeben. 2,47 % davon ergeben 109 Mrd. Euro deutsche Militärausgaben im Jahre 2025. Das sind unvorstellbare 45 Mrd. mehr als in diesem Jahr. 2026 schätzt die Bundesregierung den Anstieg des BIP wieder auf 0,8 %. Bei einer angenommenen Inflationsrate von 2 % ergibt sich für 2026 ein BIP i.H.v. 4.548 Mrd. Euro. Davon 2,47 % ergibt deutsche Militärausgaben i.H.v. 112 Mrd. Euro.

Diese Wahnsinnssummen werden zunächst in sehr hohem Maße mit Krediten des „Sondervermögens Bundeswehr“ gezahlt werden. 2023 sollen 8,5 Mrd., 2024 schon 19,2 Mrd. Euro daraus entnommen werden. Die restlichen ca. 60 Mrd. Euro verteilen sich auf 2026 und 2027. Denn Verteidigungsminister Pistorius gab an, daß das „Sondervermögen Bundeswehr“ 2027 aufgebraucht sein werde (FAZ 19.6.23). Das hat zur Folge, daß ab 2028 alle Militärausgaben aus dem Bundeshaushalt kommen. Jeder Euro mehr für das Militär konkurriert mit jedem Euro für Arbeit, Familie, Gesundheit, Klima und Bildung. Da sich das deutsche BIP bis Ende des Jahrzehnts voraussichtlich auf 5 000 Mrd. Euro hinbewegen wird, werden spätestens von da an Jahr für Jahr mindestens 100 Mrd. Euro aus dem Haushalt direkt ins Militär fließen. Es sei denn, die Hochrüster und Kriegstreiber haben bis dahin abgewirtschaftet und ein Friedensvertrag mit Rußland sorgt in Deutschland und Europa für Entspannung und Abrüstung.

Lühr Henken

Ko-Sprecher Bundesausschuß
Friedensratschlag

Redaktionell geringfügig gekürzt

TRIUMVIRAT ALS SONDERFALL

Kürzen statt Würzen und Investieren.
Für die Verteidigung trifft das nicht zu.
In der Spirale des Kriegs sich verlieren:
Vorsichtig, Deutschland, es nimmt Dir die Ruh.

Wer hat hier wen schon längst an der Strippe?
Die USA unsern Mann für Finanzen?
Christian Lindner, bewegt er die Wippe
Im Dienst von Unheil und Aufrüstungspranzen?

Und was ist mit Scholz, dem Pseudoengel,
Der Friedensfreunde satanisch verflucht?
Versteckt seine Hörner, der schlaue Bengel.
Auch er auf dem Bild per "Wanted" gesucht?

Und schließlich, zum Rollenfach der Naiven,
Außenministerlich fehlbesetzt,
Frau Baerbock auf den Thron zu hieven,
Sei dem Gedicht ein Schlusspunkt gesetzt.

Lutz Jahoda



Sozialabbau und Aufrüstung

Ampel legt größten Militärhaushalt seit 1945 auf. Zehn Thesen zum Niedergang in Deutschland und zu einer drohenden direkten Beteiligung am Ukraine-Krieg

*Hochrüstung im Visier (Rheinmetall-Standort Unterlüß, 6.6.2023)
IMAGO/sepp spieg*

*Die Bundestagsabgeordnete **Sevim Dagdelen** (Die Linke) hat vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestags zehn Thesen formuliert, die sie auf einer Diskussionsveranstaltung des Kölner Friedensforums am 1. September vorgestellt hat.*

Eins. Deutschland ist im Krieg, im Niedergang und im Ausnahmezustand. Allein, es gibt kaum eine öffentliche Debatte über die dramatischen Umbrüche in unserem Land. Mit 85,5 Milliarden Euro nach NATO-Kriterien für das Militär hat die Bundesregierung für 2024 einen Haushalt aufgelegt, der alle historischen Dimensionen seit Bestehen der Bundesrepublik sprengt. Es sind die höchsten deutschen Militärausgaben seit 1945. Deutschland steigt damit zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa noch vor Rußland auf.

Zwei. Wer glaubt, diese historisch hohen Militärausgaben werden keine Kürzungen im Sozialbereich nach sich ziehen, sollte besser auf den Haushaltsansatz der Bundesregierung für 2024 schauen (...). Hier ist das Prinzip „Sozialabbau und Aufrüstung sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille“ augenfällig, wie etwa folgende Kürzungsposten zeigen.

- Müttergenesungswerk: minus 93 Prozent,
- Familienferienstätten: minus 93 Prozent,
- Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten: minus 77 Prozent,
- freie Jugendhilfe: minus 19 Prozent,
- Wohngeld: minus 16 Prozent,
- BAföG: minus 24 Prozent.

Der Etatentwurf zeigt, wir haben es mit einem sozialen Krieg gegen die eigene Bevölkerung zu tun.

Drei. Dieser soziale Krieg gegen die eigene Bevölkerung beinhaltet aber auch eine Politik, die die Infrastruktur in Deutschland weiter kaputt kürzt und Deutschland als Industrieland massiv gefährdet. Viele denken hier oft nur an die Bahn, was sicherlich stimmt. Aus Personalmangel müssen Bahnstrecken zeitweilig eingestellt werden, so grotesk ist die Lage mittlerweile. Ein anderes, nicht minder gravierendes, Beispiel sind die Krankenhäuser. Die wirtschaftliche Situation der Kliniken ist dramatisch. Es droht ein Kahlschlag bei der Gesundheitsversorgung und die Schließung vieler weiterer Krankenhäuser, ohne daß hier von der Bundesregierung gegengesteuert wird. Am

Ende wird ein völlig kaputtes Gesundheitssystem stehen, das britischen Verhältnissen gleicht. Ende Juli 2023 standen im Vereinigten Königreich 7,6 Millionen Menschen auf Wartelisten für eine Routineoperation, so viele wie noch nie seit 2007, dem Beginn der Aufzeichnungen dazu. 383 000 Menschen warteten seit über einem Jahr auf eine OP. Diese neoliberale Politik kalkuliert den Tod von Millionen Menschen ein, die sich keine Operation an einer Privatklinik im Ausland



leisten können. Die Bundesregierung jedenfalls ist mit ihrem Wirtschaftskrieg verantwortlich für den beispiellosen Niedergang in Deutschland. Wer hier auch noch nach weiteren Verschärfungen der Sanktionen ruft oder wie Teile der Führung der Partei Die Linke lamentiert, daß diese nur „halbherzig umgesetzt“ werden, sollte das Wort „Sozialstaat“ nicht länger in den Mund nehmen.

Vier. Verbunden mit den Rüstungsanstrengungen der Bundesregierung ist eine beispiellose Beteiligung am Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Finanzminister Christian Lindner hat in Kiew fünf Milliarden Euro „Ertüchtigungshilfe“, spricht: Waffenhilfe, zugesagt. Jährlich, bis 2027. Das findet sich auch im Haushaltsansatz für 2024 wieder. Während die Kindergrundsicherung mit 2,4 Milliarden Euro viele Kinder arm zurücklassen wird, geht bei Rüstung alles. Die Aufrüstungshilfe für die Ukraine wird zum ständigen Posten. Die Bundesregierung macht Deutschland damit zu einem Militärstaat in der Mitte Europas. Ein Fünftel aller Ausgaben der Ampel, fast 20 Prozent, fließen in militärische Zwecke. Eine ungeheuerliche Dimension.

Fünf. Deutschland ist nach den USA und Großbritannien der Staat, der sich am stärksten am Stellvertreterkrieg gegen Rußland beteiligt. Hier wird der Ruf nach Lieferung immer weiterer und immer schwererer Waffen beständig lauter, was auch führende Köpfe der Partei Die Linke betrifft. Angefangen hat es mit ein paar Helmen, nach dem „Leopard“-Kampfpanzer geht es mittlerweile bereits um „Taurus“-Marschflugkörper – Mittelstreckenwaffen, die Städte in Rußland treffen können und atomar bestückbar sind. Offenbar in der Hoffnung, daß der Spagat gelingt, sich über Waffenlieferungen, militärische Ausbildung ukrainischer Soldaten und geheimdienstliches Zuarbeiten bei der Zielerfassung am Krieg beteiligen zu können, ohne direkt dafür Konsequenzen erfahren zu müssen. Das könnte sich als trügerisch erweisen.

Sechs. Deutschland ist aber nicht allein wegen der gigantischen Rüstungsausgaben im Ausnahmezustand, sondern auch wegen der Sanktionen gegen Rußland und ihrer Folgen. Die Bundesregierung hatte den Wirtschaftskrieg, gemeinsam mit der EU den USA folgend, vom Zaun gebrochen, in der Hoffnung, so Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock, Rußland zu ruinieren. Wie so oft im Leben kam es anders, als man dachte. Man könnte mit Blick auf die Bundesregierung auch sagen: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. Zur Überraschung der Außenministerin ist es Deutschland, das einen wirtschaftlichen Einbruch erleidet, und nicht Rußland. Während die rus-

sische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,5 Prozent wächst, weil man andere Absatzmärkte für seine Energielieferungen gefunden hat bzw. soviel LNG-Gas nach Europa liefert wie nie zuvor, galoppieren in Deutschland die Preise für Energie und Lebensmittel. Die Bundesregierung hat zwar Ersatz für das russische Gas gefunden, aber die Preise für das US-amerikanische Frackinggas sind deutlich höher und stellen die Existenz der deutschen Industrie insgesamt in Frage. Jetzt wird überlegt, den Industriestrom für große Konzerne in den energieintensiven Branchen dauerhaft aus Steuermitteln zu subventionieren. Aber ist das wirklich ein tragfähiges wirtschaftliches Konzept, wenn bei mittelständischen Bäckereien der Ofen kalt bleibt?

Sieben. Im Zuge des Krieges ist die demokratische Souveränität Deutschlands unter die Räder gekommen. Die Ampelkoalition hat sich beim Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg in der Regel als Transmissionsriemen der Entscheidungen Washingtons verstanden – bis dahin, daß sich die Bundesregierung von den USA bei den Panzerlieferungen sogar in die erste Reihe schieben ließ. Damit spitzt sich eine Entwicklung

zu, in der die Bundesrepublik zum einen als US-Truppenstützpunkt wie ein unsinkbarer Flugzeugträger der USA agiert und in der US-Investmentfonds in der deutschen Wirtschaft eine bestimmende Funktion einnehmen konnten. Die Bundesregierung agiert hier wie die politische Vertretung einer Kompradorenbourgeoisie im Lateinamerika der 70er Jahre, als Erfüllungsgehilfe der Interessen von US-Konzernen. Das geht so weit, daß die Ampel dabei ist, die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zu China aufs Spiel zu setzen – auf die Gefahr hin, der deutschen Automobilindustrie, in der über 800 000 Beschäftigte arbeiten, den Todesstoß zu versetzen.

Acht. Die Bundesregierung hat das weltpolitische Schicksal Deutschlands auf Gedeih und Verderb an den absteigenden Hegemon USA geknüpft. Problem dabei: Um den eigenen drohenden Abstieg zu verhindern, ist der Hegemon bereit, auch engste Verbündete unter den Bus zu werfen, wie man im Englischen sagt. Es sei hier nur an die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines erinnert. Bei allen Bemühungen auch deutscher Leitmedien, eine Gegenzählung zu entwickeln, die auf unbekannte Ukrainer als Täter verweist, stehen weiterhin die Recherchen des US-Investigativreporters Seymour Hersh im Raum, die auf eine unmittelbare Inauftraggabe von US-Präsident Joe Biden verweisen – mit einer nachträglichen Einweihung von Bundeskanzler Olaf Scholz in den Terrorplot. Die Bundesregierung jedenfalls scheint große

Angst vor möglichen Enthüllungen zu haben, die in Richtung Washington weisen könnten. Anders ist es nicht zu erklären, daß lediglich eine Handvoll Ermittler in Deutschland mit der Aufklärung des größten Terroranschlags in der jüngeren Geschichte Europas befaßt sind. Wer weniger Ermittler mit der Aufklärung der Terroranschläge auf die Energieinfrastruktur Deutschlands und Europas beauftragt, als mit der Ahndung eines Kaufhausdiebstahls befaßt sind, der kann kein wirkliches Erkenntnisinteresse haben. Hier scheinen „Ermittlungen“ lediglich geführt zu werden, um die wirklichen Täter und ihre Hintermänner nie benennen zu müssen. Der Krieg in der Ukraine zeigt: Wer heute im Westen seine demokratische Souveränität verteidigen will, kann das allein mittels bedingungsloser Neutralität tun. Denn auch die NATO, der sich die Kommission und der Rat der EU dienstbar machen, dient nur als Transmissionsriemen geopolitischer Interessen von US-Konzernen. Nur wenn wir sagen: „Kein Krieg ist unser Krieg, auch dieser nicht“, schaffen wir den diplomatischen Spielraum, auf Verhandlungen zu drängen und Deutschland als Kriegspartei herauszunehmen.

Neun. Der französische Sozialist Jean Jaurès wies darauf hin, daß der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolke den Regen. Zugleich muß man konstatieren, daß auch dieser Krieg verbunden ist mit einem brutalen Klassenkampf in Deutschland, wobei die oben gewinnen und die unten verlieren.

Dazu nur zwei Zahlen: Während die Beschäftigten in Deutschland vier Prozent an Reallohnverluste zu erleiden haben – die höchsten Verluste seit Ende des Zweiten Weltkriegs –, explodieren mit 170 Milliarden Euro die Gewinne der Dax-Konzerne. Dieser Krieg als Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg bewirkt eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, bei der die Bundesregierung Schmiere steht. Nicht einmal eine wirkliche Übergewinnsteuer hat sich die Ampel abringen können. Sie trägt Schuld für die Verelendung großer Teile der Bevölkerung in Deutschland.

Zehn. Angesichts des Niedergangs in Deutschland und einer drohenden direkten Kriegsbeteiligung ist es höchste Zeit, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. Es braucht klare Kante gegen Waffenexporte und Wirtschaftskrieg, gegen die asoziale Ausplünderung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Unbeeindruckt vom lauten Chor der Bellizisten gilt es, auf einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine ohne Vorbedingungen zu drängen. Die Friedensinitiative der BRICS-Staaten, die bald 47 Prozent der Weltbevölkerung und 37 Prozent der Weltwirtschaftsleistung repräsentieren, könnte hier Vorbild sein. Noch ist Zeit. Aber die Zeit läuft auch gegen Berlin.

Redaktionell geringfügig gekürzt

Aus: junge Welt, 5.9.23

Die Bundesregierung geht „in die Offensive“, um die Profite der Konzerne zu steigern

Der Wunsch der Wirtschaft ist der Regierung Befehl. Führende Kapitalverbände hatten nach den Milliardenbeschenken der letzten Jahre „vor dem Hintergrund von im internationalen Vergleich hohen Energiepreisen und zu viel Bürokratie“ ein weiteres Entlastungspaket für die Wirtschaft gefordert. Die Bundesregierung will nun, wie Scholz erklärte, eine „Offensive auf den Weg bringen, um Wachstum anzuregen“. Auch durch steuerliche Maßnahmen wolle man dazu beitragen, daß Investitionen jetzt getätigt und nicht aufgeschoben werden, sagte der Kanzler bei der Vorstellung des „Zehn-Punkte-Plans für den Wirtschaftsstandort Deutschland“. Das milliardenschwere Paket umfaßt steuerliche Erleichterungen für Unternehmen, den Abbau von Bürokratie, Investitionen in den Klimaschutz, mehr Fachkräfte aus dem Ausland oder schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Von zentraler Bedeutung der Regierungspläne ist das sogenannte Wachstumschancengesetz aus dem FDP-geführten Finanzministerium. Dies enthält insgesamt 50 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen

von rund sieben Milliarden Euro pro Jahr ab 2024 und insgesamt über 32 Milliarden in den nächsten Jahren. Zunächst waren lediglich rund sechs Milliarden Euro jährlich eingeplant. Darüber hinaus sollen Unternehmen von einer Ausweitung der Verlustverrechnung profitieren. Künftig sollen nicht mehr 60, sondern 80 Prozent der Verluste innerhalb von vier Jahren steuerlich absetzbar sein. Neu in das Gesetz aufgenommen wurde zudem die befristete Einführung einer degressiven Abschreibung für Wohngebäude. Sie soll für Gebäude gelten, mit deren Bau nach dem 30. September 2023 und vor dem 1. Oktober 2029 begonnen wird. Das Gesetz enthält neben zahlreichen weiteren Entlastungen im Unternehmensbereich eine Investitionsprämie „zur Beförderung der Transformation der Wirtschaft in Richtung von insbesondere mehr Klimaschutz“.

Der Spitze der Unionsfraktion geht das alles nicht weit genug. Sie verabschiedete am 1. September ein Bündel von Maßnahmen, mit dem – so die Unionspitze – „die schwächelnde Wirtschaft angekurbelt sowie Menschen und Unternehmen schnell

und spürbar entlastet werden sollen“. In dem Papier mit dem Titel „Anpacken: Wohlstand sichern, Wachstum schaffen“ heißt es, daß die Sozialabgaben bei 40 Prozent gedeckelt werden müßten. Überstunden und Arbeiten im Rentenalter sollten steuerfrei gestellt werden und die Gesamtsteuerbelastung von Unternehmen bei 25 Prozent gedeckelt werden.

Dem Überbietungswettbewerb zwischen Koalition und Union in Sachen Milliardenbeschenke an die Wirtschaft scheinen keine Grenzen gesetzt und die Vorstellung, die Inanspruchnahme der Mittel zumindest an Bedingungen – wie Arbeitsplatzsicherung, Tarifbindung oder Mitbestimmung in den Betrieben – zu knüpfen, sucht man in beiden Lagern vergeblich. Während so die Umverteilung von unten nach oben munter fortgesetzt wird, beschäftigt sich die „linke Opposition“ wahlweise mit Identitätspolitik oder Selbstzerfleischung.

Ulf Immelt

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, Zeitung der DKP, 8. 9. 2023

Scholz schockiert: „Putin beschwert sich gar nicht über die Sanktionen“

Die BILD-Zeitung veröffentlichte Teile aus einem Telefongespräch, das Bundeskanzler Scholz mit dem französischen Präsidenten Macron geführt hat, nachdem beide zuvor mit Russlands Präsident Putin gesprochen hatten. Das Telefongespräch fand Anfang März 2022 statt, am neunten Tag nach Beginn der militärischen Spezialoperation. Die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland in Weißrussland begannen am 28.02.2022, also vier Tage nach Beginn des russischen Einsatzes. Putin war nach Aussagen des deutschen Bundeskanzlers zu Gesprächen bereit. „Er hat mir von all seinen Ideen erzählt, wie ein Kompromiß gefunden werden kann. Er sprach von Demilitarisierung, Denazifizierung“, zitierte die BILD Scholz.

Wer sich erinnert, der Auslöser des Konflikts war die Absicht der Ukraine, der NATO beitreten zu wollen. Die NATO wiederum war dazu bereit, das hatte sie bereits auf dem NATO-Gipfel 2008 in Bukarest deutlich gemacht. Rußland sah durch einen Beitritt der Ukraine zum Militärbündnis seine Sicherheitsinteressen bedroht, der Konflikt eskalierte.

Mit der Rückkehr der Ukraine zu ihrem neutralen Status, wie er bis 2014 in der ukrainischen Verfassung verankert war, wäre der Krieg vorbei, aber genau das wollen weder Scholz noch Macron noch die NATO oder die USA. An der Ursache für den Konflikt halten die westlichen Länder fest, also bleibt der Konflikt bestehen. Zudem: Die Chronologie der Abläufe macht

deutlich, daß viel für die These spricht, daß der Westen diesen Krieg mit Absicht herbeigeführt hat. Jede von Rußland gezogene rote Linie wurde überschritten, Minsk 2 wurde sabotiert, Rüstungskontrollverträge durch die USA mit fadenscheinigen Begründungen einseitig gekündigt, Bitten Rußlands um Sicherheitsgarantien wurden ignoriert. All das legt nahe, daß man die Eskalation und den Krieg angestrebt hat. Doch mit welchem Zweck? Auch darauf gibt Scholz eine Antwort. (...)

Putin wollte einen Kompromiß, gab Scholz zu, und der Westen eben nicht. Damit ist die Konstellation des Konflikts von Scholz brillant zusammengefaßt. Der Kanzler erklärte, daß es nicht „besser werde“, und BILD veröffentlichte dazu: „Etwas bedrückt mich mehr als die Gespräche: Er (Putin) beschwert sich gar nicht über all die Sanktionen. Ich weiß nicht, ob er das im Gespräch mit Dir getan hat. Aber er hat die Sanktionen gar nicht angesprochen.“ Auch ihm gegenüber habe Putin die Sanktionen nicht erwähnt, stellt der französische Präsident fest. Die Sanktionen, die „Rußland ruinieren“ sollen, würden nicht funktionieren. Was Scholz hier sagt, macht sehr deutlich, daß die Sanktionen das Ziel der Eskalation des Konflikts mit Rußland waren. Was Scholz ausführt, stützt die These, daß der Westen Rußland in einen Krieg treiben wollte, um umfassende und vor allem längst vorbereitete Sanktionen zu verhängen. Rußland sollte wirtschaftlich vernichtet werden, das Land verelenden, um

ihm als faktisch unterlegener Partei künftig alle Bedingungen diktieren zu können.

Bereits am neunten Tag der militärischen Spezialoperation dämmert dem Kanzler, daß dieser Plan gescheitert sein könnte. Selbst der wenig talentierten deutschen Außenministerin fiel inzwischen auf, daß aus „Rußland ruinieren“ erst einmal nichts wird, auch wenn die Begründung, warum die Sanktionen nicht griffen, natürlich genauso absurd ist, wie vieles, was Annalena Baerbock so äußert. Unter anderem ist sie der Meinung, daß die Sanktionen deshalb nicht funktionieren würden, „weil Rußland keine Demokratie“ sei. Na dann. Statt des Zusammenbruchs Rußlands passiert etwas ganz anderes: Außerhalb des Westens schließen sich die Länder zusammen, um gegen westliche Bevormundung und Dominanz aufzustehen. Das, was der Westen mit Rußland und zuvor mit unzähligen anderen Ländern gemacht hat, soll künftig verhindert werden. Statt Rußland in die Knie zu zwingen, hat man mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts den Grundstein für eine neue Weltordnung gelegt, in der der Westen keine dominierende Rolle mehr spielen wird. Eigentlich hätte niemand besser wissen können, daß so etwas passieren kann, wenn man sich mit Rußland anlegt, als ein deutscher Bundeskanzler.

Gert Ewen Ungar

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 28.8.23

Die neue deutsche „Sicherheitsstrategie“

Nun liegt sie vor – die neue „Sicherheitsstrategie“ der Ampelkoalition. Von wem aber sollten wir bedroht werden? Natürlich von Rußland, dem immerwährenden Feind Deutschlands. In völliger Verdrehung der Tatsachen wird Rußland darin der Aggression, der Kriegstreiberei, der Aufrüstung, der Bedrohung des Westens und der NATO beschuldigt. Rußland sei nach dieser Strategie die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit. In diesem seitenverkehrten Kontext geht es munter weiter. Die NATO suche keine Konfrontation. Na, was sucht sie denn dann in der Ukraine und in den baltischen Ländern? Wozu die Großübung Defender 2023? Laut „Sicherheitsstrategie“ rüste Rußland konventionell und atomar auf und gefährde die strategische Stabilität. War es Rußland, das die „Start-Verträge“ gekündigt hat oder taten das die USA? Daß Rußland vorhaben soll, den Westen, die EU und die NATO zu bedrohen, ist einfach ein schlechter Witz. In punkto Bewaffnung in allen militärischen Gattungen sowie in der personellen Ausstattung der Streitkräfte wäre es Rußland niemals möglich, gegen die NATO vorzugehen. Das bezeugen schon allein die Zahlen, die sich auf Rüstungsausgaben weltweit beziehen. Die USA, NATO und EU stellen

den Spitzenreiter in der militärischen Hochrüstung. Die USA, NATO, EU, Australien, Japan und Südkorea wenden insgesamt („SIPRI“, Angaben von 2022) ca. 2,24 Billionen USD für militärische Zwecke auf. Die Rüstungsausgaben Rußlands betragen dem gegenüber lediglich 3,84 % der Militärausgaben des Westens. Die Rüstungsausgaben weltweit sind seitdem nochmals gestiegen.

Die Frage, wer wen bedroht, erübrigt sich anhand dieser Zahlen. Das russische Bedrohungsszenario ist Manipulation der westlichen Regierungen und der Massenmedien. Ein Patt gibt es lediglich bei den Atomwaffen. Natürlich kennt der Westen die militärische Unterlegenheit Rußlands und weiß auch, daß Rußland keinerlei militärisches und wirtschaftliches Interesse hat, die NATO anzugreifen. Es geht dem Westen um andere, sich weltweit vollziehende Prozesse. Das Konstrukt einer multipolaren Welt und die Abkehr vieler Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von der durch die USA unter dem Dollar-Diktat geführten unipolaren Weltwirtschaft sind es, aus denen sich die zunehmende Aggressivität der USA und des Westens erklärt. Deshalb muß zunächst Rußland ruiniert werden, um sich anschließend China und weiteren BRICS- Staaten zuzuwenden. Die

neue deutsche „Sicherheitsstrategie“ soll es nun richten. Die Worte Entspannung und Frieden kommen in diesem Elaborat nicht vor, obwohl das genau der Weg wäre, um Sicherheit für alle zu erreichen und zu garantieren.

Reiner Neubert/Uwe Trostel
Berlin

Pardon, ich dachte nur

Olaf, so heißt er, der Kanzler.
Ich wünschte mir einen Tanzbär.
Statt dessen ist er „Der lachende Mann“.
Ist er das nicht? Doch er gibt mir so an.
Wenn würdig er sich als Staatsmann verhielte,
Wär es egal, ob er lachte, gar schielte.

Schielen, das tut er zu denen vom Geld,
Verlachend all die, denen Krieg nicht gefällt.
Und er schaltet die Ampel für Frieden auf Rot.
Mit Grün für die Lüge, viel Waffen und Tod.
Der lachende Mann scheint er sicher noch nicht.
Vielleicht aber Ähnlichkeit steckt im Gesicht?

E.Rasmus

Wie kapitalistisch ist Rußland?

Im „RotFuchs“ vom Juni 2023 heißt es dazu im Leitartikel von Arnold Schölzel: „Die historische Blindheit des Westens erreichte in der Weigerung, Sicherheitsgarantien für Rußland zu geben, im Herbst 2021 einen neuen Höhepunkt. Die beiden Lager haben mit denen des Kalten Krieges zu tun – auch wenn das heutige Rußland kapitalistisch ist“.

Arnold Schölzel geht von einem Lagerzustand in der gegenwärtigen Welt aus, der sogar an die Zeiten des Kalten Krieges gemahnt – obwohl Rußland „kapitalistisch ist“. Daß Rußland heute „kapitalistisch ist“, hat an diesem Gegensatz also nichts geändert. Warum? Liegt die Verantwortung dafür bei den USA? Oder liegt sie bei Rußland, z.B. weil es eine „militärische Spezialoperation gegen die Ukraine“ ausführt? (allerdings erst seit Februar 2022). Und das wäre ja eine Bedrohung durch Rußland („und der Westen muß sich verteidigen“). Frage: Wie hätte sich Rußland verhalten, hätten die USA und der politische Westen Rußland 2021/22 Sicherheitsgarantien gewährt? Wie hätten denn diese aussehen müssen? Da ist natürlich in erster Linie die NATO mit ihrer Politik gegenüber einem Rußland nach dem Ende ihres sozialistischen Charakters gefragt. Wäre es, wenn es diesen NATO-Ostufmarsch nicht gegeben hätte, auch zur „militärischen Spezialoperation Rußlands gegen die Ukraine“ gekommen? Die Frage beantwortet sich wohl von allein.

Es gab nicht nur keine Sicherheitsgarantien für Rußland, sondern es begann umgekehrt der Aufbau eines Bedrohungspotentials gegen Rußland. Und das, „obwohl Rußland kapitalistisch geworden ist“. Was also ist die „militärische Spezialoperation Rußlands in der Ukraine“? Eine Antwort: Sie ist kein Anfang, sondern eine Operation mitten in einem Prozeß, in dem Rußland trotz seines kapitalistisch Gewordenseins Feindesland geblieben ist. An der allgemeinen geschichtlichen Lage hat sich nichts geändert!

Rußland hat eine eigene besondere (!) Geschichte begonnen; das war 1917. Und die USA haben sofort reagiert: feindlich. Es kam sofort zur Besetzung russischen Territoriums durch angloamerikanische und auch deutsche Truppen – kapitalistische Form der Besetzung Rußlands. Dem Land wurde damit die Bestimmung über seine eigene Geschichte abgesprochen. Selbst der große Widerspruch Rußlands in seiner eigenen Geschichte – das formelle Ende der Sowjetunion bzw. die gewissen inneren Veränderungen Rußlands seitdem, waren kein Grund für die USA, sich von seiner Feindschaft zu diesem Land zu trennen. Ist Rußland etwa nicht kapitalistisch genug? Oder sind eben die USA *imperialistisch*-kapitalistisch, d.h. tragen sie hier, jetzt, nach dem Ende der Sowjetunion, immer noch einen gewohnten innerkapitalistischen Gegensatz aus?

Meines Erachtens haben wir nach Besonderheiten des russischen Kapitalismus bzw. des Kapitalismus in Rußland zu fragen. Da wäre 1. zu sagen, daß der russische Kapitalismus kein aus dem Privateigentum, der einfachen Form der Warenproduktion sich entwickelnder Kapitalismus ist, sondern seinem Beginn

eine planwirtschaftliche, also sozialistisch orientierte Wirtschaft voranging. 2. In diesem Sinn ging einem Beginn des russischen Kapitalismus auch ein sozialistisch geprägter Staat voraus. Was ist das also für ein Staatskapitalismus, der aus einem sozialistischen Staat hervorging bzw. auf ihn folgte?

Es geht m.E. nicht um die Frage, daß Rußland „kapitalistisch geworden ist“, sondern wie weit kapitalistisch. Wir müssen die Rolle des



Norilsk Nickel ist einer der größten Betriebe Rußlands im Besitz von Privateigentümern

Kapitalismus oder, was vielleicht besser ist: von Kapitalisten in Rußland richtig einschätzen. Wieviel Kapitalismus gibt es in Rußland, wie weit beherrschen russische Kapitalisten die russische Ökonomie? Wie auch den Staat Rußlands? Der Anteil der Privatindustrie an der Gesamtindustrie Rußlands beträgt etwa 47%. Der andere Teil besteht aus Staatsbetrieben. Ist das Kapitalismus?

Es ist belegt, daß in Rußland Kapitalisten existieren. Aber die Frage ist eher, ob die russischen Kapitalisten bereits ungeniert über den russischen Staat, seine Politik *herrschen*. (Das ist ja zum Beispiel auch eine Frage Chinas). Das Problem ist anhand der Staatspolitik Rußlands zu betrachten. Ich würde mich da sehr zurückhalten.

Was fällt noch als Besonderheit an diesem „russischen Kapitalismus“ auf? Hier wäre in erster Linie das Verhältnis dieses Staates zur Volksrepublik China zu nennen – ein Land, das zwar auch mit Kapitalisten arbeitet, aber politisch gesehen von einer Kommunistischen Partei geführt wird.

Das ist in Rußland nicht der Fall. Regierungspartei in Rußland ist die Partei „Einiges Rußland“. Ist sie eine kapitalistische Partei? Sie ist keine Kommunistische Partei (wie in China), aber daß sie eine kapitalistische Partei ist, ist zu überprüfen. Auf jeden Fall ist sie eine Partei der besonderen Art, wie es sie in der Geschichte der heutigen Gesellschaften noch nie in einem Land gab. Man muß sich mit einer neuen Spezies von Partei beschäftigen

und auseinandersetzen. Auf jeden Fall aber gibt es im heutigen Rußland noch eine Kommunistische Partei, die sogar mit 20 Prozent der Abgeordneten im russischen Parlament, der Duma, vertreten ist. Sie ist nicht Regierungspartei, aber sie vertritt die russische Bevölkerung noch immer zu weiten Teilen. Bemerkenswert ist ebenso, daß Rußland noch immer die Höhepunkte seiner sowjetischen Geschichte als Staatsereignis begeht. Es sind weniger die sozialen Aspekte der Sowjetunion, mehr die der Stärke der Sowjetunion als Staat, die er feiert. D.h., hier wird eine Wertung resp. Wichtung vorgenommen: Stärke ist dem russischen Staat in der heutigen Zeit wichtiger als Sozialität, die Geschichte Rußlands ist auf staatliche Stärke konzentriert. Warum? Arnold Schölzel sagt: „Der Lagerkampf der USA gegen dieses Land hat seine Fortsetzung gefunden, das Ende der Sowjetunion war den USA kein absoluter Grund, ihr Verhältnis zu Rußland grundlegend zu ändern. Die USA sehen in Rußland ein Feindesland – wie ja im Falle Chinas auch. Die USA haben nach dem Ende der Sowjetunion keine neue Rußlandpolitik begonnen, sondern die alte, schon ab 1917 begonnene, fortgesetzt – in immer neuen Variationen. Die USA sind unverändert, so sehr auch die russische Geschichte Variationen ausgesetzt worden ist.“

Noch einmal: Herrschen Rußlands Kapitalisten auch über den Staat, bestimmen sie seine Politik? Daß Kapitalisten auch über den Staat, seine Politik herrschen, ist doch das charakteristische Verhältnis jedes anderen „westlichen“ Kapitalismus geworden. Wir sprechen zum Beispiel deshalb auch vom ansich ökonomischen Kapitalismus als einem zum Staatskapitalismus entwickelten Kapitalismus. Trifft das auch auf den russischen Staat zu, ist er „staatskapitalistisch“?

Ich würde diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. Ja, Kapitalisten existieren und wirken in Rußland, aber der Staat wird von russischen Politikern „beherrscht“. Ich meine, man muß einfach das subjektive, also politische Element im heutigen Rußland anders bestimmen als in einem Staat, wie er aus einer originären Geschichte des Privateigentums bis hin zum Kapitalismus entstanden ist. Sprechen wir eher von einem Prozeß, dessen Beginn im Sozialismus liegt, den der russische Staat nicht – noch nicht (!) – verleugnet, in den er – auch (!) – leichter wieder übergehen könnte als jeder originär kapitalistische Staat. Warten wir ab. Der Einmarsch russischer spezieller militärischer Kräfte in die Ukraine wird zur Klärung dieses Prozesses beitragen. Er verlangt nach Einheit des russischen Volkes, nach Besinnung, nach Wachhalten aller seiner Momente von geschichtlicher Stärke. Die USA und der Westen haben schon Position bezogen: Es ist die alte, bekannte, feindliche wie eh und je gegen Rußland seit 1917. Man kann es drehen und wenden wie man will: Genau das ist der Punkt, der Rußland nicht erlaubt, sich von seiner Geschichte zu lösen.

Hermann Jacobs
Berlin

Geschichte der Ukraine (5)

Von Nationalisten zu Faschisten

1929 wurde von der UWO aus verschiedenen nationalistischen Gruppierungen die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in Wien gegründet.

Bis heute wird über den Charakter der OUN gestritten. Die bürgerliche Historiographie geht dieser Diskussion allgemein aus dem Weg, für das Kiewer Regime sind es Freiheits- und Unabhängigkeitskämpfer, für Linke, Kommunisten und Sowjetbürger Faschisten.

In Deutschland gibt es darüber keine Auseinandersetzung. Es wird geschwiegen und das aus gutem Grund! Eine Diskussion darüber würde das Kartenhaus der „werteorientierten“ Unterstützung des Kiewer Regimes zusammenfallen lassen. Dennoch kam es zur Veröffentlichung einer sehr beachteten wissenschaftlichen Bandera-Biographie durch Grzegorz Rossoliński „Liebe“, in Deutschland allerdings 2014 nur auf Englisch erschienen, in Polen aber 2018 auf Polnisch. Ein mutiges Werk! Hier wird unmißverständlich von Faschismus gesprochen: Die OUN ist eine typische osteuropäische faschistische Bewegung.

Die Eckpunkte des ukrainischen Faschismus basieren auf den Aussagen ihres Ideologen Dimitri Donzew. Für ihn war der ukrainische Nationalismus eine Form des Faschismus. Man wollte sich sogar selbst als Faschisten bezeichnen, doch aus pragmatisch-propagandistischen Gründen wurde vorerst darauf verzichtet. Dennoch wurde mehrfach, auch in Briefen Hitler und Mussolini gegenüber, ihre Zugehörigkeit zu faschistischen Bewegungen in Europa betont. Zudem war bei der OUN seit 1936 der Nazigruß mit ausgestrecktem Arm und „Slawa Ukraini“ („Ruhm der Ukraine“) obligatorisch und letztes heute regierungsoffiziell.

Den Ukrainern wurde ein Staat versprochen, dessen sozialökonomischen Umriss nebulös, doch in der politischen Richtung eindeutig waren. Nach der „nationalen Revolution“ sollte eine totalitäre Diktatur errichtet und allen Formen von Demokratie eine Absage erteilt werden. Hierzu sollten die Medien militarisiert und völlig gleichgeschaltet werden. Erklärte Vorbilder waren das faschistische Italien, später aber noch mehr Hitlerdeutschland. Nach der faschistischen Machtübernahme wurde mit Härte und Kompromißlosigkeit im Namen der „ukrainischen Rasse“ gegen Russen, Juden und Andersdenkende vorgegangen: „Terror als Rassenkampf“. Wer sich dem entgegenstellte, wurde erbarmungslos liquidiert. Das betraf auch Ukrainer. Anhänger und Sympathisanten des polnischen und sowjetischen Staates, Linke, Kommunisten waren deren Opfer.

Das Existenzrecht für Russen, Juden, andere Nationalitäten unterlag dem jeweiligen „Nützlichkeitswert“ für die Faschisten. Das ist ein offen faschistisches Programm!

Die Rassengesetzgebung stand dem der Nazis in nichts nach: Freundschaften und Ehen mit Nicht-Ukrainern konnten gerichtlich als Verrat geahndet werden. Sogleich gingen sie zur Tat über. Die Angehörigen dieser Geheimorganisation, die zu ihren besten Zeiten über mehr als 30 000 Mitglieder verfügte, mußten eine

militärische Ausbildung absolvieren, die sie für taktische Einsätze befähigte. Hierzu war es der OUN gelungen, den legalen ukrainischen Pfadfinderverband, eine paramilitärische Organisation, in ihre Hände zu bekommen und Kinder wie Jugendliche von ihren Zielen zu begeistern. Neben einer gut funktionierenden Propaganda waren gezielte individuelle Terroranschläge bezeichnend, vorerst weniger auf Personen, sondern vor allem auf ihr Eigentum. Von 1921 bis 1939 ermordeten Nationalisten 36 „ukrainische Verräter“, 25 Polen und einen Russen. So töteten sie in den 30er Jahren bedeutende polnische Politiker, darunter den Innenminister Pieracki. Allein 1937 gab es 830 Anschläge, 65 % gegen Polen, 29 % gegen Juden, 8 % gegen Ukrainer und 2 % gegen Kommunisten. Bevorzugte Opfer waren polnische Siedler, denen man die Höfe anzündete.

Das rief scharfe Reaktionen seitens des polnischen Staates hervor. Mit „Pazifizierungen“ durch die Armee, bei denen auch Aufklärungsflugzeuge zum Einsatz kamen, wurden die Ukrainer zusätzlich gegen Polen aufgebracht. Genutzt hat das nichts. In polnischen Gefängnissen saßen etwa 30 000 OUN-Mitglieder und Anhänger, 4 500 wurden in das Isolierungslager Bereza Katuska eingeliefert, wo neben polnischen Faschisten auch Kommunisten einsaßen.

Die OUN baute nun vorrangig auf Deutschland. Das Hakenkreuz wurde mit dem Dreizack zu einem Symbol verbunden. Inzwischen reichte der Einfluß der ukrainischen Faschisten sogar bis in die Sowjetukraine. Hier erlitten die Sowjets durch den Widerstand gegen die Kollektivierung und die angeblich durch die Sowjetführung verursachte Hungersnot erhebliche Mißerfolge. Das machte zusätzlich anfällig für die nationalistische Propaganda. Die sowjetischen Sicherheitsorgane griffen jedoch schnell durch und ließen u.a. durch eine Briefbombe den OUN-Chef Konowalec 1938 im Ausland umbringen. Doch das richtete keinen größeren Schaden an. Neuer Chef wurde Andrej Melnyk, familiär nicht mit dem ehemaligen Botschafter der Ukraine in der BRD verwandt, ideologisch schon.

Mit dem Überfall Deutschlands auf Polen am 1. September 1939 schlug auch die Stunde der ukrainischen Faschisten. Als deutsche Truppen westukrainisches Gebiet erreicht hatten, wurde am 12. September durch die OUN ein Aufstand inszeniert. Diese Erhebung, Teil des Ostslawischen Volksaufstandes, die auch Westbelorußland betraf, wird von der polnischen Historiographie ignoriert, obwohl die Quellenlage eindeutig ist. Der Aufstand war der Beleg dafür, daß die Polen hier eine verhaßte Minderheit waren, die weder moralische noch juristische Rechte auf diese Gebiete besaßen. Polen hatte daraus keine Schlußfolgerungen gezogen und beharrte auf seine Territorien. Das sollte sich in den nächsten Jahren rächen und mit vielen Opfern bezahlt werden.

In der sowjetischen Geschichtsschreibung spielt dieser Aufstand keine Rolle, da er von ukrainischen Faschisten getragen worden

sei. Das ist so nicht richtig. Die 8000 bewaffneten OUN-Kämpfer waren zu wenig für diese Volkserhebung. Sie wurden von Tausenden Ukrainern unterstützt. Diese töteten (nach polnischen Angaben) 800 polnische Soldaten, machten 3600 Gefangene, die sie der eintreffenden Roten Armee übergaben, erbeuteten einen Panzer, sieben Geschütze, 23 Maschinengewehre, 4000 Karabiner und ebenso viele Pistolen. Sie selbst verloren nur 160 Kämpfer. Das Volk griff zu den Waffen, attackierte polnische Einheiten und verwundete z. B. General Anders, die spätere Gallionsfigur des polnischen Antisowjetismus. Ukrainische Soldaten der Polnischen Armee weigerten sich, gegen Ukrainer und eintreffende Sowjets zu kämpfen und desertierten mit und ohne Waffen. Gutschöfe wurden geplündert, angesteckt und etwa 3000 polnische Zivilisten getötet.

Mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September, der von der Mehrzahl der Ukrainer begrüßt wurde, kam es zu einem Linksruck. Nun unterstützten die Linken aktiver den Aufstand. Noch vor Eintreffen der sowjetischen Einheiten übernahmen nicht die OUN die Macht, sondern schnell gebildete Rote Garden. Der Widerstand der OUN gegen die Rote Armee und einheimische Linke hielt sich in Grenzen. Die neu etablierte Sowjetmacht hingegen verfolgte sofort OUN-Mitglieder, deportierte und inhaftierte sie, schützte Polen und Juden. Zehntausende OUN-Leute flohen in von Deutschen besetzte Gebiete, wo sich die ukrainischen Faschisten unter Stefan Bandera neu formierten. Ihr Ziel war eine blutige Abrechnung mit den ukrainischen Linken, Sowjetanhängern und Juden.

Das war auch den sowjetischen Organen bekannt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion leistete die OUN wieder blutige Handlangerdienste. Als die Nazis in die Ukraine einmarschierten, kam es zu Massenpogromen an der jüdischen Bevölkerung. Allein im Juni 1941 wurden 8000 getötet, einen Monat später waren es 35 000. Die OUN hatte somit maßgeblichen Anteil an der Ermordung der Hälfte der ukrainischen Juden.

Die Gründung eines eigenen Staates hingegen erlaubten ihnen die Deutschen nicht. Die OUN-Führung, darunter auch Bandera, wurde unter privilegierten Verhältnissen ins KZ eingeliefert. Ukrainische Faschisten und ihre Anhänger stellte man jedoch massenhaft in Polizeieinheiten ein - zur Jagd auf Juden und Linke, sowjetische Partisanen und als Wachmannschaften für die Vernichtungslager in Polen und anderswo. Aus 18 000 Ukrainern wurde 1943 die SS-Division Galizien aufgestellt. Nachdem sie von der Roten Armee zerschlagen worden war, gingen die Überlebenden in die 14. SS-Grenadierdivision. 1942/43 realisierte die OUN eine neue, jedoch aussichtslose Konzeption. Mit der Bildung der Ukrainischen Aufständischenarmee (UPA) unter dem inzwischen von den Deutschen freigelassenen Bandera wollte man den Grundstock einer ukrainischen Armee schaffen, die sich gegen die Deutschen erheben und gegenüber der UdSSR und den westlichen Alliierten

Anspruch auf die Bildung eines eigenen Staates erheben sollte. Das klappte nicht. Die UPA kämpfte nicht gegen die Deutschen, sondern immer nur gegen sowjetische und relativ wenige polnische Partisanen.

1943 begann die UPA einen Vernichtungsfeldzug gegen die polnische Minderheit in Wolhynien. Es war ein Gemetzel, bei dem mindestens 200 000 Polen jeglichen Alters auf brutalste Weise ermordet wurden. Daraufhin setzte eine Massenflucht der polnischen Minderheit nach Westen ein, die etwa eine halbe Million ausmachte. Diese einmaligen Massaker wurden von den Polen bis heute nicht vergessen und als Völkermord charakterisiert. Das Kiewer Regime distanzierte sich bis heute trotz mehrerer Warschauer Aufforderungen nicht davon. Diese Grausamkeiten sollen nun erstmals im deutschsprachigen Raum aufgelistet werden. Die Opfer wurden, um angeblich Munition zu sparen, von Pferden auseinandergerissen, ihnen wurde bei lebendigem Leibe die Haut abgezogen, man hat sie lebendig begraben, einzeln oder in Gruppen lebendig verbrannt, Gliedmaßen, die Zunge, Augen und Kindern die Beine ausgerissen, mit Mistgabeln und Äxten getötet, in Brunnen ertränkt, zersägt usw. Den Frauen wurden die Brüste abgeschnitten, man hat sie vergewaltigt und anschließend ermordet.

Die Lage der Polen war so dramatisch, daß sie sich unter deutschen Schutz begaben und auch von ihnen bewaffnet wurden. Die Massaker von Wolhynien sollten aber erst der Auftakt einer „ethnischen Säuberung“ sein. Das verhinderte der Vormarsch der Roten Armee und die Befreiung der Ukraine. Dem konnte die UPA, die nur auf Terroraktionen ausgerichtet war und nur über einen begrenzten militärischen Kampfwert verfügte, nichts entgegenzusetzen. Allerdings gelang es ihnen, den sowjetischen General Watutin bei einem Überfall zu töten. So flohen mit den Deutschen auch über 120 000 ukrainische Kollaborateure, vorerst nach Deutschland, später in die USA und Kanada. Weder von den Westmächten noch von der BRD sind ukrainische Faschisten je zur

Verantwortung gezogen worden. Von den 40 000 UPA-Leuten blieben 1945 noch etwa 25 000 übrig. Die setzten ihren Kampf fort, wobei sie auf den baldigen Ausbruch eines Dritten Weltkrieges hofften. In der Sowjetukraine führten sie einen unbarmherzigen Kampf gegen die Sowjetmacht, dem bis zu Beginn der 50er Jahre 10 000 Angehörige der sowjetischen Sicherheitsorgane und Roten Armee sowie 20 000 zivile Anhänger der Sowjetmacht zum Opfer fielen. Die Sowjetmacht mußte hier hart durchgreifen. Man schätzt, daß insgesamt seit 1944 153 000 ukrainische Faschisten und ihre Anhänger getötet, 124 000 verwundet und 203 000 deportiert worden waren. Erst zu Beginn der 60er Jahre war der hartnäckige faschistische Widerstand endgültig liquidiert. Im polnisch-sowjetischen Grenzgebiet (Bieszczady-Gebirge und Lubliner Gegend), wo es eine starke ukrainische Minderheit gab, setzten etwa über 2000 UPA-Leute ihren Kampf fort, wobei sie mit der Führung der bewaffneten polnischen Konterrevolution 1945 ein Aktionsbündnis eingingen und gemeinsamen die Volksmacht attackierten. Es gelang ihnen, den stellvertretenden polnischen Verteidigungsminister und legendären Spanienkämpfer „General Walter“ ,Karol Świerczewski, zu töten. Erst 1947 war es den polnischen Streitkräften möglich, auch mittels Umsiedlung der dortigen Ukrainer in die polnischen Westgebiete, die UPA zu liquidieren. Die setzten sich über die CSR nach Westdeutschland ab, wobei sie den tschechoslowakischen Sicherheitsorganen erbitterte Gefechte lieferten. Von den westlichen Besatzungsmächten wurden sie nicht behelligt, denn seit Kriegsende arbeitete die UPA schon mit westlichen Geheimdiensten, vor allem der CIA, zusammen. München wurde Zentrum der ukrainischen Faschisten und ihres Anführers Bandera. Der wurde im Auftrage sowjetischer Sicherheitsorgane 1959 getötet.

Die Mehrheit des ukrainischen Volkes hingegen stand zur Sowjetmacht und bezahlte das mit 4,5 Millionen Toten. An dieser Stelle muß man fragen, für wen Botschafter Melnyk, ein

Freund der Bandera-Leute, seine Blumen am 8. Mai 2023 am sowjetischen Ehrenmal in Berlin ablegte. Diese Opfer sind von seinen ideologischen Freunden und deren deutschen Verbündeten zu verantworten.

Die Sowjetukrainer kämpften nicht nur vorrangig in der Roten Armee, den Sicherheitsorganen und Volkskampfgruppen, sondern auch unter den etwa 60 000 ukrainischen Partisanen. Alles in allem waren die ukrainischen Faschisten nur eine organisatorische Minderheit und das vor allem nur in den Westgebieten, wo sie gegenwärtig noch den größten Einfluß besitzen. Selbst die reaktivierte griechisch-katholische Kirche ist nur hier dominierend.

Heute bestimmen die UPA-Nachfolger faktisch die Politik des faschistoiden Kiewer Regimes. Sie berufen sich auf die Tradition der kurzzeitigen Herrschaft der Petljura-Nationalisten und OUN/UPA-Faschisten. Diese Linie wurde seit 1991 staatlich aufgebaut, kurzzeitig unterbrochen, doch seit 2014 verstärkt und widerstandslos Regierungspolitik. Vor allem in den Schulen und in den Streitkräften wird auf das angebliche Heldentum der ukrainischen Faschisten verwiesen, Straßen nach ihnen benannt etc. Teile des OUN-Programms von 1929 sind sogar schon durchgesetzt.

Dr. Holger Michael

„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30

Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Die Klassenfrage

Schwer vorstellbar ist bei allen Wendungen, Treffern, Eroberungen, Rückeroberungen, Siegesmeldungen, daß selbst die gesamte westliche Militärmacht Rußland besiegen, kolonialisieren, besetzen und sich einverleiben wird. Gegen die Sicherheitsinteressen der Weltmacht Rußland ist ein Frieden, ein Ende des Krieges kaum denkbar. Alle Verlautbarungen, Ziele und Absichten der westlichen Wertewelt lassen keinen Zweifel daran, daß ein Rußland nie einen Frieden haben wird, nie mehr ein Versprechen oder eine Zusage der westlichen Welt leichtgläubig hinnehmen kann und wird. Jeder Verzicht Rußlands auf die Krim, auf die Ostrepubliken könnte nur zu weiteren Gelüsten nach Osten führen, zu organisierten Putschen, Provokationen und allem was USA und NATO im Verbund mit der EU seit vielen Jahrzehnten praktizieren.

Einige Friedensfreunde und Pazifisten haben von Kriegstreiberei vor Putin scheinbar noch nie etwas gehört oder wollen davon nichts mehr wissen. Die Völker, in deren Namen gerne Kriege ausgegeben werden, bemerken oft zu spät, wozu sie benutzt werden, aber sie bemerken es immer.

Damit ist die Klassenfrage berührt, die Frage, wer will diesen Krieg, hat ihn immer gewollt und warum ist darin das Wesen der Kriege zu finden. Sind die Friedliebenden, die natürlichen, aus ihrer Klassenstellung grundsätzlichen Kriegsgegner zu schwach und gelähmt, gespalten, in Haß und Hetze getrieben, dann muß Antwort darauf gesucht werden, welche Mächte, vor allem imperialistische Weltmächte das größte Interesse an Putschen, militärischen Erweiterungen ihres Einflusbereiches, an Kolonialisierung der gesamten Welt haben und wer auch keinen Hehl daraus macht, von

der Gier weit über Rußland hinaus getrieben zu sein. Vielleicht war Rußland von der Vorstellung beseelt und überzeugt, seine Sicherheitsinteressen militärisch klar machen zu müssen, nachdem erwartungsgemäß im seinem Falle kein Unabhängigkeitsbestreben anerkannt wird. Was nicht in westlichem Herrschaftsinteresse ist, ist weder völkerrechtlich, freiheitlich, demokratisch noch legitim. So einfach wird die Welt nicht zu ordnen sein. Dazu steht sich militärisches Potential gegenüber, dessen sich alle Kriegstreiber bewußt sein müssen, die bei einigen Erfolgen den Endsieg schon feiern wollen.

Ein tieferer Blick in Jahrhunderte der Geschichte Rußlands könnte manchem westlichen und deutschen Kriegern den „Befreiungshunger“ vielleicht etwas dämpfen.

Roland Winkler
Aue

Das Signal aus Johannesburg

Der XV. Gipfel der BRICS-Staaten, der vom 22. bis 24. August 2023 in Südafrika stattfand, wird in die Geschichte eingehen. Das Format „BRICS plus“ erblickte das Licht der Welt. Ab Januar 2024 werden Argentinien, Ägypten, Äthiopien sowie die Ölgiganten Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zum Block gehören. Ägypten ist die zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas und ein Gründungsland der Blockfreien Bewegung, einem historischen Verfechter der größeren Ausgewogenheit in der Weltordnungspolitik. Äthiopien hat eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Afrikas. Außerdem beherbergt Äthiopien das Hauptquartier der aktiven Afrikanischen Union, die einen wichtigen Einfluss auf die Länder des Kontinents ausübt. Argentinien ist, wenn es von Fortschrittskräften geführt wird, ein wichtiger Motor souveräner regionaler Integrationsinstanzen wie UNASUR und CELAC, die sich der US-amerikanischen und europäischen Dominanz über Lateinamerika widersetzen. Das südamerikanische Land gehört ebenfalls der Blockfreien Bewegung an.

Von grundlegender Bedeutung ist, daß keines der alten und neuen BRICS-Mitglieder der NATO angehört. Das erklärt, warum die Türkei zumindest im Moment nicht zu den Auserwählten zählt. Andererseits sind sowohl Saudi-Arabien als auch die Vereinigten Arabischen Emirate traditionelle militärische Verbündete der USA im Nahen Osten. Jedoch erreichte die Volksrepublik China mit ihren Friedensbemühungen, daß die saudischen und iranischen Führungen ein Abkommen der Zusammenarbeit abschlossen. Beide Seiten haben historische Differenzen mit Israel, das von den USA als Enklave mit Atomwaffenarsenal und direktem Einfluß in der Region betrachtet wird.

Hochrangige Vertreter aus 34 Ländern nahmen am BRICS-Gipfel teil. Darunter Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Gruppe der 77 und China darauf hinwies, daß „BRICS plus“ eine Alternative zum aktuellen System der internationalen Beziehungen bieten kann. Mehr als 40 Länder hatten ihre Absicht bekundet, dieser Gruppe beizutreten, 23 Länder bewarben sich offiziell.

Von großer Bedeutung ist die Absichtserklärung, im bilateralen Handel auf die US-Währung zu verzichten. In einzelnen Abkommen wird das bereits umgesetzt. Geprüft wird der Einsatz einer Umtauschwährung, die aus einem Währungskorb mit der Bezeichnung R5 nach den Initialen der Währungen Real, Rubel, Rupie, Renminbi (Yuan) und Rand besteht. Damit wird die Währungshegemonie des US-Dollars ernsthaft herausgefordert.

Die Volksrepublik China ist die größte Volkswirtschaft der Gruppe und einer der Hauptförderer der BRICS-Erweiterung. Das hängt mit den Infrastrukturprojekten der Belt-and-Road-Initiative zusammen. Die Initiative ist bereits zehn Jahre alt. Bisher hat sie das Interesse von 155 Ländern geweckt. Dieses gigantische Infrastrukturprojekt soll die

Verbindungsdefizite überwinden, die den multilateralen Handel behindern.

Der Westen versucht, die Bedeutung von „BRICS plus“ herunterzuspielen. Dabei blendet er verständlicherweise einen Aspekt völlig aus. Die imperiale Eroberung der letzten Jahrhunderte hatte den betroffenen Völkern die westlichen Gesellschaftsmodelle aufgezwungen und den Beitrag ihrer Kulturen im menschlichen Entwicklungsprozeß vergraben. Die Bildung und Erweiterung des Blocks von Ländern mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln stellen nicht nur eine Reaktion auf die neokolonialen Absichten des Westens in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht dar. Sie heben auch andere Denk- und Verhaltensmuster auf eine Ebene der Gleichberechtigung bei Beachtung der Vielfalt. Der gegenwärtige Prozeß, in dem verschiedene Kulturen dabei sind, sich anzunähern, ohne ihren Lebensstil und ihre Identität zu verlieren, unterscheidet sich grundsätzlich von der Globalisierung, die vom Imperialismus bevorzugt wird.

Der Westen prangert einige BRICS-Staaten an, weil sie kein demokratisches, sondern ein autokratisches Regime hätten. Sein Anspruch, demokratisch zu sein, hinderte und hindert ihn aber nicht daran, gemeinsame Sache mit Diktaturen zu machen und Kriege für Systemwechsel zu führen. Außerdem verhindert die Machtkonzentration in den Händen großer Konzerne und Banken, daß demokratische Wahlen zu System-Alternativen führen könnten. Die BRICS-Erweiterung stellt den Wert der selbsternannten Demokratien weltweit infrage. Während „Demokratien“ andere Länder bevormunden, sanktionieren und für Stellvertreterkriege mißbrauchen, praktizieren „Autokratien“ Zusammenarbeit, Einbeziehung und Gleichberechtigung bei Wahrung der Vielfalt.

Patricia Villegas, Präsidentin des Senders „teleSUR“, und Gustavo Borges Revilla, Direktor von „Misión Verdad“, beschäftigten sich mit der Frage, welche Bedeutung der BRICS-Gipfel für Lateinamerika und die Karibik haben könnte. („Misión Verdad“, „Mission Wahrheit“, ist eine Forschungsgruppe, die Informationen über die aktuelle politische, ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung in Venezuela anbietet.)

Der geopolitische Analytiker Alfredo Jalife-Rahme aus Mexiko bezeichnete den Gipfel als einen „tektonischen Gipfel“, der das Ende der G7 einläutete. Noch waren die Entscheidungen des Gipfels von einer gewissen Mäßigung geprägt, um die G7 nicht zu sehr gegen sich aufzumischen. Das kann sich aber schon beim nächsten BRICS-Gipfel im russischen Kasan ändern, sollten Länder wie Weißrußland, Kasachstan, Algerien und Venezuela beitreten können.

Sein Landsmann, der Historiker Christian Nader, war der Ansicht, daß sich ein weltweiter Trend zur Entdollarisierung von Energieressourcen wie Öl und Gas und ein wachsendes Interesse an anderen „neuen“ Ressourcen wie Lithium abzeichnet. Er nannte Länder, die dem Block beitreten möchten: Venezuela und

Bolivien mit ihren Energieressourcen, Indonesien mit seiner strategischen Lage für den Welthandel, Nicaragua mit dem interozeanischen Kanalprojekt, der mit dem Panamakanal konkurrieren würde.

Der ehemalige Minister der Präsidentschaft Boliviens Juan Ramón Quintana ging auf drei Probleme ein, welche die BRICS-Gruppierung bewältigen müßte:

Der Krieg in der Ukraine und wie der Block sein Ende beeinflussen kann.

Der Sahel-Korridor in Afrika, wo China und Rußland entgegen der Bedrohung durch Frankreich und NATO versuchen, im Interesse der Souveränität afrikanischer Länder über ihr Territorium und ihre Ressourcen zu handeln.

Der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan und seine Auswirkungen auf den Weltfrieden.

Der venezolanische Außenminister Yván Gil, der im Namen Venezuelas am XV. BRICS-Gipfel teilnahm, zählte Fakten auf, um die Frage zu beantworten, was BRICS attraktiv macht. Sie sind die wichtigsten Volkswirtschaften und übertreffen die G7 in bezug auf die Bruttoinlandsproduktion.

Sie verfügen über enorme natürliche Ressourcen wie Gas, Öl, Gold und Eisen.

Sie zeichnen sich durch ein hohes Tempo des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aus.

Die Experten waren sich einig, daß die Ergebnisse von Johannesburg zu einer Anti-BRICS-Politik der westlichen Mächte führen werden. Argentinien, Bolivien und Chile haben Lithium. Die Leiterin des Südkommandos der Vereinigten Staaten, Laura J. Richardson, hat Lithium auf die Liste der Gründe gesetzt, warum die USA nicht bereit wären, „diesen Schatz ihres Hinterhofes aufzugeben“.

Die Experten äußerten ihre Besorgnis über die Rolle des Pentagons in Lateinamerika und der Karibik. Es hat das US-Außenministerium bei der Ausübung der Kontrolle und Dominanz über die Region abgelöst. Als Beispiele wurden Ecuador, Paraguay und Peru genannt. Die BRICS haben keine militärische Komponente, aber sie haben zweifellos die Kapazität, um USA-Angriffen zu widerstehen. Die Experten hoben hinsichtlich der aktuellen Situation in Lateinamerika und der Karibik den außerordentlichen Widerstand Kubas, Nicaraguas und Venezuelas als inspirierendes Beispiel hervor. Sie betrachten diese Länder als die Bastionen, die es der Region ermöglichen, Teil der weltverändernden Prozesse zu sein.

Der Westen und seine Qualitätsmedien machten den Gipfel von Johannesburg bereits mädig, als er noch gar nicht begonnen hatte. Ihre Versuche, den BRICS-Gipfel zu bagatellisieren, sind Peanuts angesichts der epochalen Ergebnisse des Gipfels. Drei Beispiele genügen:

Die Abwesenheit Putins hatte der Westen selbst provoziert. Oder nahm der Westen an, daß dieser kommen würde, um sich eventuell verhaften zu lassen?

Die „Spannungen“ zwischen der Volksrepublik China und Indien hinderten beide nicht, das Abschlußdokument zu unterschreiben.

Angeblich wäre Lula gegen die Aufnahme Argentiniens gewesen, weil die Lage in diesem Land nicht stabil sei. Das Gegenteil war der Fall. „TeleSur“ berichtete, dass Lula auf den Beitritt Argentiniens bestand, um der Regierung Fernández zu helfen, „sich aus den Fängen des IWF zu befreien“.

Auf dem jüngsten G20-Gipfel, der vom 9. bis 10. September 2023 in Neu-Delhi stattfand, bekam der wertegeregelter Westen den Atem von BRICS zu spüren. Der indische Premierminister Modi, dessen Land BRICS angehört, führte den Vorsitz. Aus der Nichtteilnahme des chinesischen Präsidenten Xi Jinping ließ sich kein Zerwürfnis zwischen der Volksrepublik China und Indien stricken. Der chinesische Ministerpräsident nahm am G20-Gipfel teil. Der Westen konnte dank des entschiedenen Widerstands der Länder des globalen Süd-Ostens den Gipfelteilnehmern nicht seine ukrainische Agenda aufzuzwingen. In der Abschlusserklärung wird nicht, wie im Vorgängergipfel auf Bali, vom „russischen Aggressionskrieg in der Ukraine“ gesprochen. Bekräftigt werden die Prinzipien der territorialen Integrität und die Ächtung von Annexionen. Der ukrainische Präsident

Selenskij bekam keinen Videoauftritt. Diese Niederlage hat nichts mit einem Druck zu tun, den Xi Jinping und Putin auf die Länder des globalen Süd-Ostens ausgeübt hätten. Auf dem G20-Gipfel war BRICS anwesend!

Und es ging weiter: Der Präsident der Türkei Erdogan drängte darauf, Rußland nicht von den Gesprächen zur Wiederaufnahme des Abkommens auszuschließen, das die Getreideexporte über das Schwarze Meer ermöglicht. Er wies darauf hin, daß Rußland zur Reaktivierung des Abkommens verlangt, daß die russische Agrarbank zum internationalen Interbanken-Kommunikationssystem SWIFT zurückkehrt.

Auf dem G20-Gipfel wurde ein Reform-Prozeß sichtbar. Der Beitritt der Afrikanischen Union zeugte davon, daß dieser Kontinent in einer politisch wichtigen Zeit auf die Bühne der globalen Ordnungspolitik tritt. Der G20-Gipfel war eigentlich ein positiver und wichtiger Schritt bei der Gestaltung einer neuen Weltordnung, die auf der kollektiven, gleichberechtigten Einbeziehung der Länder beruht. Das entspricht der BRICS-Linie.

Fazit: Der BRICS-Gipfel von Johannesburg bestätigte, dass dieses Bündnis einen

Katalysator für eine neue Weltordnung darstellen kann. „BRICS plus“ ist tatsächlich ein alternatives Projekt. Die Aufnahme der neuen BRICS-Mitglieder hat eine historische Dimension: Wichtige Zivilisationen der Menschheitsgeschichte werden zusammengebracht. Die vieltausendjährige Geschichte Ägyptens, Chinas, Indiens und der persischen Welt, die enormen Beiträge der slawischen und sibirischen Völker für die Zusammenführung verschiedener Lebensweisen, die wertvollen Traditionen der lateinamerikanischen und afrikanischen Völker und Kulturen können sich verflechten und den Keim für ein Modell bilden, das über den erhofften Multipolarismus hinausreicht.

Wir wissen noch nicht, welchen Bestand „BRICS plus“ haben wird. Rückschläge und Wendungen sind nicht ausgeschlossen. Was passiert, wenn die Volksrepublik China kürzer treten müßte? Wir wissen jedoch, dass die BRICS-Länder den Anfang wagten und der Welt eine Alternative zur bestehenden Ordnung anboten. Sie öffneten der Menschheit eine Pforte für eine bessere Zukunft. Die Völker hörten das Signal aus Johannesburg.

Wolfgang Herrmann, Dreesch

Die G77 und die BRICS haben die Möglichkeit, einen historischen Wandel herbeizuführen

Aus der Rede des kubanischen Präsidenten Miguel Mario Díaz-Canel auf dem XV. BRICS-Treffen in Johannesburg

(...) Wir sind 134 Länder, zwei Drittel der Mitglieder der Vereinten Nationen, in denen fast 80 % der Weltbevölkerung leben, und stehen vor kolossalen Herausforderungen einer zunehmend ungleichen Welt, in der sich Ausgrenzung und Armut nach zwei Jahren mit Pandemien, gefolgt von dramatischen Konflikten, vervielfacht haben. In den letzten zehn Jahren haben sich die Auslandsschulden der Länder des Südens, die bereits mehr als abbezahlt sind, verdoppelt. Einseitige Zwangsmaßnahmen sind auf dem Vormarsch. Mehr als drei Milliarden Menschen sind von der Verschlechterung der Ökosysteme betroffen. Mehr als eine Million Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht, so die Botschaft des Generalsekretärs zum Weltumwelttag. Wenn wir nicht sofort handeln, werden wir unseren Kindern und Enkeln einen Planeten hinterlassen, der für uns aus dem vorigen Jahrhundert nicht nur nicht mehr wiederzuerkennen, sondern leider auch unbewohnbar sein wird. Sieben Jahre vor Ablauf der Frist für die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 sind die Aussichten düster. Die Hälfte der 169 vereinbarten Ziele ist weit davon entfernt, erreicht zu werden. Mehr als 30 % der Ziele sind laut dem jüngsten Bericht der Vereinten Nationen im Vergleich zu 2015 nicht vorangekommen oder, was noch schlimmer ist, haben Rückschritte gemacht. Die entwickelten Länder des Westens und die

großen transnationalen Konzerne haben eine internationale Ordnung geschaffen, die den Fortschritt der Nationen des Südens in keiner Weise berücksichtigt und nur winzigen Minderheiten zum Vorteil gereicht.

Die Gruppe der 77 und China und die BRICS haben die Verantwortung und die Möglichkeit, sich für eine Änderung dieser ungerechten Weltordnung einzusetzen: Das ist keine Option, das ist die einzige Alternative. (...) Es ist eine historische Forderung der Gruppe der 77, wie auch der BRICS, eine echte Umgestaltung der zutiefst ungerechten, anachronistischen und dysfunktionalen internationalen Finanzarchitektur vorzunehmen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die von den BRICS geschaffene Neue Entwicklungsbank eine Alternative zu den derzeitigen Finanzinstitutionen werden kann und muß, die seit fast einem Jahrhundert drakonische Rezepte anwenden, um von den Reserven des Südens zu profitieren und ihre Schemata der Unterwerfung und Beherrschung zu reproduzieren. (...) Die Einrichtung gegenseitiger Kreditlinien in den Landeswährungen durch die BRICS-Banken und die Möglichkeit, eine einheitliche Währung für ihre Geschäfte zu schaffen, sind ebenfalls Initiativen, die in den Beziehungen zu anderen Entwicklungsländern angewandt werden könnten, um das mißbräuchliche Monopol der US-Währung zu verringern, das eine für den Rest der Welt schädliche Hegemonie verstärkt. Die BRICS-Länder sind weltweit führend in der landwirtschaftlichen Produktion, auf sie entfällt etwa ein Drittel der weltweiten Nahrungsmittelproduktion. Ihr gemeinsames Vorgehen mit den übrigen

Entwicklungsländern wäre ein wesentlicher Beitrag zur Beseitigung des Hungers, von dem heute weltweit mehr als 700 Millionen Menschen betroffen sind. In bezug auf den Klimawandel betonen wir den strategischen Wert einer wirklichen Koordinierung zwischen den BRICS und der G77, um den Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung bei der Umsetzung des Rahmenübereinkommens der UNO über Klimawandel und des Pariser Abkommens zu wahren. Auf der COP28, die dieses Jahr in Dubai stattfindet, wird zum ersten Mal ein von Kuba einberufenes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der G77 stattfinden, um die strategische Koordination zu stärken.

Die wissenschaftliche und technische Entwicklung wird heute von einem Club von Ländern monopolisiert, die den Großteil der Patente, Technologien und Forschungszentren für sich beanspruchen und die Abwanderung von Talenten aus unseren Ländern fördern. Die G77 und die BRICS müssen und können mehr tun, um diese Situation zu ändern, und in diesem Sinne

Kuba hat ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 77 und Chinas zum Thema Wissenschaft, Technologie und Innovation als Voraussetzung für Entwicklung einberufen, das am 15. und 16. September in Havanna stattfinden wird. (...) Die G77 und die BRICS haben die Möglichkeit, einen historischen Wandel herbeizuführen. Lassen Sie es uns tun! (...)

Redaktionell gekürzt

Quelle: informacion@granmai.cu, 26.8.23

Politischer Kredit für Türkei

Erdogan ändert Zinspolitik. Weltbank verdoppelt Milliardenhilfe.

Infrage gestellte globale US-Dominanz zwingt Washington dazu, Ankara stärker zu umwerben

Die Türkei sieht sich als politische, militärische und ökonomische Großmacht. Und sie hat wirtschaftliche und finanzielle Probleme. Vor allem eine hohe Inflation bereitet der Führung in Ankara seit Jahren Kopfzerbrechen. Nach langem und nicht sehr erfolgreichen Kampf gegen die Teuerung schien Anfang September Hilfe nah: Die in Washington/DC ansässige Weltbank entschied sich, ihre aktuelle Kreditlinie für das Land praktisch zu verdoppeln. Dies hatte Weltbank-Regionalmanager Humberto Lopez laut türkischer Nachrichtenagentur *Anadolu* am 7. September bekräftigt. Binnen drei Jahren sollen demnach zusätzliche 18 Milliarden US-Dollar (16,8 Milliarden Euro) in das Land fließen. Wie die Nachrichtenagentur *Reuters* am 8. September berichtete, käme diese Summe zu den bereits vorgesehenen 17 Milliarden Dollar hinzu. Die Mittel sollten unter anderem für Direktkredite an die Regierung zur Stützung des Privatsektors verwendet werden. Laut Lopez sei dieses aufgestockte Paket eine Reaktion auf das „starke Engagement“ der Regierung in Ankara, für gesamtwirtschaftliche Stabilität im Land zu sorgen.

Warum gerade jetzt?

Interessant ist die Frage, weshalb die Weltbank sich zu diesem Schritt tatsächlich entschlossen hat. Denn eigentlich dürfte die Unterstützung des NATO- und G20-Mitglieds Türkei durch die von den USA dominierten Finanzorganisationen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) selbstverständlich sein. Daß dies bislang nicht so war, hat politische, hauptsächlich aber wirtschaftlich verursachte Gründe.

Die Türkei ist ein rohstoffarmes, aber industriell (Textilien, Automobile, Maschinenbau, Chemie) gut entwickeltes Land mit einem sehr starken Tourismus-Sektor. Ökonomisches Hauptproblem ist der Zwang, Energieträger, Getreide und nahezu alle benötigten Rohstoffe auf dem Weltmarkt zu kaufen – die normalerweise nicht für türkische Lira zu haben sind. Das bewirkte eine anwachsende defizitäre Leistungsbilanz und machte hohe Inflationsraten zum Dauerproblem. Zudem steht die Landeswährung, vor allem seit der Herabstufung der Bonität durch die US-Ratingagenturen Moody's oder Standard&Poors, weiter unter Abwertungsdruck. So verlor sie gegenüber dem Euro seit 2021 etwa die Hälfte ihres Wertes. Das verbilligte zwar Ausfuhren und war gut für den Tourismus, verteuerte allerdings die Kosten für Importe, was die Inflation weiter antrieb. Diese erreichte im Oktober 2022 ihren bisherigen Höchststand von 80 Prozent. Verschärft wurde die soziale Lage noch durch die Folgen des verheerenden Erdbebens vom 6. April dieses Jahres im Südosten des Landes mit fast 60 000 Todesopfern und der Zerstörung von Infrastruktur und Wohngebäuden.

Um die Folgen der andauernden Teuerung zu lindern, hat sich Ankara stärker als ursprünglich gewollt verschuldet. Vieles kostete, wie die Energieversorgung und die Getreideimporte, ebenfalls Devisen. Wegen des schlechten Ratings mußten erhebliche Zinsaufschläge akzeptiert werden. Verschärfend kam hinzu, dass Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Zentralbank anwies, die Leitzinsen niedrig zu halten. Nach Ansicht der meisten westlichen Ökonomen war das ein Fehler. Investoren waren sich einig: So wird das nichts – und zögerten mit der Bereitstellung frischer Devisen.

Leitzins deutlich heraufgesetzt

Dennoch gab die Regierung Rekordbeträge für Sozialhilfe aus und erhöhte den Mindestlohn deutlich. Vor allem aber leitete das Land eine veränderte Zinspolitik ein. Im August wurde der Leitzins um 7,5 Prozentpunkte auf 25 Prozent aufgestockt. Einen beträchtlichen Teil der finanziellen Ressourcen lenkte man in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete. Das alles förderte den Konsum und trieb die Konjunktur an. Im zweiten Quartal legte das Bruttoinlandsprodukt um 3,8 Prozent zu. Politischer Knackpunkt für zögerliche Unterstützung durch westliche „Freunde“ Ankaras war, daß Erdogan nicht nur bei der Zinsfrage störrisch war. Auf Grund des ökonomischen Status Quo betrieb und betreibt er weiter eine weitgehend an nationalen Interessen orientierte Außen- und Wirtschaftspolitik. Er gibt den Vermittler zwischen dem Westen und Russland und trägt die Sanktionen gegen Moskau allenfalls zögerlich mit. Zudem liebäugelt er mit dem in Erweiterung begriffenen Staatenbund BRICS – der ein NATO-Mitglied, das einen Teil Syriens besetzt hält –, vermutlich nicht willkommen heißen dürfte.

Doch die USA brauchen das Land als strategischen Posten in einer Region, die den Ambitionen Washingtons zunehmend skeptisch gegenüberstehen. Der Militärstützpunkt Incirlik gilt als eine der wichtigsten US-Auslandsbasen. Deshalb buhlt die Biden-Administration um Erdogan – und wird, wie nach dem jüngsten Treffen des türkischen Präsidenten mit Russlands Staatschef Wladimir Putin in Sotschi, regelmäßig enttäuscht. Gerade diese anscheinende Ambivalenz zwingt die Machthaber in Washington, die Türkei nicht hängen zu lassen. Doch klar ist auch: Die USA haben F-35 Kampffjets – die sie nicht an die Türkei geben, obwohl sie bezahlt sind. Rußland indes hat Getreide im Überfluß, ebenso Öl und Gas. Und es liefert.

Tatsache ist auch, daß die finanzielle Macht des Westens weiterhin enorm ist. Und das nicht zuletzt, weil die Welt durch die umfangreiche Nutzung der US-Währung als Zirkulations- und Zahlungsmittel, als Reservewährung und Schatzbildner einen hohen Tribut zahlen muß. Denn solange das so ist, begleichen die Dollar-Nutzer die US-Schulden. Würde der Greenback nicht mehr als Weltleitwährung gebraucht, stünden die USA mit ihrem Zigtausende von Milliarden

schweren Schuldenberg vor dem staatlichen Aus.

Noch dominiert der Dollar

Doch noch – konkret historisch – dominiert der Dollar. Das macht aus den global operierenden Finanzorganisationen wie Weltbank, IWF, den maßgeblichen Ratingagenturen, dem Verrechnungssystem SWIFT sowie den weltweit marktbeherrschenden Großbanken und US-Fonds primär politische Waffen zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen. Das propagierte Ziel der Weltbank beispielsweise – wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Armutsbekämpfung – hat stets eine übergeordnete Dimension: Gegen US-Interessen ging bislang nichts. Zahlreiche Regierungen aus den Ländern des globalen Südens können ein trauriges Lied darüber singen.

Allerdings hörte man in Washington aus diesen Regionen zuletzt weniger Klagelieder, sondern registriert besorgt Bestrebungen, sich nach und nach aus der Abhängigkeit diese Institutionen zu befreien. Es wäre ein längst überfälliger Schritt nach dem förmlichen Ende westlicher Kolonialregimes in weiten Teilen der Welt in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts.

Hoffen auf BRICS

Noch hält das Imperium stand. Das liegt vor allem daran, daß es extrem schwer ist, einen Dollar-Ersatz zu finden – oder ihn gar erst zu schaffen. Der Euro ist es nicht. Und kann es nicht werden, auch weil sich die EU seit Februar 2022 vollständig der US-Vorherrschaft unterworfen hat und den Hauptteil der ökonomischen Nachteile trägt, die der nicht erklärte Krieg Washingtons und Londons gegen Rußland verursacht.

Nun liegen viele Hoffnungen auf dem BRICS-Bündnis (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika; und neu Iran, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Äthiopien und Argentinien). Dort will man im Handel untereinander stärker auf die jeweiligen Landeswährungen setzen. Das funktioniert bislang eher schlecht, auch weil eine einheitliche, überall akzeptierte Clearing-Währung fehlt und die Staaten sehr unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungsstände haben.

Am Beispiel von Rußlands Handel mit Indien zeigt sich, wie sehr ein Dollarersatz fehlt: Die enorm angestiegenen Öllieferungen der Russischen Föderation nach Indien haben zu Milliarden Guthaben an Rupien auf dortigen Banken geführt. Das Geld liegt faktisch brach, kann außerhalb des Subkontinents nicht verwendet werden. Deshalb wird zwischen Neu-Delhi und Moskau fieberhaft verhandelt, ob, wie und wo diese Guthaben auf dem indischen Markt investiert werden können. Im Gespräch ist beispielsweise ein Ausbau der Rüstungskooperation. Funktionierte ein solches Modell, wäre das ein Meilenstein auf dem Weg zur globalen Befreiung von der US-Dominanz.

Der Indien-Europa-Korridor

Berlin, Brüssel und Washington planen einen Verkehrskorridor aus Europa über Mittelost bis nach Indien. Das Projekt soll mit der Neuen Seidenstraße rivalisieren und Indien enger an den Westen binden.

Investitionslücke in der Infrastruktur

Der globale Bedarf an Investitionen in die Verkehrs-, Energie- oder Telekommunikationsinfrastruktur ist immens. Im Westen, so in den USA oder in Deutschland, werden beispielsweise Teile der Verkehrsinfrastruktur, darunter Straßen und Brücken, marode und müssen in nächster Zukunft erneuert werden. In Entwicklungs- und auch in den meisten Schwellenländern fehlt es immer noch an allerlei Infrastruktur; auf dem afrikanischen Kontinent etwa sind die Verkehrswege aus dem Landesinneren mit seinen Rohstofflagerstätten zu den Häfen mittlerweile oft gut ausgebaut, während die Verbindungen zwischen den afrikanischen Staaten in vielen Fällen noch recht rudimentär sind. Laut dem Global Infrastructure Hub, einer im Jahr 2014 von den G20 gegründeten Organisation, ist bis zum Jahr 2040 weltweit mit einer Investitionslücke im Infrastrukturbau von rund 15 Billionen US-Dollar zu rechnen, davon 6,5 Billionen in Nord- und Südamerika, 4,8 Billionen US-Dollar in Asien sowie Ozeanien, 2 Billionen US-Dollar in Europa und 1,7 Billionen US-Dollar in Afrika. Einige Staaten und Staatengruppen haben bereits umfangreiche Investitionsprogramme aufgelegt, so die USA mit dem Infrastructure Investment and Jobs Act (1,2 Billionen US-Dollar) oder die EU mit NextGenerationEU (800 Milliarden US-Dollar).

Die Neue Seidenstraße und ihre Rivalen

Die Infrastruktur in den Schwellen- und Entwicklungsländern wird seit 2013 von China im Rahmen der Neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative, BRI) systematisch ausgebaut. Die Transportkorridore, die dabei vorrangig gestärkt wurden, waren zunächst die Verkehrswege zu Land und zu See aus China in Richtung Westen. Mittlerweile werden aber auch andere Routen sowie weitere Infrastrukturprojekte abseits der klassischen Ost-West-Verbindungen gefördert. Im BRI-Rahmen hat Beijing inzwischen Berichten zufolge mindestens eine Billion US-Dollar investiert. Weil das weniger westlichen als vielmehr chinesischen Konzernen nutzt und außerdem die internationale Position der Volksrepublik stärkt, haben die westlichen Staaten begonnen, Konkurrenzprogramme aufzulegen. Die EU startete im September 2018 mit einer sogenannten EU-Asien-Konnektivitätsstrategie. Das Vorhaben gilt allerdings bereits seit Jahren als umfassend gescheitert. Die Vereinigten Staaten folgten im Juni 2021 mit einem weiteren global

angelegten Infrastrukturprogramm (Build Back Better World, B3W); auch dieses kommt allerdings nicht so recht von der Stelle. Im Juni 2022 hieß es, es seien erst Projekte im Wert von sechs Millionen Euro auf den Weg gebracht worden. Anfang 2023 urteilten Beobachter, B3W sei faktisch „tot“.

Global Gateway

Aktuell treibt die EU ihr jüngstes Infrastrukturprogramm voran, das sie Ende 2021 unter der Bezeichnung Global Gateway auf den Weg



Ankündigung des Indien-Europa-Korridors am 10. September in Neu-Delhi

gebracht hat. Auch dieses kommt nicht so schnell von der Stelle, wie Brüssel es wünscht. Ein Jahr nach dem Start des Programms monierten Beobachter, bisher seien vor allem längst bestehende entwicklungspolitische Maßnahmen mit dem Etikett „Global Gateway“ versehen worden; manche prangerten das Vorhaben als einen „Milliardenbluff“ an. Seither ist in Brüssel eine ganze Reihe weiterer Projekte initiiert worden; neben einigen Vorhaben zur Verbesserung der Energie- und Verkehrsinfrastruktur handelt es sich insbesondere um Initiativen, die den Zugriff der EU auf zentrale Rohstoffe der Energiewende stärken sollen – von Lithium bis hin zu grünem Wasserstoff. Faktisch handelt es sich bei Global Gateway also zu großen Teilen um ein Programm zur Deckung des europäischen Rohstoffbedarfs. Zwar rühmt sich die EU-Kommission, von den 87 sogenannten Leuchtturmprojekten zum Ausbau der Infrastruktur, die bis August 2023 auf den Weg gebracht worden seien, habe man 44 auf dem afrikanischen Kontinent angesiedelt. Allerdings geschieht das zu einer Zeit, zu der diverse Staaten Afrikas ihren Schwerpunkt vom Ausbau ihrer Infrastruktur zu ihrer Industrialisierung zu verschieben beginnen. Am Rande des BRICS-Gipfels im August in Johannesburg berichtete ein Regierungsmitarbeiter aus Beijing, die Volksrepublik werde von afrikanischen Staaten heute vor allem um Unterstützung bei Maßnahmen zur Industrialisierung gebeten, weniger in der Infrastruktur.

Der India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC)

Am Rande des G20-Gipfels haben die USA und die EU ihre nächste Infrastrukturinitiative

gestartet: den India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEC). Beteiligt sind außer den Vereinigten Staaten sowie der EU gesondert Deutschland, Frankreich und Italien, daneben Indien, Saudi-Arabien sowie die Vereinigten Staaten. Vorgesehen ist, einen Transportkorridor aus Indien über den Mittleren Osten nach Europa zu schaffen. Ein erster, östlicher Teil soll Indien auf dem Seeweg mit der Arabischen Halbinsel verbinden; ein zweiter, nördlicher Teil soll aus den Ländern der Arabischen Halbinsel nach Europa führen; für den zweiten Strang ist die Einbindung Jordaniens und Israels geplant. Konzipiert ist eine Route, die Bahn- und Schiffstransport verbindet, also etwa die Verschiffung per Eisenbahn transportierter Waren zwischen indischen und arabischen Häfen umfaßt. Ergänzend sollen Unterseekabel zur Strom- und Datenübertragung gelegt werden; auch ist die Lieferung von grünem Wasserstoff aus Israel nach Europa geplant. Laut US-Regierungskreisen sollen innerhalb von 60 Tagen Arbeitsgruppen zusammengestellt werden, die konkrete Pläne ausarbeiten sowie Fristen festlegen. Die Finanzierung ist noch vollkommen unklar; Riad wolle, heißt es, womöglich bis zu 20 Milliarden US-Dollar bereitstellen.

Mehrere Eisen im Feuer

Das politische Ziel der IMEC-Initiative besteht nicht nur darin, einen Transportkorridor zu errichten, der mit Chinas BRI konkurriert, sondern auch darin, Indien auf unabhängigem Weg an die EU anzubinden; das soll helfen, New Delhi gegen Beijing in Stellung zu bringen. Der Plan wird dadurch erleichtert, daß Indien einer der kaum 50 Staaten weltweit ist, die nicht an der BRI teilnehmen und damit inzwischen in eine gewisse Isolation geraten sind; New Delhi kommt Unterstützung bei Infrastrukturmaßnahmen deshalb zupfaß. Andererseits arbeiten Indien, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate künftig im BRICS-Rahmen enger zusammen; ein Ausbau des Transportkorridors zwischen den drei Ländern stärkt damit auch die BRICS-Kooperation. Davon abgesehen muß sich erst noch zeigen, ob die IMEC-Pläne realisiert werden können – und welches Gewicht ihnen letzten Endes zukommt. Indien baut seine Infrastruktur zwar nicht im Rahmen der BRI, dafür längst aber mit Krediten der New Development Bank (NDB, „BRICS-Bank“) aus. IMEC-Infrastrukturvorhaben sind deshalb für New Delhi nur eines von mehreren Eisen, die es im Feuer hat.

Redaktionell gekürzt

Quelle: german-foreign-policy.com, 12.9.23

Kriegsübungen in Südostasien

Berlin weitet Bundeswehr-Aktivitäten in Südostasien aus und steigt in gemeinsame Manöver mit Indonesien ein. Jakarta ist dezidiert nicht bereit, sich gegen China in Stellung bringen zu lassen.

Super Garuda Shield 2023

Das Manöver Garuda Shield wird bereits seit 2009 als gemeinsame Kriegsübung der USA und Indonesiens abgehalten. Seit dem vergangenen Jahr, als erstmals Einheiten aus weiteren Staaten teilnahmen, trägt es den Namen Super Garuda Shield. In diesem Jahr beteiligen sich an der Übung, die vom 31. August bis 13. September stattfand, außer rund 1900 indonesischen und gut 2100 US-Militärs Soldaten aus Australien, Japan und Singapur, aus

Luftwaffe zu Großmanövern nach Australien geflogen. 2023 schließlich hatte das Deutsche Heer seinen Einstand auf dem Kontinent gegeben: mit der Teilnahme an Talisman Sabre 2023, einer recht breit angelegten, von Australien und den USA geführten Kriegsübung, in der völlig unverhüllt Militäroperationen gegen China geprobt wurden. Für das kommende Jahr kündigt Berlin die erneute Entsendung einer Fregatte und eines Versorgungsschiffes der Deutschen Marine in den Pazifik an. Darüber hinaus hat die Bundeswehr ihre Aktivitäten bisher um kleinere Übungen in anderen Ländern der Region ausgeweitet, die im Rahmen von Abstechern bei der An- und der Abreise nach bzw. aus Australien durchgeführt

der Übung SEACAT (Southeast Asia Cooperation and Training) teil, die jährlich in Singapur abgehalten wird. Unter Anleitung der 7th U.S. Fleet wurden dabei Maßnahmen etwa zum Boarding fremder Schiffe diskutiert und geübt.

Kriegsübungen mit Indonesien

Berlin ist zudem bestrebt, rüstungs- und militärpolitisch auch in Indonesien stärker Fuß zu fassen, um seine Präsenz in der Asien-Pazifik-Region weiter nach Südostasien hinein auszuweiten. Die Bundesrepublik hat ihre Rüstungsexporte nach Indonesien schon in den vergangenen Jahren erhöht. Bereits 2013 erhielt die Waffenschmiede Rheinmetall die Genehmigung, Jakarta 164 gepanzerte Fahrzeuge zu liefern, darunter über 100 Leopard 2A6. 2018 genehmigte die Bundesregierung die Ausfuhr zweier Minenjagdboote von Abeking & Rasmussen; diese wurden im Mai dieses Jahres ausgehändigt. Als Verteidigungsminister Boris Pistorius am 5. Juni zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen Prabowo Subianto in Jakarta weilte, stellte er diesem die mögliche Lieferung von zwei Militärtransportern A400M in Aussicht. Eine solche Lieferung könne als „Einstieg in ein größeres A400M-Programm“ fungieren, wurde berichtet. Pistorius drang außerdem auf eine rasche Ausweitung auch der Militärkooperation und insbesondere auch auf gemeinsame Manövertätigkeiten; die deutschen Kriegsschiffe, die nächstes Jahr in den Pazifik entsandt werden, sollen gemeinsam mit Indonesiens Marine üben. Die Beobachtertätigkeit bei Super Garuda Shield 2023 gilt dabei als ein Einstieg in die Manöverkooperation.



Foto: *Pressenza, International Press Agency*

Frankreich und aus Großbritannien. Unter anderem dient das Manöver dazu, die Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften zu verbessern und damit prinzipielle Voraussetzungen für gemeinsame Kriegsoperationen zu schaffen. Geprobt werden zum Beispiel Landeoperationen von See her wie auch aus der Luft, die Eroberung eines Flugplatzes und Kampfhandlungen an Land. Wie berichtet wird, erstreckt sich die Übung auch auf Seegebiete nahe den Natuna-Inseln im Südchinesischen Meer; auf Gewässer, die nicht weit von diesen Inseln entfernt liegen, erhebt China Ansprüche. Insgesamt zwölf Staaten haben Beobachter zu Super Garuda Shield 2023 entsandt. Zu ihnen gehören Brasilien, Indien, Südkorea, die Philippinen – und die Bundesrepublik.

Manöverschwerpunkt Australien

Deutschland setzt mit der beobachtenden Teilnahme an dem Manöver seine Bemühungen fort, eine stärkere militärische Präsenz in der Asien-Pazifik-Region zu entfalten. Schwerpunkt der bisherigen dortigen Bundeswehr-Aktivitäten ist Australien. Dort hatte die Fregatte Bayern Ende 2021 im Rahmen der ersten Asien-Pazifik-Fahrt der Deutschen Marine angelegt. 2022 war ein Geschwader der

wurden – dies überwiegend in Japan, in Südkorea und in Singapur.

Militäraktivitäten in Singapur

Über Singapur sucht die Bundesrepublik dabei ihre Aktivitäten nach Südostasien hinein auszudehnen. Der Stadtstaat gilt als dem Westen verbunden; so beteiligt er sich als einziges Land der Region an den westlichen Rußland-Sanktionen. Zudem besitzt er geostrategisch besondere Bedeutung: Er liegt an der Straße von Malakka, einer wichtigen Meerenge, durch die Ostasiens Seehandel mit den Staaten des Mittleren Ostens, Afrikas und Europas abgewickelt wird. Singapur ist ein bedeutender Abnehmer deutscher Rüstungsprodukte; die Panzertruppen des Landes trainieren auch auf deutschen Truppenübungsplätzen. Zudem ist seit 2019 ein Verbindungsoffizier der deutschen Marine am Information Fusion Centre (IFC) in Singapur stationiert, einer Einrichtung, an der Informationen über die maritime Sicherheit in der Region ausgetauscht werden, so etwa Hinweise auf Schmuggel, Piraterie und maritimen Terrorismus. Erst kürzlich nahmen der deutsche Verbindungsoffizier am IFC sowie zwei weitere Angehörige der Deutschen Marine bereits zum zweiten Mal seit 2022 an

Kein Schauplatz für Rivalität

Einem zentralen Ziel, das Berlin und Washington mit ihren Indonesien-Manövern verfolgen, verweigert sich Jakarta allerdings hartnäckig. Die USA und Deutschland zielen darauf ab, Indonesien dicht an den Westen zu binden und das Land gegen China in Stellung zu bringen – auch mit Hilfe gemeinsamer Kriegsübungen. Dazu ist die indonesische Regierung nicht bereit. So stellte Prabowo kürzlich nach einem Treffen mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin fest, Jakarta wünsche zwar ein gutes Verhältnis zu Washington. Allerdings wolle er unterstreichen, „daß wir auch sehr gute Beziehungen zu China haben“. Darüber hinaus „suchen wir Freundschaft mit Rußland“. „Ich werde Moskau besuchen, ich habe auch eine Einladung, im Oktober Beijing zu besuchen“, teilte Prabowo mit: „Wir wollen allen Staaten freundschaftlich verbunden sein.“ Indonesiens Präsident Joko Widodo hat dies auf dem ASEAN-Gipfel in Jakarta bekräftigt. Das gesamte ASEAN-Bündnis, dem zehn Staaten Südasiens angehören, „hat sich geeinigt, kein Stellvertreter für irgendeine Macht zu werden“, erklärte Jokowi: ASEAN kooperiere mit allen Staaten, um Frieden und Wohlstand zu erreichen; niemand dürfe das Bündnis „zu einem Schauplatz für destruktive Rivalität“ machen. Jakarta besteht auf seiner Neutralität.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 6.9.23

USA und Ukraine in Alarmstimmung

Im September trafen Wladimir Putin und Kim Jong-un auf dem Boden der Russischen Föderation zusammen. Anlaß dafür war, wie der in Moskau ansässige US-amerikanische Politologe Korybka hervorhob, die offensichtliche Bedrohungslage durch den Westen, der sich Rußland und die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) gleichermaßen ausgesetzt sehen. Russischen Medien-Berichten zufolge gehe es um eine engere militärische Kooperation auf der Grundlage eines Militärabkommens. Beide Seiten prüfen einen Tausch, bei dem Rußland Hyperschall-, Nuklear-, Satelliten- und U-Boot-Technologie und die KDVR Munition und Artillerie aus der Sowjetära liefern würden.

Dabei würde der erste Teil dieses Deals das sich abzeichnende Dreieck USA-Südkorea-Japan neutralisieren und somit das militärische Kräfteverhältnis vorsehend ausgleichen, während der zweite Teil Rußlands Spezialoperation in der Ukraine bis ins nächste Jahr hinein aufrechterhalten würde. Da kann viel Wahres dran sein, aber es steckt noch mehr dahinter.

Warum will eigentlich Rußland überhaupt ein Militärabkommen mit der DVRK abschließen, wenn doch der MİK der RF, wie oft von russischen Offiziellen herausgestellt, hochgefahren und kein besonderer Mangel an Ausrüstung vorhanden zu sein scheint? Es besteht, so Korybka, wegen der ausländischen Verpflichtungen Rußlands und einer möglichen Aggression der NATO gegen das Land ein erhöhter Herstellungsbedarf an qualitativ anspruchsvoller Militärtechnik, aber auch ein massenhafter Produktionsbedarf an qualitativ geringeren Militärgütern für die russische Spezialoperation in der Ukraine.

Zudem könnte jede abrupte Hinwendung Chinas zu Rußland und der DVRK riskant sein, da die USA Gegenwirkungen in Kraft setzen würden, welche die Weltwirtschaft destabilisieren und damit das exportorientierte Wachstum und Chinas Sozialprogramme sabotieren.

Rußland und die DVRK betrachten China als einen der wichtigsten strategischen Partner, aber beide würden sich unwohl fühlen, wenn sie mit China eine Beziehung eingehen müßten, in der Peking eine zu große Rolle bei der nationalen Sicherheit der möglichen Paktpartner spielen würde. Aus der Sicht Pjöngjangs könnte die Versorgung mit bahnbrechender Militärtechnologie, selbst wenn Peking diese zur Verfügung stellen würde, eines Tages unterbrochen werden, sollte China ein Abkommen mit den USA schließen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland in absehbarer Zeit ein größeres Abkommen mit den USA schließt, ist nach den letzten 18 Monaten Ukraine-NATO-Rußland-Konflikt nahezu null, womit die DVRK Rußland als weitaus zuverlässigeren militärischen Partner sieht.

Rußlands und Nordkoreas abgestimmte Handlungen auf globaler und nationaler Ebene berücksichtigen Chinas Widerwillen, alle Brücken zum Westen abzurechen,

obwohl das Land auch bereits alternative globale Institutionen aufbaut. Das sind wichtige Gesichtspunkte für den möglichen Abschluss eines Militärabkommens beider Länder. Diese strategischen Einsichten ermöglichen es, den wahren Stand der Beziehungen zwischen diesen Ländern besser zu verstehen, und hilft daher objektiven Beobachtern, in Zukunft genauere Analysen vorzunehmen.

Die Verhandlungen, einschließlich eines Tête-à-tête-Gesprächs, zwischen Kim und Putin dauerten nicht länger als drei Stun-

den Hauptakzent auf die militärische Ausrüstung und nicht auf den Einsatz von uniformiertem Personal, wie man es bei der Spezialoperation in der Ukraine sehen kann. Die RF war und ist zuversichtlich, daß sich die neueste russische Militärtechnik, die jetzt in Serie produziert wird, gegen alles, was der Westen an Kiew liefert, bewähren wird. Wenn man auf Videos deutsche Leopard-Panzer, britische Challenger-II-Panzer und amerikanische Bradley-Panzerwagen, die in der Ukraine eingesetzt wurden und sie unter dem Beschuß russischer Artillerie



September 2023: Kim Jong-un und Wladimir Putin treffen in Wladiwostok zusammen.

den, woraus sich schließen läßt, daß das Treffen beiderseitig lange und gut vorbereitet wurde.

Nach Abschluß des Treffens begleitete Putin den nordkoreanischen Staatschef vom Raumfahrt-Komplex Wostotschny zum Bahnhof. Auf dem Weg nach Hause machte Kim mehrere Stopps bei militärischen Produktionsanlagen und besuchte auch Wladiwostok, um die Universität und andere Einrichtungen zu besichtigen.

Warum fand das Treffen im Kosmodrom von Wostotschny statt? Die Russen sind sehr stolz auf den Weltraumbahnhof Wostotschny, der ihren Hauptstartplatz in Baikonur aus Sowjetzeiten ersetzt. Nachdem die Nordkoreaner dem russischen Verteidigungsminister Schoigu bei dessen Besuch in der DVRK ihre Errungenschaften auf dem Gebiet der Raketentechnik gezeigt hatten, reagierte Rußland spiegelbildlich mit der Demonstration des russischen Kosmodroms Wostotschny, wo sie ihre hochmodernen militärischen und zivilen Raumfahrttechnologien vorführen konnten. Damit wurde dem koreanischen Streben nach Unterstützung beim Start von militärischen und zivilen Satelliten entsprochen. Ganz allgemein unterstreicht es noch einmal die Tatsache, daß die Zusammenarbeit im militärisch-technischen Bereich die treibende Kraft der russisch-koreanischen Partnerschaft ist. Rußland legt

rie, Mehrfachwerfern und der als „Lancet“ bekannten Killerdrohne sieht, wo diese zu Asche verbrennen, versteht man, daß Rußland erfolgreich ist.

In den Beziehungen Rußland-Nordkorea handelt es sich nicht, wie betont wird, um eine „strategische Partnerschaft“ oder „Allianz“, wie sie von den Staatsoberhäuptern Rußlands und Chinas zur Beschreibung der russisch-chinesischen Beziehungen verwendet wurde. Mit Blick auf die Nordkoreaner wurde davon gesprochen, daß sie „einfach Freunde“ seien.

Worauf haben sich diese Freunde konkret geeinigt? Es ist unwahrscheinlich, daß das in nächster Zeit publik wird.

Nach den Kommentaren in russischen Talkshows können wir davon ausgehen, daß Rußland offiziell derzeit weiterhin die von der RF mit unterschriebenen UN-Sanktionen gegen Nordkorea einhalten wird. Die russischen Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Kohlenwasserstoffen an Nordkorea in den kommenden Wochen werden als „humanitäre Hilfe“ bezeichnet werden, die nicht unter die Sanktionen fällt. Es wird jedoch die Botschaft vermittelt, daß Rußland erwägt, seine Unterschrift unter die Sanktionen zurückzuziehen und in allen Bereichen mit Nordkorea zusammenzuarbeiten.

Massenproteste in Pakistan

Pakistan wurde 1947 unabhängig vom früheren britisch-indischen Kolonialreich. Bereits 1958 kam es zum ersten Militärputsch in der neuen islamischen Republik. 1971 spaltete sich Ostpakistan, das heutige Bangladesch, von Pakistan ab. 1977 putschte Zia Ul-Haq, der bis zu seinem Tod 1988 eine Militärregierung anführte. Von 1988 bis zur Amtsenthebung von General Pervez Musharraf 2008 wechselten sich Militär- und Zivilregierungen ab. Dabei blieben das Militär und seine Geheimdienste jedoch immer die Kraft, die im Hintergrund die Fäden zog und die ihm genehme Regierung an die Macht brachte. Andauernde innerpakista-

Nachbarländern. Khan baute ein Krebskrankenhaus, für das er Spenden aus der ganzen Welt gesammelt hatte und gründete eine Hochschule. Die Imran Khan Foundation ist eine weitere Wohlfahrtseinrichtung, die arme Menschen in Pakistan unterstützt. Khan hat Solarladestationen in netzfernen Dörfern eingerichtet und die Bewohner mit Lampen versorgt, die an den Solarladestationen aufgeladen werden. Khan ist ein guter Redner und weiß um die Probleme der kleinen Leute.

1996 gründete Khan seine eigene Partei, die PTI, die 2018 die Wahlen gewann. Er bildete eine Koalitionsregierung mit knapper Mehrheit

in vielen Bereichen fortschrittliche Züge. Seine Regierung führte Verbesserungen der sozialen Sicherheitsnetze ein. Dazu gehörte die Ausweitung der Sozialhilfe auf Behinderte sowie die Einführung einer Krankenversicherung. Während der COVID-Pandemie brachte Khans Regierung ein Wohlfahrtsprogramm auf den Weg, das sich an die ärmsten Bevölkerungsschichten des Landes richtete. Er förderte erneuerbare Energien und stoppte den Bau von Kohlekraftwerken um die Treibgasemissionen zu verringern. Er führte ein Programm zu Wiederaufforstung ein und ließ mehr als 10 Milliarden Bäume pflanzen.

Hatte das Militär anfangs Khan noch unterstützt, so wandte es sich von ihm ab, als er versuchte, seine Wahlversprechen zu erfüllen. Man hatte gehofft, er würde, einmal an der Regierung, das Spiel mitspielen, und die PTI könnte so als Blitzableiter für die sich anbahnenden Massenproteste dienen. Aber Khan startete stattdessen eine Anti-Korruptionskampagne, unternahm Maßnahmen, die Einkommensströme der Eliten einzuschränken und mischte sich in die Personalpolitik des Militärs ein. Er wandte sich gegen die Unterwerfung Pakistans durch die USA, unterstützte die Unabhängigkeitsbestrebungen der Entwicklungsländer und wandte sich Rußland und China zu.

Khan ist Gegner einer Allianz zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten, er möchte, daß Pakistan unabhängig bleibt. Er ist ein Gegner der Militärstützpunkte der USA in seinem Land und stoppte das Drohnenprogramm der USA. Mit seiner Politik machte er sich sowohl die herrschende Elite im Land als auch die USA zum Feind.

Zudem wurde in der Regierungszeit von Khan der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor ausgebaut. Trotz teils berechtigter Kritik von verschiedenen Seiten, hat der CPEC Pakistan mehr Nutzen als Nachteile gebracht. China hat im Rahmen des CPEC bereits über 70 Milliarden US-Dollar in verschiedene Projekte in Pakistan investiert, davon den größten Teil zwischen 2018 und 2021, was die Infrastruktur und die Stromversorgung des Landes wesentlich verbessert hat. Dazu kommen noch Kredite von China an Pakistan. Die Volksrepublik investiert auch in dessen Bildung, Gesundheit und Tourismus. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China hat Pakistans Abhängigkeit von Krediten des IWF verringert und weniger erpreßbar gemacht.

Im März 2022, als die PTI angesichts steigender Inflation und Kaufkraftverlust auf dem Tiefpunkt ihrer Popularität angelangt war, schlossen sich die Oppositionsparteien zusammen, um Khan loszuwerden. Dafür erhielten sie tatkräftige Unterstützung von den USA. Wie aus einer von Intercept veröffentlichten geheimen Depesche hervorgeht, traf sich der pakistanische Botschafter am 7. März 2022 mit US-Beamten, denen Khan ein Dorn im Auge war. Wenn Khan nicht abgesetzt würde, hätte das schlimme Folgen für Pakistan, drohten die US-Beamten. Wenn das jedoch geschehe, sei „alles vergessen“ und man sei wieder Freunde. Sie monierten Khans Weigerung, sich im



Teeplantage in Pakistan

nische Bürgerkriege und Grenzkonflikte mit Indien und Afghanistan schwächten das Land und seine Wirtschaft zusätzlich. Politisch dominieren die beiden Familien Sharif und der Bhutto-Zardari-Clan die Szene. Diese beiden Familien wechselten sich in der Regierung ständig untereinander, in Koalition miteinander oder mit einer Militärregierung ab. Sie betreiben eine korrupte Vetterwirtschaft und haben das Land inzwischen an den Rand des Ruins getrieben.

Pakistan hat ein anhaltendes Exportdefizit, das derzeit bei rund 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr liegt, und benötigt ständig neue Kredite, um alte Schulden zu begleichen. Der Schuldendienst liegt bei 40 % der Staatsausgaben.

2022 wurde das Land zu allem Überfluß auch noch von einer Jahrhundertflut heimgesucht. Die Schäden werden auf 30 Milliarden US-Dollar geschätzt. Auch dieses Jahr gibt es wieder verheerende Überschwemmungen und der Monsunregen zerstörte die Ernte.

Imran Khan

Kricket ist Nationalsport in Pakistan und Khan führte die Nationalmannschaft über zahlreiche internationale Erfolge bis zum Sieg in der Weltmeisterschaft im Jahre 1992. Er ist aber im Land nicht nur als großer Sportler, sondern auch als Philanthrop bekannt. Als UNICEF-Sonderbeauftragter förderte er Gesundheits- und Impfprogramme in Pakistan und seinen

und mit ihm als Ministerpräsidenten. Die PTI genießt die Unterstützung der großen Mehrheit der pakistanischen Bevölkerung.

Khan bekennt sich zum Islam. Er ist für eine freie neoliberale Marktwirtschaft und möchte einen Wohlfahrtsstaat schaffen. Er will die Korruption bekämpfen und einen demokratischen Staat mit einer „sauberen“ Regierung für die Armen und einfachen Bürger des Landes und mit einer unabhängigen Justiz. Die Macht der Polizei und des Militärs soll eingeschränkt werden. Außenpolitisch soll Pakistan unabhängig bleiben.

Die Regierung von Imran Khan 2018–2022

Khans Regierungskoalition hatte von der Regierung Nawaz Sharif ein schweres Erbe übernommen. Zu der grassierenden Korruption und einer Wirtschaftskrise mit chronischem Devisenmangel kam noch die COVID-Pandemie hinzu. Obwohl Khan gegen den von den USA kontrollierte IWF gewettert hatte, mußte seine Regierung wegen drohender Zahlungsunfähigkeit einen sechs-Milliarden-US-Dollar-Kredit aufnehmen und die mit der Kreditvergabe üblichen „Sparmaßnahmen“ akzeptieren. Der IWF forderte, daß die Rupie abgewertet und die Steuern erhöht werden. Dadurch sind auch unter Khans Regierung Inflation und Arbeitslosigkeit gestiegen. Khan hatte ehrliche Absichten. Er ist kein Revolutionär, aber seine Politik

Ukraine-Krieg an die Seite der USA zu stellen. Khan hatte die Forderung der USA, den Einmarsch Rußlands zu verurteilen, abgelehnt und öffentlich erklärt, Pakistan sei kein Vasall der USA. Der wahre Grund dürfte aber Khans Annäherung an China sein.

Man heckte den Plan aus, Khan durch ein Mißtrauensvotum im Parlament zu stürzen, was am 9. April 2022 mit hauchdünner Mehrheit und einigen Tricks gelang, nachdem einer der Koalitionspartner abtrünnig geworden war. Daß dabei Stimmenkauf mit im Spiel war, ist mehr als wahrscheinlich. Nun war die Macht wieder in den Händen der alten Eliten. Als neuer Premierminister wurde Shehbaz Sharif, der Bruder des wegen Steuerhinterziehung zu 11 Jahren Haft verurteilten und ins Ausland geflohenen Vorgängers von Khan, ernannt. Seither hat sich auch die Position Pakistans zu Rußland geändert.

Die Regierung von Shehbaz Sharif und die Verfolgung der PTI

Seit der Absetzung von Khan befindet sich das Land in Aufruhr. Khan deckte das Komplott gegen ihn auf und bezeichnete seine Absetzung als illegal und als Verschwörung der Regierung von Shehbaz Sharif und den USA. Er rief seine Anhänger zu Massenprotesten für Neuwahlen auf, die er wahrscheinlich gewinnen würde. Es kam bis zum Mai 2023 fast täglich zu Demonstrationen und Protestmärschen, sowohl gegen die steigenden Preise als auch gegen Khans Absetzung. Im November 2022 wurde bei einem Marsch auf Islamabad ein Attentat auf ihn verübt, das er mit Schüssen ins Bein überlebte. Er beschuldigte öffentlich den Präsidenten, den Innenminister und den Chef des Geheimdiensts, in einem gemeinsamen Komplott hinter dem Attentat zu stecken. Der Mordanschlag heizte die Stimmung weiter an. Da auch die Armut im Land stetig stieg, verschärfen sich die Proteste. Die Regierung antwortete mit scharfen Repressionsmaßnahmen.

Der vorläufige Gipfel der Proteste wurde erreicht, als Khan am 9. Mai diesen Jahres bei einer Gerichtsverhandlung von einer Militäreinheit festgenommen wurde. Daraufhin kam es in ganz Pakistan spontan zu gewalttätigen Demonstrationen. Die Demonstranten waren wütend auf die Regierung und auf das Militär. In Lahore setzten Anhänger der PTI den Amtssitz des Militärkommandanten in Brand. In Rawalpindi stürmten Khans Anhänger das Gebäude des Militärs. In Karachi wurde der Amtssitz der Militärkommandantur gestürmt. Autos wurden angezündet und Barrikaden errichtet. Es gab mehrere Tote. Die Regierung ließ das Internet abschalten, damit die Bilder nicht um die Welt gingen. Wenige Tage später erklärte der Oberste Gerichtshof die Verhaftung für rechtswidrig und Khan wurde wieder freigelassen.

Die Regierung nutzte die Gewalt bei den Protesten als Vorwand, schärfere Gesetze, die speziell auf die Unterdrückung der PTI zugeschnitten sind, zu erlassen. Um Khan aus der Politik verschwinden zu lassen, hat die Staatsanwaltschaft inzwischen mehr als 140 (!) absurde und politisch motivierte Anklagen, von Korruption über Mißachtung des Gerichts, Geldwäsche, Amtsbeleidigung, Diebstahl von Staatseigentum bis zu Terrorismus gegen

ihn erstellt. Es folgte ein hartes Durchgreifen gegen die Presse. Auf Anweisung des Militärs wurde eine extreme Zensur eingeführt. So ist es der Presse inzwischen verboten, Khans Namen zu erwähnen. Die Behörden gingen auch hart gegen die PTI vor und haben Tausende Funktionäre der Partei verhaftet. Das hat seine Wirkung nicht verfehlt, die PTI ist organisatorisch angeschlagen, aber immer noch populär. Am 5. August verurteilte ein Gericht Khan, den am wenigsten korrupten Politiker im ganzen Land, wegen angeblicher Korruption zu drei Jahren Gefängnis und dem Verbot, sich in den nächsten fünf Jahren um ein politisches Amt zu bewerben. Er wurde verhaftet und sitzt seitdem im einem Hochsicherheitsgefängnis.

Eine neue Interimsregierung und die Strompreise

Die Regierungsperiode 2018 bis 2023 lief am 9. August aus. Die Regierungsgeschäfte wurden einer Interimsregierung übertragen. Laut Verfassung müssen bis zum 9. November Neuwahlen stattfinden. Kurz vor der Auflösung der Nationalversammlung hatte der IWF Pakistan einen neuen Kredit von 3 Milliarden US-Dollar gewährt, der in drei Tranchen ausbezahlt wird. Die Regierung von Shehbaz Sharif hatte nichts gemacht, um die Wirtschaftskrise unter Kontrolle zu bringen und das Leid der Bevölkerung zu lindern. Im Vergleich zur Regierung von Khan hat sich die Situation noch verschlimmert. Die Devisenreserven reichen noch für zwei Monate. Die anhaltende Abwertung der Rupie geht ungebremst weiter und ist auf einem historischen Tiefstand. Die Spielräume für Importe werden kleiner, die Einfuhr wichtiger Güter wurde auf ein Minimum reduziert, was die Wirtschaft weiter abwürgt, da die Fabriken kaum noch Rohstoffe aus dem Ausland beziehen können. Grundlegende Importe wie Treibstoff, Speiseöl und Hülsenfrüchte sind unerschwinglich geworden. Die Reformen, die vom IWF als Bedingung für das Darlehen gefordert wurden, erschweren es, den Preisdruck und den Verfall der Rupie unter Kontrolle zu bringen. Die Inflation liegt bei 30 %, für Lebensmittel liegt die Verteuerung um die 50 %. Für immer mehr Familien ist das unbezahlbar. Die Arbeitslosigkeit steigt, viele hungern. Es gibt acht Millionen Binnenvertriebene in Pakistan. Die Straßen von Karachi sind voll von ihnen, ohne Geld, ohne Unterkunft und ohne Arbeit. Die Menschen stehen stundenlang Schlange für Essensausgaben.

Kaum ist die Interimsregierung vereidigt, rollt schon die nächste Welle von Massenprotesten heran, bei der die Demonstranten ihre Stromrechnung öffentlich verbrennen. Dieses „Ei“ wurde ihr noch von der Vorgängerregierung still und heimlich ins Nest gelegt.

Der IWF hatte gefordert, daß die Regierung die Subventionen auf die Energiepreise aussetzt. Nun haben die Pakistaner ihre neue Stromrechnung bekommen. Sie ist für viele unbezahlbar. Bereits innerhalb des letzten Jahres hatten sich die Preise verdoppelt, jetzt sind sie nochmals massiv (um 27 %) gestiegen. Die Regierung ist zu einer Krisensitzung zusammengetreten, weigert sich aber, die Rechnungen zu senken, ohne vorher die Erlaubnis des IWF dafür zu haben. Besonders in Rage versetzt die Menschen, daß die Elite weiterhin kostenlosen

Strom bezieht. Ohne die Zustimmung des IWF kann die Regierung den Verbrauchern nur anbieten, die Rechnungen in Raten zu bezahlen. Ein Großteil der Stromrechnung besteht aus Steuern und Abgaben, die bei den Verbrauchern erhoben werden, weil der korrupte Staatsapparat sich weigert, Steuern von den reichen Klassen einzutreiben. Etwa 200 000 mächtige Haushalte beziehen kostenlosen Strom. Anstatt die Bevölkerung mit überhöhten Stromrechnungen zu schröpfen, hätte die Preiserhöhung durch die Aufhebung der Ausnahmeregelungen für die reichen Haushalte vermieden werden können.

Die hohen Produktionskosten für Strom sind auf überhöhte Preise privater Stromerzeuger und die korrupte Regierungspolitik zurückzuführen. Daran ist auch der IWF schuld, weil er in seinem Privatisierungswahn Pakistan zu Verträgen mit teuren IPPs gezwungen hat, die ihre Kraftwerke mit importiertem Brennstoff betreiben. Statt selber Strom mit Wasserkraft oder alternativen Energiequellen zu produzieren, muß der Strom teuer eingekauft werden. Verbreiteter Stromdiebstahl und Übertragungsverluste aufgrund des maroden Netzes sind ein weiteres Problem, das die Produktionskosten in die Höhe treibt.

Die PTI bekundete ihre Unterstützung für die landesweiten Proteste gegen die Inflation und die stark überhöhten Stromrechnungen und wies ihre Anhänger an, sich an den landesweiten Protesten zu beteiligen.

Die Wahlkommission schloß Wahlen, die im November stattfinden sollten, in diesem Jahr aus mit der Begründung, die Ergebnisse der letzten Volkszählung müßten erst ausgewertet werden. In Wahrheit soll sichergestellt werden, daß die PTI oder ihre Nachfolgepartei, sollte sie verboten werden, nicht an den Wahlen teilnehmen kann, sie würde sonst wahrscheinlich die Wahlen gewinnen. Wenn es nicht gelingt, Khan aus dem Verkehr zu ziehen, könnte das Militär wieder die Macht selber übernehmen.

Khan bleibt inzwischen im Gefängnis. Zwar hatte das Oberste Gericht von Islamabad seine Strafe Ende August ausgesetzt, er bleibt jedoch in Haft, diesmal in Untersuchungshaft, weil ein anderes Verfahren gegen ihn läuft.

Die Oberschicht Pakistans schwimmt im Geld. Von Immobilien über Zuckerkartelle bis hin zu Bauunternehmen sind alle großen Betriebe in den Händen weniger Familien und des Militärs. Die pakistanische Wirtschaftselite teilt mit niemandem. In vielen Geschäftsbereichen sind die Firmenbetreiber Subunternehmer der multinationalen Konzerne und Spekulanten, die die Natur zerstören, die Armen ausbeuten und ihr Geld ins Ausland transferieren.

Wenn es dem Staat ernst damit wäre, die Krise zu bewältigen, wenn seine Priorität Hilfe für Bedürftige wäre, könnte er dafür auch ohne den IWF Geld finden, indem er direkte Steuern auf die Gewinne erhebt. Doch der Staat hilft den Menschen nicht, er sorgt nur dafür, daß die Auflagen des IWF umgesetzt werden und der Ausverkauf des Landes an das internationale Großkapital, von dem die Oberschicht profitiert, weitergeführt wird. Das Militär und eine korrupte Justiz unterdrücken die Proteste dagegen. Die Bevölkerung bleibt auf der Strecke.

KLJ

2. August 2023

Globale Probleme (4)

Wahre oder Ware Gesundheit?

Gesundheit ist ein hohes Gut. Grund genug, Geinmal die Herkunft des Wortes zu beleuchten. Im Latein, viele hundert Jahre die Wissenschaftssprache, heißt Gesundheit *santitas*. Das entsprechende deutsche Wort wiederum leitet sich vom althochdeutschen *gisunt* „wohlbehalten, lebendig, heil“ ab. Dieses kommt vom germanischen *sunto* „rege, rüstig, gesund“. Friedrich Nietzsche, der umstrittene Philosoph des ausgehenden 19. Jahrhunderts meinte: „Gesundheit ist dasjenige Maß an

verletzt oder zu gebrechlich war, wurde allein gelassen, damit er nicht zur Last aller werde. Später eigneten sich einige Menschen besondere Heilfähigkeiten an und wurden dann aufgesucht, wenn man Hilfe benötigte. Im Gegenzug wurden diese von den Gemeinschaftsarbeiten freigestellt, bekamen jedoch von den Erträgen der anderen einen Teil, um leben zu können – Arbeitsteilung und Spezialisierung auf niedrigem Niveau. Allerdings waren die Hoffnungen auf Heilung immer größer als

die gegebenen Möglichkeiten. Deshalb holten sich die „Heiler“ Verbündete ins Boot, Götter, Geister usw. Das schützte sie vor dem Zorn, wenn Heilung nicht gelang und machte sie gleichzeitig unangreifbar, denn sie waren ja nur Ausführende fremden Willens. Frühe Formen des Schamanismus entstanden. Nunmehr mußten sie natürlich auch den Lohn für ihre „geistigen Mitarbeiter“ einverlangen. So wuchs auch ihre Macht, al-



Die beste Prophylaxe heißt Sozialismus: Gemeindegeschwester in der DDR

lerdings eine indirekte. Als die Gesellschaft in Klassen zerfiel, versicherten sich die Reichen und Mächtigen der Dienste der Heiler, denn erstens stand es ihnen zu und zweitens waren sie in der Lage, den Preis zu zahlen. Daß es allerdings auch immer Menschen gab, die aus Humanismus und Nächstenliebe anderen halfen, ist der andere Teil der Wahrheit. Im Mittelalter schaffte man sich die unliebsame Konkurrenz gern durch den Hexenglauben vom Hals, nun, in Europa hatte ja auch das Christentum den alleinigen Draht zu Gott übernommen. Lediglich „Pestkrankenhäuser“ wurden eingerichtet, um die Seuche durch Isolation der Betroffenen einzudämmen. Allerdings gab es in einigen reichen arabischen Fürstentümern, in denen der Grundsatz des Korans, daß die Reichen den Armen helfen müssen, ernst genommen wurde, so etwas wie Volkskrankenhäuser. Dementsprechend war die Kenntnis in medizinischen Fragen dort am weitesten fortgeschritten.

Als der Kapitalismus die Bühne der Geschichte betrat, begann man, sich langsam auch im „Westen“ über die „Volksgeundheit“ Gedanken zu machen, schließlich sollte doch in den Industriebetrieben möglichst viele möglichst lange schuften. Natürlich hat die Sache unter kapitalistischen Bedingungen immer einen Haken. Gesundheitsfragen sind unter kapitalistischen Verhältnissen immer profitorientiert. Krankenhäuser, Arztpraxen, selbst die Gesundheitsforschung, sollen profitabel sein. Auf diese Art wird die Gesundheit zu einer Ware, die nicht am Wohlergehen, sondern am Profit gemessen wird und sich darüber auch

regulieren soll. Das heißt: Selbst in einem der reichsten Länder der Erde wie der Bundesrepublik, ist die Gesundheitsversorgung lücken- und mangelhaft. Es sind zwar 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Krieg und Rüstung – für 2024 noch einmal 85 Milliarden Euro – im Haushalt eingestellt, aber die rund 2,5 Milliarden, die nötig sind, um Krankenhäuser und anderes zu finanzieren, fehlen. So bleibt z. B. die Gesundheitsvorsorge auf dem platten Land wegen fehlender Hausärzte und monatelangem Warten auf Facharzttermine ein Lotteriespiel. Oder: Offiziell wird eine zu geringe Geburtenquote beklagt, aber kleine Krankenhäuser schaffen die Geburtszentren ab, weil sie das Plansoll (der Refinanzierung) nicht erreicht haben. So fehlt für Hochschwanger oft eine Geburtsklinik in der Nähe oder die Hebamme. Allerdings gibt es Orte auf der Welt, wo die Geburtenrate nicht vom medizinischen Standard abhängt, sondern deshalb oft hoch ist, weil Kinder beim Überleben der Familie helfen müssen. Dementsprechend hoch ist auch die Säuglings- und Kindersterblichkeit. Aber gilt für diese Menschen nicht auch der Grundsatz, daß Gesundheit ein Menschenrecht ist? Oder haben wir es frei nach Huxley, doch mit α -, β - oder γ -Typen zu tun, von denen nur die α -Typen alle Rechte für sich beanspruchen dürfen? Das kommt ja gleich nach Rudolf Steiner, dem alten Protofaschisten, der der Meinung war, nur wer im Besitz des „Astral-

leibs“ ist, kann zur vollen Erkenntnis gelangen, der Rest kann nur dienen. Übrigens gibt es eine weltweit agierende Rudolf-Steiner-Gesellschaft, deren ökonomische Basis die Demeter-Betriebe sind. Scheinbar funktioniert, nach dem Willen der reichen Länder, so die Welt. Wie anders ist es zu erklären, daß zwar Milliarden Dollar für die „Armen“ der Welt gespendet werden, (natürlich nicht zuerst von den Millionären oder Milliardären dieser Welt), aber wenn wirklich schnell und umfassend Hilfe notwendig ist, wie z. B. bei der Corona-Pandemie, waren es China und Kuba, die sofort und uneigennützig geholfen haben. China spendete Seren und Cuba schickte seine Mediziner-Brigaden, z. B. auch nach Italien. Die Europäische Union diskutierte monatelang über Hilfen, um dann festzustellen, daß die „guten“ Impfstoffe nur für die 1. Welt reichen, weil die alles aufgekauft haben. Afrika und Lateinamerika bekamen nur die Reste. Noch schlimmer ist eine Praxis, gegen die Medizinverbände schon seit mehr als 50 Jahren Sturm laufen. Alte, abgelaufene oder schlecht gelagerte Medikamente werden als „Spende“ in arme Länder geliefert (siehe u. a. <https://www.welt-sichten.org/artikel/20917/arzneimittel-ausschussware-...>) Offensichtlich muß, wer arm oder am falschen Ort geboren ist, nicht nur früher sterben, sondern auch noch dankbar dafür sein, daß er alte, abgelaufene Medikamente erhält, die oft genug auch für Menschenversuche mißbraucht werden. Ich glaube, daß sich diese Dankbarkeit berechtigterweise immer mehr in Grenzen hält, wie die jüngsten Ereignisse in Afrika zeigen.

Uli Jeschke

Abschied von Thomas Kuczynski

Er trug einen berühmten Nachnamen. Das kann manchmal Fluch und manchmal Segen sein. Thomas Kuczynski hat es weder in dem einen noch in dem anderen Sinne empfunden. Das hatte wohl zwei Gründe. Einerseits ging er frühzeitig seinen eigenen Weg und studierte von 1963 bis 1968 an der Hochschule für Ökonomie in Berlin zunächst Statistik. Sein Doktorvater war Hans Mottek, der nicht in allem mit den Auffassungen des Vaters von Thomas übereinstimmte. Zum anderen mischte sich der Vater Jürgen Kuczynski nicht in die wissenschaftliche Arbeit seines Sohnes ein. Er gab ihm genügend Freiraum für eine eigene wissenschaftliche Entwicklung, die Thomas konsequent verfolgte.

Thomas Kuczynski wurde am 12. November 1944 im Londoner Exil seiner Eltern geboren. Die Familie kehrte nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus nach Deutschland zurück und lebte ab 1950 in der DDR. Nach Abitur und Studium entschied er sich für die wissenschaftliche Laufbahn. Ab 1972 war er für die folgenden 19 Jahre am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR tätig. Hier habilitierte er sich, wurde zum Professor ernannt und leitete das Institut

in den letzten drei Jahren seiner Existenz. Von da an war er auf sich allein gestellt und freiberuflich tätig. Mit den Jahren hatte er sich zu einem exzellenten Kenner der Werke von Karl Marx entwickelt und wurde deshalb auch öfters angefragt. Anlässlich des 200. Geburtstages von Marx im Jahr 2018 gab er dem SWR ein Interview, in dem er Einblicke in sein persönliches Leben und seine Forschungstätigkeit gewährte. Hier schildert er unter anderem, wie er sich nach dem „Kahlschlag-Plenum“ 1965 entschied, in die Partei einzutreten, weil ihm bewußt wurde, daß Veränderungen und Verbesserungen nur möglich sind, wenn man ihr angehört und in ihr mitwirken kann.

Wir sahen uns unregelmäßig, freuten uns aber immer, wenn wir uns an unterschiedlichen Orten begegneten und miteinander sprechen konnten. So erinnere ich mich an das Jahr 2015, als in Weißensee ein Parkstück nach seinem Vater benannt wurde. Harald Kretzschmar hatte ein Relief von Jürgen Kuczynski geschaffen, welches vor Ort angebracht wurde. Im Anschluß sprachen außer ihm Hermann Klenner und ich zu seinem Wirken. Ich sehe noch heute die zufriedenen Augen von Thomas, der das Lebenswerk seines Vaters in seinem Sinne gewürdigt wußte.

In manchem Jahr kam er auch zu den Autorentreffen des „Ossietzky“, die immer am 3. Oktober im Rahmen einer Matinee stattfanden. In meiner Wahlheimat Gotha hielt er im Jahr 2017 einen eindrucksvollen Vortrag über Marx an historischer Stätte, dem Tivoli, welches als der Gründungsort der SPD gilt. Hier hatte einst 1865 August Bebel eine berühmte Rede gehalten. Zehn Jahre später schlossen sich der ADAV (Lasalleaner) mit der SDAP (Eisenacher) zusammen. Noch im vergangenen Jahr hatten wir am Rande der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag unseres gemeinsamen Freundes Friedrich Wolff ein sehr schönes Gespräch. Mit der einen oder anderen E-Mail sorgte Thomas für ein angenehmes Schmunzeln. Man mußte ihn einfach mögen. Er war ein sehr angenehmer Zeitgenosse und lieber Freund. Um so mehr vermisse ich ihn und hätte ihm doch gewünscht, sich noch einige Jahre mit Marx und seinem Lebenswerk wissenschaftlich beschäftigen zu können. Davon hätten auch viele andere profitiert.

Er starb am 19. August 2023 in Berlin. Thomas wird uns fehlen. Er hinterläßt eine Lücke, die nicht zu füllen ist. Wissenschaftler seines Formates sind leider rar geworden.

Ralph Dobrawa

Einmal im Jahr bitten wir herzlich, aber dringend

Wie in jedem Jahr legen wir der Oktober-Ausgabe des „RotFuchs“ ein Überweisungsformular bei und bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuworfen. Wir wissen, daß viele unserer Bezieher einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Die Inflation als Folge des Wirtschaftskrieges und der Profitgier von Konzernen frißt an Reallohn, Renten, Stipendien und vor allem an niedrigen Einkommen – in der Bundesrepublik wurde wieder einmal ein gigantisches Umverteilungsprogramm von unten nach oben in Gang gesetzt.

Jeder bekommt das zu spüren und je kleiner die Haushaltseinkommen sind, desto mehr. Auch der „RotFuchs“ ist weiterhin davon betroffen: Die Preise für Papier, Druck und Vertrieb sind sprunghaft gestiegen und dabei wird es voraussichtlich nicht bleiben. Wir wollen aber an unserem Ziel festhalten, allen Kommunisten, Sozialisten

und anderen Linken in diesem Land und darüber hinaus eine kostenlose, durch Spenden finanzierte Monatszeitschrift zur Verfügung zu stellen. Das allein ist ein in diesem Land fast unglaubliches Vorhaben, das wir aber seit mehr als 25 Jahren verwirklichen. Daher ist unsere Bitte um Zuwendungen erneut dringender als in der Vergangenheit.

Der plötzliche Tod unseres Schatzmeisters Jürgen Claußner, der sich um die finanzielle Stabilität des „RotFuchs“ große Verdienste erworben hat, traf uns tief, unsere Arbeit konnten wir aber – vor allem wegen der Arbeit Jürgens – kontinuierlich fortsetzen. Dank großzügiger Spenden ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für ein Jahr finanziell gesichert, aber aus unserer Sicht ist es nötig, den Einfluß unserer Zeitschrift spürbar zu erhöhen. Die Gewinnung von mehr Abonnenten und Unterstützern ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben unseres Fördervereins.

Im Haß der Medienmafia und der regierenden Politiker auf Kritiker ihres Kriegskurses zeigt sich, daß für sie der Feind links steht. Die Lüge von einer „Querfront“ mit rechten oder gar faschistischen Kräften hat sich selbst als Propaganda des Hauptfeindes entlarvt: Der steht im eigenen Land und sitzt in der Regierung. Seiner Bekämpfung widmet sich auch der „RotFuchs“, ohne sich von Kampagnen der Herrschenden ablenken zu lassen. Er bleibt in der Frage von Krieg und Frieden, von Antifaschismus und dem Krieg der Reichen gegen die Armen kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir halten den Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg für die wichtigste Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und allen anderen Linken.

**Dr. Arnold Schölzel
Bruni Steiniger
Wolfgang Dockhorn**

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Der Wettlauf zwischen Revolution und Konterrevolution

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

7. Dezember 1978

Am frühen Abend des 6. Dezember 1918 fallen in der Berliner Chausseestraße Schüsse: Offiziere und Soldaten eines konterrevolutionären Truppenteils feuern auf eine Demonstration revolutionärer Soldaten. 14 Demonstranten werden erschossen, mehr als 30 verwundet. Am selben Tage versuchen Konterrevolutionäre, den Berliner Vollzugsrat zu verhaften. Sie dringen auch in die Druckerei der „Roten Fahne“ ein und suchen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Am 7. und am 8. Dezember wird die Druckerei der Spartakuszeitung erneut überfallen. Am 9. 12. besetzt Militär die Büroräume des Spartakusbundes.

An vielen Stellen des Landes spielt sich in diesen Tagen ähnliches ab. Stinnes, Thyssen und andere Stahlbarone ersuchen französische und britische Dienststellen, das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen. In Chemnitz überfallen konterrevolutionäre Truppen den Arbeiter-und-Soldaten-Rat. In Hamburg kann ein gegen die Revolution gerichteter Putsch gerade noch vereitelt werden.

Bloße Einzelheiten? Mitnichten: Die Konterrevolution war damals, wenige Wochen nach der revolutionären Hochflut um den 9. November allenthalben auf dem Vormarsch. Militärisch ging sie auf zwei Wegen vor: Einerseits wurden Fronttruppen, die zum Teil von der Revolution noch wenig beeinflusst waren oder deren Soldaten mit der Beendigung der Kriegshandlungen alles erreicht glaubten, in die revolutionären Zentren abkommandiert. Dazu gehörte die Verlegung mehrerer vollbewaffneter Gardedivisionen nach Berlin. Andererseits wurden konterrevolutionäre Freiwilligenverbände organisiert. Am selben 6. Dezember 1918, als in Berlin schon gegen die Revolution geputzt wurde, saßen die Organisatoren dieser Bürgerkriegsarmee im Palais des Bischofs von Paderborn beieinander. Monarchistische Generale und Offiziere berieten unter der Obhut der Obersten Heeresleitung über die Bildung eines Freiwilligen Landesjägerskorps zunächst für Westfalen. Nach seinem Muster entstanden bald weitere solcher sogenannter Freikorps.

All das wäre nicht möglich gewesen, wenn die militaristische Konterrevolution nicht im Einvernehmen mit dem Rat der Volksbeauftragten, der vorgeblichen

Revolutionsregierung, hätte handeln können. Die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie knüpften das Tarnnetz, hinter dem die Schlächter der revolutionären Arbeiter aufmarschierten, und rechte Führer der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratie halfen ihnen dabei, während sie gleichzeitig den Argwohn der Arbeiter mit revolutionären Phrasen beschwichtigten. Ebert, Vorsitzender der sogenannten Mehrheitssozialdemokratie und Spiritus rector des Rates der Volksbeauftragten, hielt in diesen Wochen täglich Kontakt mit der Obersten Heeresleitung. So empfing er am 8. Dezember schriftliche Instruktionen vom Chef der OHL, dem kaiserlichen Generalfeldmarschall Hindenburg. Am 10. begrüßte er die in die Hauptstadt einrückenden Fronttruppen. Am 12. erließ der Rat der Volksbeauftragten ein Gesetz über die Bildung einer sogenannten Volkswehr, das „langjährigen und einwandfreien Dienst in der kaiserlichen Armee“ zur Vorbedingung für die Einstellung in diese Truppe erklärte. Am 14. 12. wurde regierungsamtlich die Abgabe der Waffen angeordnet, die sich in den Händen der Arbeiter befanden.

Die Gefahr für die Revolution war also unerhört groß. Karl Liebknecht hatte schon am 2. Dezember in der „Roten Fahne“ eine alarmierende Anzahl konterrevolutionärer Aktionen enthüllt. Er appellierte eindringlich, dieser gefährlichen Entwicklung zu begegnen, es nicht zuzulassen, daß die Revolution ihre großen Möglichkeiten nicht ausschöpfte: „Da kann nur helfen der Ausbau, die Aufrechterhaltung und Sicherung der proletarischen Rätemacht, nur die Steigerung der bisherigen Revolution zur sozialen Revolution. Die Massen des Proletariats müssen ohne Verzug gerüstet werden, damit die Revolution gerüstet sei – gegen alle Anschläge, für alle Aufgaben.“ Die Ereignisse in der ersten Dezemberhälfte des Jahres 1918 zeigten, daß die Warnungen des Spartakusbundes vollauf berechtigt waren. Weil rechtsopportunistische Führer einer großen Arbeiterpartei verhinderten, daß die sozialen Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zerschlagen wurden, konnten sich die Kräfte der Gegenrevolution schnell sammeln. Es erwies sich damals in Deutschland, was alle historische Erfahrung bestätigt hat: Will die Revolution ihr geschichtliches Ziel erreichen, darf sie nicht haltmachen nach dem ersten großen

Sieg. Sie muß weitergehen zur völligen Zerschlagung der politischen, ökonomischen und ideologischen Positionen der Reaktion. Opportunistischen Politikern darf keinerlei Möglichkeit gegeben werden, revolutionäre Errungenschaften wieder preiszugeben. Es gibt keinen Mittelweg, keinen dritten Weg – entweder konsequente Zuendeführung der Revolution oder Sieg der Gegenrevolution. In der Novemberrevolution kämpften der Spartakusbund und die Anhänger der kleineren linken Gruppen mit aller Entschiedenheit für den Sturz monopolkapitalistischer Macht und die Zerschlagung des deutschen Militarismus. Sie waren mit allen Kräften bestrebt, die Revolution mit dem Ziel der sozialistischen Republik weiterzuführen. In der ersten Dezemberhälfte des Jahres 1918 zeigte sich deutlich: Die Arbeitermassen wollten kein Zurück hinter den 9. November. Sie wollten kein Paktieren mit dem Militarismus, sie standen hinter den Errungenschaften der Revolution, und viele erhofften sich von ihr den Sozialismus. Die Kraft der Massen manifestierte sich in zahlreichen Aktionen: Am Tage nach dem Putschversuch vom 6. Dezember folgten 30 000 Berliner Arbeiter dem Ruf des Spartakusbundes, traten in den Proteststreik, demonstrierten in den Straßen des Stadtzentrums. Am nächsten Tag, einem Sonntag, trafen sich 150 000 auf den Trepptower Wiesen zu einer Protestversammlung gegen die konterrevolutionären Umtriebe. Wieder zogen die Massen in die Stadt, wo es im Zentrum erneut zu Kundgebungen kam, so auch vor der sowjetischen Botschaft zu einer Sympathiekundgebung mit Sowjetrußland. In vielen anderen Städten, in Essen z. B. und in Hamburg, bewiesen die Arbeiter ebenfalls mit Streiks und Demonstrationen ihre Kampfbereitschaft.

Doch es wäre grundfalsch, die Situation nur an diesem äußeren Bild zu messen. Vor allem nahm in dieser Zeit die Organisiertheit der Konterrevolution zu. Zwar trafen ihre bewaffneten Aktionen noch stets auf Widerstand, wurden zurückgeschlagen, aber die Kampfbereitschaft, welche die entschiedenen Teile der Arbeiterklasse in ihren Straßendemonstrationen zeigten, erreichte nicht jene organisierte Kraft, die notwendig gewesen wäre, um ihr die Initiative wieder in die Hände zu geben. Der Widerspruch wurde ganz deutlich, als am 16. Dezember 1918 der 1. Allgemeine Kongreß der Arbeiter-und-Soldaten-Räte

Deutschlands in Berlin zusammentrat, der bis zum 20. tagte. An diesem Kongreß der Räte, die als Organe der Revolution entstanden waren, nahmen 489 Delegierte teil. 290 davon gehörten der Mehrheitssozialdemokratie an, deren Parteiführung darauf hinarbeitete, die Revolution so schnell wie möglich zu beenden, deren leitende Funktionäre im Rat der Volksbeauftragten wie in den Länderregierungen mit der Monopolbourgeoisie, mit den alten Generälen und Beamten kollaborierten. Ganze zehn Mandate hatten Spartakusvertreter erhalten, darunter weder Liebknecht noch Luxemburg, noch Pieck. Hingegen vertraten 25 dieser „Rätevertreter“ offen bürgerliche Parteien und Organisationen.

Und so sah es dann am Tage der Eröffnung des Rätekongresses in Berlin aus: Draußen, auf den Straßen vor dem Preußischen Landtag, versammelten sich 250 000 Arbeiter und Soldaten unter den Losungen des Spartakusbundes: Deutschland eine einige sozialistische Republik! Alle Macht den Arbeiter- und Soldaten-Räten! Entwaffnung der Gegenrevolution! Schluß mit der Politik des Rates der Volksbeauftragten! Drinnen tagte die Versammlung, in der die Opportunisten Regie führten und den Beschluß durchsetzten, am 19. Januar 1919 Wahlen zu einer Nationalversammlung durchzuführen. Die Demonstranten konnten zwar erzwingen, daß der Kongreß wenigstens ihre Forderungen anhörte, aber dessen rechtssozialdemokratische Regisseure konnten es sich erlauben, über diese Forderungen, die auch von den meisten sozialdemokratischen Arbeitern geteilt wurden, zur Tagesordnung überzugehen: Die Rechtssozialisten hatten sich wichtiger Funktionen in den Räten bemächtigt, sie verfügten über einen intakten Parteiapparat im ganzen Lande, ihre Politik wurde von realen Machtpositionen in Regierungen, Verwaltungen und vor allem von bewaffneten Kräften gestützt.

Der entscheidende Beschluß des Rätekongresses, den die Opportunisten herbeiführten, lief also darauf hinaus, aus der Revolution der Arbeiter ein bürgerliches Parlament hervorgehen zu lassen. Denn etwas anderes war nicht zu erwarten, nachdem die bürgerlichen Parteien wieder freie Hand hatten, die Presse fast vollständig in den Händen konterrevolutionärer oder opportunistischer Kräfte war, die entschieden revolutionären Kräfte aber schon zunehmend den Schlägen der Gegenrevolution ausgesetzt waren. Eine Nationalversammlung zu wählen hieß in dieser Situation Rückkehr zum bürgerlichen Parlamentarismus, Aufgabe des Anspruchs der Räte auf die politische Macht.

Der Beweis dafür, wohin dieser Kurs führte, wurde unmittelbar nach dem Auseinandergehen des Rätekongresses angetreten. Am 24. Dezember ließ der Rat der Volksbeauftragten in Berlin die revolutionäre Volksmarinedivision von Potsdamer Gardetruppen mit Artillerie überfallen. Wenige Tage darauf wurden die Vertreter der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten hinausgeworfen: Die Opportunisten benötigten die Dienste der Zentristen nicht mehr und verzichteten nun auf die lästig Gewordenen. Vierzehn Tage später folgte unter dem Kommando des Rechtssozialdemokraten Noske die Januar-schlächterei in Berlin, von der in einem der nächsten Beiträge noch die Rede sein wird. Die Frage „Nationalversammlung oder Räte-macht?“ erwies sich tatsächlich als Entscheidungsfrage über das weitere Schicksal der Revolution. Rosa Luxemburg hatte dies schon nachgewiesen, als zum erstenmal deutlich wurde, daß das gegenrevolutionäre Bündnis von Opportunisten und Militaristen unter der Losung „Nationalversammlung!“ die Revolution abwürgen wollte. „Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück“, hatte sie am 20. November geschrieben.

Rosa Luxemburg enthüllte zugleich, warum gerade die Losung „Nationalversammlung“, als Erbstück bürgerlicher Revolutionen mit demokratischem Flair ausgestattet, zur zentralen Parole der Gegenrevolution wurde. Sie schrieb: „Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernahmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, daß die Alternative eine demagogische Fälschung ist. Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats, das ist Demokratie im sozialistischen Sinne, Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats.“ Ihr Artikel schloß mit einer Warnung, die mit aller Klarheit die Konsequenzen einer Entscheidung für die Nationalversammlung zeigte: „Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.“

Der Beschluß des Reichsrätekongresses bestätigte eine Wende in der Entwicklung des

Kräfteverhältnisses der Klassen. Für die entschieden revolutionären Kräfte war das allerdings kein Grund, in ihren Bemühungen nachzulassen, den Aktionen der Arbeiter größere Durchschlagskraft zu verleihen. Sie zogen in diesen Tagen die grundlegende Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der bisherigen Kämpfe der Novemberrevolution, vor allem aus dem Vorbild der Oktoberrevolution. Sie lautete, daß die Revolution eine entschlossene, zielklare und organisierte Führung braucht, daß die hochorganisierte Gegenrevolution nicht mit Agitation allein und mit dem elementaren Schwung der Massenbewegung besiegt werden kann, sondern nur durch eine noch bessere Organisation der revolutionären Massen zum Kampf. Mit anderen Worten: Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Partei, damit sie siegen kann.

Am 14. Dezember veröffentlichte die „Rote Fahne“ den Programmentwurf für eine solche Partei unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“ Er beruhte auf den Lehren von Marx und Engels und ging von der historischen Mission der Arbeiterklasse und von der marxistischen Auffassung vom Sozialismus aus. In diesem Programm wurde auf den revolutionären Sturz des Imperialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats orientiert, wurde die Rolle der Partei als Führerin der Arbeiterklasse, als ihr zielbewußtester Teil bestimmt. Die klaren Aussagen des Programms, vor allem zu den Fragen des Staates und der Revolution, verdeutlichen die Übereinstimmung in den Grundfragen, die den Spartakusbund mit der Partei Lenins verband.

Am 22. Dezember 1918 berief die Spartakuszentrale zum Ende des Jahres eine Reichskonferenz ein. Die Konferenz trat am 29. Dezember zusammen und beschloß, am nächsten Tage die Kommunistische Partei Deutschland zu konstituieren. Andere linke Gruppen schlossen sich dem Vorhaben an.

Die Gründung der KPD wurde zum Hauptergebnis der Novemberrevolution. Die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse fielen damit eine Entscheidung, die von vornherein klarstellte, daß die Konterrevolution höchstens noch zeitweilig Erfolge erringen konnte. Sie gaben der ganzen Geschichte des deutschen Volkes eine Wende und schufen die entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Ziele, für welche die Arbeiter in der Novemberrevolution kämpften, schließlich für vier Jahrzehnte wenigstens in einem Teil Deutschlands erreicht werden konnten.

Hinweis: Spenden von der Steuer absetzen

Seit dem 1.1.2021 reicht für Spenden und Mitgliedsbeiträge unter 300 Euro ein vereinfachter Nachweis gegenüber dem Finanzamt, d.h., es gelten ein Kontoauszug, eine Buchungsbestätigung der Überweisung oder ein Einzahlungsbeleg. Der Betrag von 300 Euro gilt übrigens für jede Einzelspende, nicht für die Summe der im Jahr geleisteten Spenden.

Übersteigt die Spende den Grenzwert von 300 Euro, benötigt das Finanzamt vom Spender eine vom Verein ausgestellte Spendenbescheinigung, also einen Nachweis über den erhaltenen Betrag. Diese Spendenbescheinigung wird vom Vereinsschatzmeister auf Anforderung ausgestellt.

Die Militärpolitik – Bestandteil der auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Außenpolitik der DDR

Im „Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus“ (Herausgeber: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland 1951), wird eingangs der Hauptanklagevertreter der USA vor dem Nürnberger Gerichtshof, Robert Jackson, zitiert: „Die Vereinigten Staaten können nicht Generation auf Generation ihrer Jugend auf die Schlachtfelder Europas werfen ... Die Erfahrung hat gelehrt, daß Kriege sich nicht mehr begrenzen lassen, alle modernen Kriege werden am Ende zu Weltkriegen. Und keine der großen Nationen zumindest kann sich heraushalten. Wenn wir uns aber aus dem Krieg nicht heraushalten können, bleibt uns nur die Hoffnung, ihn zu verhüten.“

Diese Erkenntnis entsprach dem Fühlen und Denken der Menschen nach dem Krieg und fand in Deutschland in der Formulierung „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ seinen Ausdruck. Das war auch eine der Grundprämissen der Außenpolitik des neu gegründeten Staates DDR.

Warum? Weil bereits während der Nürnberger Prozesse neue Pläne für den Ritt gen Osten geschmiedet wurden. Das Potsdamer Abkommen wurde von Beginn an von den Westmächten unterlaufen und auf die Teilung Deutschlands hingearbeitet.

In einer Erklärung vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats bestätigte Russel A. Nixon, der als Bevollmächtigter der USA-Regierung mit der Aufgabe der Entflechtung der deutschen Truste und Konzerne betraut war, Ende 1945: „Die intensiven und unverantwortlichen Bemühungen, Uneinigkeit zwischen den vier Mächten zu stiften, lassen den Verdacht aufkommen, daß gewisse Elemente im State Department, im Foreign Office und im französischen Außenministerium darauf ausgehen, einen gegen die Sowjetunion gerichteten Westblock zu schaffen.“ (...)

In seinem Buch „Der kalte Krieg in Deutschland“ schreibt der britische Journalist W.G. Burchett über die Politik der Westmächte: „Es war jedoch erforderlich, Deutschland in zwei Hälften zu spalten, die Vertreter der Sowjetunion vom Konferenztisch fernzuhalten und die Potsdamer Beschlüsse ein für alle Mal über Bord zu werfen. Die ersten Vorbereitungen dazu wurden getroffen, bevor das Blut der alliierten Soldaten auf den Feldern Deutschlands getrocknet war, die Resultate zeigten sich bereits in den ersten Monaten der Kontrollratsstätigkeit.“

Auf der Londoner Außenministerkonferenz im November 1947 wurden alle Versuche der Sowjetunion, die Einheit Deutschlands zu sichern, torpediert. Die Konferenz scheiterte. Dazu stellte die „New York Herald Tribune“ am 20. Dezember 1947 fest: „Wir sind an das Ende der Straße angelangt, das Zeitalter

Jaltas ist vorbei ... Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen.“

Der weitere Werdegang ist bekannt. 1948 erfolgte die separate Währungsreform und ein Jahr später die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Ein letzter Versuch der Sowjetunion, die Spaltung Deutschlands zu verhindern, scheiterte auf der Pariser Außenministerkonferenz in Mai 1949. General Clay bestätigt in seinem Buch „Entscheidung in Deutschland“, daß der „Aufbau der westdeutschen Regierung beendet war, bevor sich die vier Außenminister am 23. Mai 1949 in Paris trafen.“ (Am 23. Mai trat das Grundgesetz in Kraft.)

Unter Bruch des Potsdamer Abkommens wurde unmittelbar nach Beendigung des 2. Weltkrieges mit der Remilitarisierung in den westlichen Besatzungszonen, später der BRD, begonnen.

Stationen dabei waren:

- Auswertung militärischer Erfahrungen des 2. Weltkrieges durch Wehrmachtsgenerale unter amerikanischer Obhut (Generaloberst Halder an der Spitze von 120 Generalen). Der Planungsstab der US-Armee stellte 1950 in einem Dokument fest, daß die deutschen Soldaten in Westeuropa die einzigen seien, die „Erfahrungen haben im Kampf mit den Sowjets“.
- Die neue (alte) Hauptschlagrichtung war klar. Sie hieß Osten, der Hauptgegner war die Sowjetunion.
- Unterzeichnung des NATO-Vertrages am 4.4.1949 in Washington. Bereits einen Tag später formulierte General Speidel eine Denkschrift an Adenauer über Bedingungen einer deutschen Beteiligung am Nordatlantikkpakt.
- Bildung des „Amtes Blank“ am 26.10.1950 als verdecktes K/V-Ministerium. Dafür stehen Namen wie Halder, Speidel, Heusinger, Kamhuber etc.; hier erfolgte die militärische Weichenstellung in verhängnisvoller Tradition. Aussage Generalleutnant von Kielmansegg, einstmaliger Befehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte: „Als die Möglichkeit eines echten deutschen militärischen Beitrages immer sichtbarer wurde, wurde es nötig, hierzu rechtzeitig und vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen eine eigene deutsche Konzeption zu finden. Es ist nicht so, wie man selbst heute immer wieder lesen kann, daß die Bundesrepublik ohne Konzeption in die Dinge hineingegangen ist.“

Am 18./19. Dezember 1950 wurde auf der Brüsseler Tagung der Außen- und Verteidigungsminister mit der BRD über ihren „Vertragsbeitrag“ verhandelt.

Der weitere Weg ist bekannt. Am 27. Februar 1955 ratifizierte der Bundestag die Pariser

Verträge, damit erfolgte die Aufnahme der BRD in die NATO, die am 5. Mai in Kraft trat und sinnigerweise am 9. Mai mit einem Zeremoniell in Paris gefeiert wurde. Am 12. November 1955 wurde die Bundeswehr offiziell aus der Taufe gehoben und in aller Öffentlichkeit zu einer modern ausgerüsteten Bündnisarmee gestaltet.

Dieser Entwicklung konnte natürlich nicht tatenlos zugehört werden! Sie führte dazu, daß Leute, die nach dem Krieg geschworen hatten, nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen, doch wieder zu ihr greifen mußten, im Namen des Friedens. Grenzpolizei, Grenztruppen, kasernierte Volkspolizei, NVA, das waren Stationen der militärpolitischen Entwicklung des jungen deutschen, wahrhaft demokratischen Staates. An der Spitze dieser Entwicklung standen dabei bewährte Antifaschisten wie Heinz Hoffmann, Heinz Kessler und viele andere.

Am 18. Januar 1956 beschloß die Volkskammer der DDR per Gesetz die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung.

Natürlich ist dieser Beschluß in den Kontext der Entwicklung des Staates DDR einzuordnen, die wiederum untrennbar mit dem Wirken der SED und der Blockparteien verbunden ist.

Dokumente und Materialien der folgenden Jahre belegen, daß die SED militärpolitische Fragen stets im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa und mit dem Kampf um Entspannung und Abrüstung in der Welt behandelte.

Der 1. März 1956 wurde mit der Übergabe der 1. Truppenfahne an das erste Regiment der NVA in Oranienburg der Gründungstag der Nationalen Volksarmee.

Unmittelbar, nachdem die Volkskammer das Gesetz zur Schaffung der NVA beschlossen hatte, stellte die DDR den Antrag, die Nationale Volksarmee nach Aufstellung in den Bestand der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages einzugliedern. Struktur und Stärke, Bewaffung und Ausrüstung, Dislozierung und Sicherstellung sowie die Aufgaben im Verteidigungszustand wurden mit dem Stab der Vereinten Streitkräfte und dem Generalstab der Streitkräfte der UdSSR abgestimmt.

Die militärische und politische Ausbildung orientierte sich an den Standards der Sowjetarmee, sowjetische Militärspezialisten waren in den Stäben tätig.

Einen wesentlichen Beitrag leistete die Sowjetunion bei der Ausbildung der Kader. So haben 13 474 Offiziere, Generale und Admirale sowjetische Militärakademien besucht. 385 absolvierten die Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR. Auch ich erhielt die Möglichkeit zweimal in Moskau zu studieren. 1978 schloß ich die

militärpolitische Akademie W.I. Lenin, 1986 die Akademie des Generalstabes ab. Im Bündnis des Warschauer Vertrages hat sich die mit modernster sowjetischer und eigener Militärtechnik ausgestattete NVA zu einer gut ausgebildeten, stets einsatzbereiten und schlagkräftigen Streitkraft entwickelt, die durch hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft einen anerkannten Beitrag zur Gewährleistung des militärstrategischen Gleichgewichts im Verhältnis zur NATO leistete.

Der Verfassungsauftrag der NVA war eindeutig, so heißt es im Artikel 7, Absatz 2: Die Deutsche Demokratische Republik organisiert die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger. Die Nationale Volksarmee und die anderen Organe der Landesverteidigung schützen die sozialistischen Errungenschaften des Volkes gegen alle Angriffe von außen. Die Nationale Volksarmee pflegt im Interesse der Wahrung des Friedens und der Sicherung des sozialistischen Staates enge Waffenbrüderschaft mit den Armeen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten.

Die Entwicklung und Vertiefung der Waffenbrüderschaftsbeziehungen waren über die gesamte Zeit der Existenz der NVA ein Schwerpunkt der Arbeit der Kommandeure und Politorgane. Daß dabei die Beziehungen zur Sowjetarmee einen besonderen Stellenwert hatten, ergab sich aus der Dislozierung der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte auf dem Territorium der DDR. Dies wirkte sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Heute will man uns erklären, daß alles nur angeordnet und erzwungen war. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Der großen Mehrheit unserer Armeeingehörigen und der Zivilgesellschaft war es ein Herzensanliegen. Es entstanden viele persönliche Beziehungen und Freundschaften.

Von großer militärischer und politischer Bedeutung waren die gemeinsamen Großmanöver im Rahmen des Warschauer Vertrages. „Waffenbrüderschaft 80“ fand auf dem Territorium der DDR statt, ich selbst war Teilnehmer am Manöver „Schild 83“ in Bulgarien. Neben der Vervollkommnung der militärischen Meisterschaft standen Treffen mit der örtlichen Bevölkerung im Mittelpunkt. Auch diese waren von Aufgeschlossenheit und Herzlichkeit geprägt.

Die Sicherung des Friedens war unser gemeinsamer Auftrag. In diesem Sinne erfolgte die Ausbildung und Erziehung der Armeeingehörigen aller Stufen.

Die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unterstrich auch im Militärwesen den Wunsch der sozialistischen Staatengemeinschaft nach weiterer Entspannung der internationalen Beziehungen und der Sicherung des Friedens.

Ausdruck dessen war u.a. die am 27. Mai 1987 in Berlin beschlossene „Verteidigungsdoktrin des Warschauer Vertrages“. Die höchsten Repräsentanten des Warschauer Vertrages hoben hervor, daß die Entwicklung der Waffen von unerhörter Zerstörungskraft ein neues Denken, ein neues Herangehen an die Fragen von Krieg und Frieden, an die Abrüstung und die anderen komplizierten globalen und regionalen Probleme erfordert.

Dieser aktualisierten Militärdoktrin folgend, faßte der Nationale Verteidigungsrat der DDR im Januar 1989 den Beschluß über eine einseitige Verringerung des Personalbestandes der NVA sowie Reduzierung der Panzer- und anderer Militärtechnik. Die Verteidigungsausgaben sollten um 10 % gesenkt werden.

Bis zum letzten Tag der Existenz der DDR haben die Schutz- und Sicherheitsorgane ihren friedenserhaltenden Auftrag in Ehren erfüllt, ohne andere Staaten zu bedrohen oder gar

anzugreifen, selbstverständlich, wie bereits erwähnt, im brüderlichen Bündnis der sozialistischen Staatengemeinschaft. (...)

Mit dem Sieg der Konterrevolution in der DDR und dem Zerfall der Sowjetunion und der anderen ehemals sozialistischen Staaten und ihrer Armeen endete die längste Friedensperiode in Europa.

Schnell zeigte sich die dem Imperialismus innewohnende Aggressivität in Form der Erweiterung des NATO-Bündnisses nach Osten und der Entfaltung ethnischer Konflikte und Kriege. Die Ereignisse in der Ukraine bringen die Welt an den Rand einer neuen Katastrophe.

Aber die Welt verändert sich, Asien, der globale Süden und andere sind nicht mehr bereit, sich vor den Karren der USA und ihrer Vasallen spannen zu lassen.

Noch ein Wort zu den ehemaligen Angehörigen der NVA. Nach einer Phase der Umstellung auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich viele im „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“ zusammengeschlossen.

Neben dem Rückblick auf die gemeinsame Dienstzeit nehmen wir natürlich aktiv am gesellschaftlichen Leben teil. Auch wenn unsere Möglichkeiten begrenzt sind, die Friedenssicherung ist noch immer unser Anliegen.

Mit dem Russischen Veteranenverband verbinden uns freundschaftliche Beziehungen, im Jahr 2019 wurde eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit durch Armeegeneral Moissejew und mich unterzeichnet. (...)

Frieden in Europa ist nur mit, aber nicht gegen Rußland möglich!

Oberst a.D. Friedemann Munkelt

Leipzig

Redaktionell gekürzt

BUCHTIPP

Harry Popow

TEUFELSPACK IN ATEMNOT
Vom Erwachen des Dr. FAUSTUS

Wahres & Fiktives

Nach nahezu 200 Jahren völliger Stille in der Gruft von Dr. Faustus, den Goethe als den modernen Menschen darzustellen versuchte, erwacht Faust durch ungeheuren Lärm. Neue Särge werden in den Friedhof verbracht und neue Gräber geschaufelt. Bis das Getöse immer aufdringlicher wird. Er hält es nicht mehr aus – der Greis im Oberrock des 18. Jahrhunderts klettert aus der Grube und will es wissen: Was passiert in der Welt? Manche schreien außerhalb des Friedhofs das Wort „Pandemie“, andere wieder „Klima“, andere wieder „Krieg“, dazu fuchelt die Politik hilflos mit den Armen und jagt den Völkern Angst ein. Im Streben nach Erkenntnissen will Faust ein Mensch bleiben. In dieser 556 Seiten

umfassenden Lektüre bemüht sich Dr. Faustus – gemeinsam mit seinen gleichgesinnten Freunden – um die Dialektik der Widersprüche, um die Lösung der Menschheitsfragen.



Herausgeber: epubli; 1. Edition
(5. August 2023), 556 S., 44,99 Euro,

Zu bestellen: <https://www.epubli.com/shop/teufelspackin-atemnot-vom-erwachen-des-dr-faustus9783757575588>

Medienkrake

Die Medien zur Krake mutiert. Die Realität als Variable konfektioniert. Bloß nicht die Dinge beim Namen nennen, der Bürger könnte einen Zusammenhang erkennen.

Publizieren auf boulevardestem Niveau, mit Info-Müll ersticken – nur weiter so! Unwichtig, was viele bewegt oder denken, weitschweifig und sinnfrei von der Realität ablenken.

Ein Niagara von Lüge und Haß; in der Hoffnung, darüber wachse irgendwann Gras. Es gibt wenig Berichterstatter nur von der Qualität Peter Scholl-Latour.

RABER
Berlin

Engels' Einfluß von Eastbourne bis Beijing

„ENGELS in Eastbourne“ war eine internationale Konferenz zur Feier des 175. Jahrestag des Kommunistischen Manifests, organisiert von der Universität Brighton und der International Association of Marx and Engels Humanities Studies (MEIA), die vom 1. bis 3. Juni 2023 im View Hotel, Eastbourne, stattfand und an der auch prominente Gäste aus der VR China teilnahmen.

In den letzten 15 Jahren seines Lebens machte Engels Eastbourne, die englische Stadt am Meer, zu seiner Lieblingsstadt. Wann immer er Zeit hatte, eilte er an die Südküste, meist in Begleitung eines Mitgliedes von Marx' Familie und engen Freunden. Sein Lieblingsspaziergang führte ihn entlang der Strandpromenade und über die Hügel zum Beachy Head, wo seine Asche nach seinem Tod im Jahr 1895 verstreut wurde.

Die Eröffnungssitzung der Konferenz stand unter dem Motto „Chinesische Perspektiven auf Engels und den Marxismus“ und umfaßte die Themen „Marxismus und Modernisierung im chinesischen Stil“ von Professor Wang Binglin von der Beijing Normal University, „Interpretation der materialistisch-historischen Sichtweise der Modernisierung chinesischer Prägung“ von Professor Xia Wei von der Fudan Universität und „Engels' Sichtweise der Natur und ihre zeitgenössische Bedeutung“ von Professor Wang Xinyan von der Universität Wuhan.

Es war interessant zu hören, wie Engels' Ideen von der gegenwärtigen politischen Führung in China genutzt werden, um den Marxismus im Einklang mit dem jüngsten 20. Kongreß der Kommunistischen Partei Chinas wiederzubeleben.

Es ist klar, daß die Anpassung des Marxismus an den chinesischen Kontext eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Modernisierung Chinas spielen wird. Wie Wei bemerkte: „Die Modernisierung wird der wahrscheinlichste Weg sein, um die absolute Macht des Kapitals zu beenden und eine neue Form der menschlichen Zivilisation zu schaffen.“

Der Hauptvortrag von Terrel Carver, Professor für politische Theorie an der Universität Bristol, untersuchte die Entwicklung des Kommunistischen Manifests und die Beiträge von Engels und Marx. Carver wies darauf hin, daß der journalistische Stil von Engels in den Teilen eins und zwei am deutlichsten zu erkennen ist, während in den Teilen drei und vier die Handschrift von Marx unverkennbar ist.

Der zweite Tag der Konferenz begann mit der Plenarsitzung „Friedrich Engels, Leben, Politik und Frühwerk“, gefolgt von den Panels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, „Geschlecht und Befreiung“, „Wissenschaft, Moral und Arbeit“, „Natur, Ökologie und Klima“ und „Sozialismus, Staat und Utopie“.

Lindsey German von der University of Hertfordshire hielt einen Vortrag über Engels, den Revolutionär, in dem sie deutlich machte, daß Engels sein ganzes Leben mit politischer Tätigkeit verbrachte. Wie Marx war er der Idee

der Arbeiterrevolution verpflichtet, und er sah seine ersten Anzeichen im Generalstreik von 1842 in Lancashire und in der Chartistenbewegung im Allgemeinen.

Seine unmittelbare Erfahrung mit der Revolution war die in Deutschland im Jahr 1848, wo er und Marx sich selbst als die extreme Linke der Demokratiebewegung bezeichneten.

Yang Li von der Universität Peking lieferte eine exzellente Analyse der Ideen von Governance in Engels' berühmtem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Engels zufolge lassen sich die verschiedenen (von den Produktivkräften angetriebenen) Herrschaftssysteme in drei Stufen unterteilen: das Herrschaftssystem in der antiken nichtjüdischen Gesellschaft (das er als eine Art „wunderbare Verfassung“ bezeichnete), das Herrschaftssystem in einem modernen Staat (Privateigentum) und das Regierungssystem in der zukünftigen Gesellschaft (die „Assoziation der freien Menschen“, die eine Wiederbelebung der antiken heidnischen Herrschaft sein würde).

Der Vortrag von Derek Wall von der Goldsmiths University über Engels und den Klimawandel war ebenfalls sehr anregend.

Angesichts der Tatsache, daß das Met Office das Jahr 2022 als das wärmste Jahr in Großbritannien seit Beginn der Aufzeichnungen bezeichnet und des offensichtlichen Klimawandels, lohnt es sich, darüber nachzudenken, wie die von Engels erarbeiteten Konzepte und Ansätze uns heute helfen könnten, diese Herausforderung besser zu verstehen.

Engels argumentiert, daß menschliches Handeln spezifische und komplexe Auswirkungen auf die übrige Natur hat, und stellt fest, daß schwerwiegende Umweltprobleme auf unser Handeln zurückzuführen sind.

Joe Pateman von der Universität Sheffield gab eine scharfsinnige Analyse von Engels' Ansichten zum staatlichen Sozialismus. Die scharfe Kritik von Engels am Staatssozialismus ist übersehen worden. Dieser „falsche Sozialismus“, wie Engels ihn bezeichnete, war einerseits die Frucht der kleinbürgerlichen Illusionen der utopischen Sozialisten, die die Einführung des Sozialismus von oben durch die Regierung vorwegnahmen, und zum anderen das Ergebnis der bewußten Verfälschung der Politik des Ausbeuterstaates durch seine Ideologen. Sie zielten darauf ab, jede staatliche Maßnahme zur Regulierung der Wirtschaft und der sozialen Beziehungen als Sozialismus darzustellen.

Hauptrednerin war Helena Sheehan von der Dublin City University, die sich mit dem Konzept der Totalität und dem Erbe von Engels sowie den nachfolgenden Kontroversen beschäftigte.

Am dritten Tag fanden Sitzungen zu den Themen Krieg, Militarismus, Kolonialismus und Revolution statt. Engels war ein anerkannter Experte für militärische Angelegenheiten, weshalb er auch „Der General“ genannt wurde.

Palle Rasmussen von der Universität Aalborg in Dänemark hielt den faszinierenden

Vortrag „Military Tactics, Technologie und Macht: Friedrich Engels über die Entwicklung der Kriegsführung“.

Engels studierte und schrieb seit den 1850er Jahren über Militärgeschichte und -theorie und betrachtete die komplexen Beziehungen zwischen soziopolitischen Regimen, Technologie, militärischer Organisation und Taktik.

Terry McCarthy, unabhängiger Wissenschaftler und regelmäßiger Leserbriefschreiber des Morning Star, hielt eine beeindruckende marxistisch-leninistische Tour-de-Force über seine eigene lebenslange Karriere als revolutionärer Kommunist. Er begann mit 15 Jahren als Arbeiter in den Londoner Docks zu arbeiten und trat bald der Young Communist League bei.

Terry war in der antifaschistischen und gewerkschaftlichen Bewegung aktiv, wurde Vertrauensmann und war in mehrere Arbeitskämpfe verwickelt. Er studierte den historischen Materialismus in der DDR und der Sowjetunion.

McCarthy erzählte, was geschah, als eine Gedenktafel zur Erinnerung an Engels' Zeit in Eastbourne am 4 Cavendish Place am 1. Mai 1976 enthüllt wurde. An dieser Veranstaltung nahmen der örtliche konservative Bürgermeister, der kubanische Botschafter und der Geschäftsträger der DDR teil.

Viele Würdenträger und Besucher aus den Botschaften der DDR und Kubas kamen zu dieser Zeremonie in die Stadt, zusammen mit ihren Familien und Freunden.

Die Tory- und Liberal-Politiker in Eastbourne waren über die Anwesenheit der DDR-Diplomaten, von Kubanern und lokalen Kommunisten unglücklich. Die Kubaner reagierten darauf, indem sie absichtlich auf doppelt gelben Linien parkten und sich auf diplomatische Immunität beriefen, um Bußgelder zu vermeiden.

„Engels in Eastbourne“ war eine gut organisierte und gut besuchte Veranstaltung zur rechten Zeit mit vielen lebhaften Debatten, die durch eine breite Palette hervorragender Redner angeregt wurden.

Die Anwesenheit von Genossen aus China war besonders willkommen. Sie konnten aus erster Hand über den Beitrag berichten, den die Arbeit von Engels zum sozialistischen Aufbau in China leistet.

Auch die Arbeit der MEIA ist wichtig: Sie hat ihren Sitz in Großbritannien und hat das Ziel, die Werke von Marx und Engels zu fördern. Sie fungiert als Plattform für den Austausch und die Diskussion zwischen Forschern in China, Großbritannien und anderen Teilen der Welt.

Die Vereinigung organisiert auch Fachbesuche zu historischen Stätten, die mit Marx und Engels in Verbindung stehen, in London, Manchester (wo der Verein den Red Dragon Pub renoviert, in dem Marx und Engels gemeinsam tranken), Paris, Brüssel und Deutschland.

John Pateman

Eingesandt von Peter Rausch

Olaf Scholz: Marx hat nur „Quatsch“ hinterlassen

Der Anteil der SPD am Aufstieg der Rechten

Der Schock saß tief: Anfang Juni 2023 meldeten die Medien einen Gleichstand bei Meinungsumfragen zwischen der SPD und der „Alternative für Deutschland“ (AfD): „Zum ersten Mal würden laut Umfragen ebenso viele Menschen die AfD wählen wie die SPD. (...) Die AfD hat in den Umfragen ein neues Allzeithoch erreicht und liegt nun gleichauf mit der SPD. Erstmals kam die Partei im Sonntagstrend des Instituts Insa für die Bild am Sonntag auf einen Wert von 19 Prozent. Das waren zehn Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr, und es ist der höchste Wert, den ein Meinungsforschungsinstitut bislang für die AfD gemessen hat. Die SPD kam ebenfalls auf 19 Prozent.“ (*Zeit-online vom 4.6.2023*) Überraschend kam dies nicht. In Ostdeutschland hatte die AfD die SPD bereits Anfang 2023 hinter sich gelassen: „Die AfD ist Umfragen zufolge in den ostdeutschen Bundesländern stärkste Partei.“ Im Osten der Republik kommt die Partei ohne Berlin inzwischen auf 26 Prozent. Damit liegt die AfD deutlich vor der Union, die auf 23 Prozent kommt. (...) Die SPD liegt demnach bei 20 Prozent, die Grünen erreichen zehn Prozent und die FDP acht Prozent. Die Linke kommt im Osten auf neun Prozent.“ (*Welt-online vom 7.5.2023*)

Bei der Bundestagswahl im September 2021 hatte die SPD mit einem Anteil von 25,7 Prozent noch einen Vorsprung vor der AfD von gut 15 Punkten. In den westlichen Bundesländern ist die Partei nicht so stark. Doch in dem industriepolitisch und damit vom traditionellen Klassenkonflikt geprägten Nordrhein-Westfalen erreichte sie nach einer Umfrage von Mitte Juni 2023 bereits 15 Prozent. Die SPD verliert aber nicht nur in Umfragen. Bei der Wiederholungswahl für das Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 stürzte sie auf den historisch niedrigsten Stand von 18 Prozent – was Gleichstand mit den Grünen und einen Rückstand zur CDU von 10 Prozent bedeutete. In keinem der 12 Berliner Bezirke ist die SPD heute noch stärkste Partei! Die Stadtbezirke Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg gingen an die Grünen, die übrigen neun an die CDU. Und selbst die AfD konnte in Marzahn-Hellersdorf zwei Abgeordnetenhaus-Wahlkreise gewinnen – dort, wo einst Die Linke absolute Mehrheiten holte. Dennoch blieben die Sozialdemokraten in Berlin Regierungspartei, doch statt wie bisher in einem Rot-Rot-Grünen Bündnis nun als Juniorpartner der CDU. Die Inhalte scheinen dabei egal zu sein. Was zählt ist allein die Möglichkeit, weiter Senatoren und Staatssekretäre stellen zu können.

Der Abstieg der SPD

An die Wahlniederlagen scheint sich die SPD mittlerweile gewöhnt zu haben. Zwar gibt es auch immer wieder mal Zugewinne in Kommunen und selbst in manch einem Bundesland, doch der allgemeine Trend zeigt nach unten. Auch der Erfolg bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 stellte nur ein kurzlebiges Zwischenhoch dar. Nach einem

professionell geführten Wahlkampf und mit viel Glück – Angela Merkel trat nicht noch einmal an, CDU und CSU hatten sich über die Kanzlerkandidatur zerstritten und der Unionskandidat Armin Laschet versagte im Wahlkampf – gewann die SPD die Bundestagswahlen, allerdings mit dem schwachen Ergebnis von 25,7 Prozent. Das entsprach fast genau dem von 2013, das aber seinerzeit als überaus enttäuschend bewertet worden war. 2021 hingegen galt es als großartiger Erfolg. Doch nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl fielen die Sozialdemokraten wieder auf ihren alten Wert von etwa 20 Prozent zurück.

Der stetige Niedergang der SPD zeigt sich auch in der Zahl ihrer Mitglieder. Die Genossinnen und Genossen werden immer weniger. In der Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) konnte man hierzu lesen: „Entgegen Behauptungen der Partei während der Wahlkampagne (zur Bundestagswahl 2021, A.W.) ist die Zahl der eingeschriebenen Sozialdemokraten unter die symbolisch wichtige Marke von 400 000 gefallen. Aktuelle Angaben des Willy-Brandt-Hauses zufolge haben im letzten Jahr der Amtszeit von Generalsekretär Lars Klingbeil mehr als 22.000 Mitglieder die Partei verlassen. (...) Der abermalige Verlust von etwa fünf Prozent der Mitgliedschaft konnte durch den Wahlerfolg nicht ausgeglichen werden. Bewegt von diesem Comeback traten der Partei im September zwar mehr Neumitglieder bei als in allen anderen Monaten des Jahres. Die Zahl für das ganze Jahr war mit 12 266 allerdings unerwartet niedrig. Rechnet man Ein- und Austritte zusammen, hatte die SPD zum 31. Dezember 2021 noch 393 727 Mitglieder. Ein Jahr zuvor waren es 404 300 gewesen, Anfang 2018 noch 463 700.“ (*FAZ vom 17.1.2022*) Neuere Zahlen wurden seitdem nicht veröffentlicht. Das Willy-Brandt-Haus hält sich hier äußerst bedeckt, was vermuten lässt, daß der Abwärtstrend anhält.

Das Ende der sozialdemokratischen Entspannungspolitik

Mit Olaf Scholz verkündete ausgerechnet ein sozialdemokratischer Bundeskanzler am 27. Februar 2022 das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik. Und es soll nicht nur 100 Milliarden Euro extra für die Bundeswehr geben, künftig sollen auch zwei Prozent und mehr des Bruttosozialprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Eine Forderung der NATO, gegen die sich die SPD lange Zeit gewehrt hatte. Die radikale Kehrtwende der SPD in der Verteidigungspolitik wird begleitet von einer Abkehr der Sozialdemokratie von ihrer traditionellen Politik der Entspannung gegenüber Russland. Laut FAZ vom 20. Oktober 2022 erklärte der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil: „Die Aussage, dass es Sicherheit und Stabilität in Europa nicht gegen, sondern nur mit Russland geben könne, habe keinen Bestand mehr. In dem geltenden Grundsatzprogramm der Partei aus dem Jahr 2007 wird hingegen die strategische Partnerschaft mit Russland als ‚unverzichtbar‘ für Deutschland und die Europäische Union

bezeichnet. Doch das soll sich nun ändern: Die SPD will ihre Grundsätze in der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Parteitag Ende 2023 neu formulieren.“ Seit selbst die Jungsozialisten auf diesen neuen Kurs eingeschwenkt sind, ist innerparteilicher Widerstand dagegen nicht zu erwarten. Nach dem von Gerhard Schröder durchgesetzten sozialpolitischen Kahlschlag durch Hartz IV und der Erhöhung des Renteneintrittsalters liquidiert die SPD nun – unter Schröders früherem Generalsekretär Olaf Scholz – mit der Friedenspolitik die zweite Säule sozialdemokratischer Identität.

Die Zerstörung der Wurzeln der Partei

Doch Scholz will es nicht dabei belassen. Nun geht er daran auch die weltanschaulichen Wurzeln der Sozialdemokratie auszureißen. Auf dem Festival der philosophischen Literatur, der Phil. Cologne im Juni 2023, bezog er sich bei der Antwort auf die Frage „Wo geht's hier nach links?“ auf Karl Marx: Dieser „habe ‚mit seinen ganzen Sachen‘ am Ende nur ‚Quatsch‘ hinterlassen, das unmögliche Ideal eines paradiesischen Lebens vollkommen freier Wahl unter den Mitteln der Bedürfnisbefriedigung“. (*FAZ vom 15.6.2023*) Diese vulgäre Sprache führt mit Scholz ausgerechnet jemand, der in seiner Zeit als Jungsozialist 1980 die „Herforder Thesen – Zur Arbeit von Marxisten in der SPD“ mit verfaßt hat. Doch darüber könnte man hinwegsehen, hat sich bekanntlich nicht nur er nach 1989 dem neuen Zeitgeist angepaßt. Doch hier geht es um mehr: Die Sozialdemokratie entstand historisch im europäischen Parteiensystem des 19. Jahrhunderts als neue, dritte Kraft in radikaler Entgegensetzung sowohl zu den adligen Privilegien der Stände verteidigenden Konservativen als auch gegenüber den dem freien, ungezügelter Markt huldigenden Liberalen. Die ideologische Waffe dieser neuen Kraft war die marxistische Weltanschauung, ihr verdankte die SPD ihren Aufstieg zur stärksten Partei Deutschlands. Nur so war es ihr möglich, das politische Leben nachhaltig zu prägen. Sie baute zwar nicht den Sozialismus auf, konnte aber immerhin die Grundlagen für den heutigen Sozialstaat legen. Selbst am Ende ihres langen Abschieds vom Marxismus als Theorie der Partei verleugnete sie nicht ihre geistigen Wurzeln. So zitierte noch 1959 der damalige Parteivorsitzende Erich Ollenhauer bei der Begründung des Godesberger Programms Kurt Schumacher: „Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“ [1] Nun ist also für Scholz, der einst als Jungsozialist das Godesberger Programm von links her angriff, das von Marx Gesagte nur noch „Quatsch“.

Das so von ihm Denunzierte hat seinen klassischen Ausdruck in dem großartigen Satz des Kommunistischen Manifestes von Karl

Marx und Friedrich Engels gefunden: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassegegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Befreiung aller ist.“ [2] Was bedeutet, daß erst dann alle wirklich frei sind, wenn ein jeder – also auch das letzte Mitglied der Gesellschaft – frei ist. Ein wunderbares Versprechen der Solidarität sowohl für national verfasste Gesellschaften wie gegenüber der gesamten Menschheit! Zwar kann dieses Versprechen heute auch nur annähernd realisiert werden, doch mit diesem wird dem Geschichtsprozeß ein klares, der humanen Entwicklung entsprechendes Ziel gegeben. Die trostlose Alternative dazu ist der dem Liberalismus eigene, ewige „Krieg aller gegen alle“.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie aber ihre weltanschauliche Orientierung endgültig

aufgibt, sinkt sie zu einer beliebigen Partei herab. Auf dem Weg von der Klassen- zur Volkspartei und schließlich zur Allerweltpartei wäre sie an ihrem Ende angekommen. Dann würde sie auch als Organisation verschwinden. Sie wird nicht mehr gebraucht. In einigen europäischen Ländern ist es bereits so weit: In Polen, Ungarn, der Slowakei, in Tschechien und anderswo fehlt bereits die Linke. Dort bestimmen nur noch neoliberale bzw. reaktionär-konservative Kräfte das politische Geschehen. In Italien dominiert bereits die radikale Rechte. Und Frankreich bewegt sich ebenfalls in diese Richtung. Der Ausfall der politischen Linken führt auch in Deutschland zunehmend zu Verwirrung und Heimatlosigkeit der sozial Entrechteten und Diskriminierten. Sie verfallen in politische Apathie oder werden zur leichten Beute einer sozialdarwinistischen libertären

Rechten. In Deutschland besetzt dieses Feld immer geschickter die AfD. Ihr Aufstieg wäre aber undenkbar ohne das historische Versagen der Sozialdemokratie.

Andreas Wehr
Berlin

[1] *Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 59*

[2] *Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Marx-Engels Werke (MEW), Band 4, Berlin 1983, S. 482*

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Teterow

Am 10. Oktober um 15 Uhr spricht der ehemalige Vorsitzende der Bezirksplankommission Magdeburg Uwe Trostel zum Thema: **Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 17. Oktober um 18 Uhr spricht der Friedensaktivist Heiner Bücken (Betreiber des COOP Anti-War Cafés in Berlin) zum Thema: **Wird Gesinnungsverfolgung und politisches Denunziantentum zu einem bestimmenden Element in unserer Gesellschaft?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Berlin-Treptow-Köpenick

Am 19. Oktober um 17 Uhr spricht der ehemalige Vorsitzende der Bezirksplankommission Magdeburg Uwe Trostel zum Thema: **Die „marode“ Volkswirtschaft der DDR und Schlußfolgerungen für die Zukunft**

Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 19. Oktober um 17 Uhr stellt Peter Blechschmidt eine Biografie wider den Geschichtsrevisionismus **„Fritz Schmenkel – ich will Euch sehen!“** vor.

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 21. Oktober um 10 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Linke Positionen in Zeiten des Krieges – Klare Haltung im Friedenskampf – eine Existenzfrage für linke Parteien**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am 21. Oktober um 10 Uhr spricht Phillipp Slania zum Thema: **Deutschlands Rußlandstrategien**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Rostock

Am 21. Oktober um 10 Uhr spricht der Publizist Volker Bräutigam zum Thema: **Wie die Chinesen gelb wurden und warum der Osten rot ist**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Bernau bei Berlin

Am 21. Oktober um 15 Uhr spricht Klaus Linder zum Thema: **Faschismus – Herrschaftsform der Gewalt und des Terrors. Ein Instrument der NATO-Staaten? Überlegungen zum Aufbau antifaschistischer Strategie und Aktionseinheit**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Falkensee

Am 24. Oktober um 19 Uhr spricht Christian Görke (MdB) zum Thema: **Die**

Schwerpunkte der Friedens- und Sozialpolitik der Linkspartei

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 25. Oktober um 18 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Befindet sich Rußland in der geostrategischen Abwehr?**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 26.10.2023 um 15 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Ukraine-NATO-Konflikt.**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 26. Oktober um 16 Uhr spricht Sieghard Raschdorf zum Thema: **Meine 30 Jahre als gesellschaftlich aktiver Unternehmer in der Ukraine – Zeitzeuge der historischen und aktuellen Entwicklung im Land**

Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Harz

Am 27. Oktober um 14 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Was für eine linke Partei wird gebraucht?**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

Man ließ ihnen späte Ehre zuteilwerden

Auf dem Konstitutionsplatz in der Stadt Luxemburg steht das Denkmal der „Goldenen Frau“, benannt als die „Gëlle Frau“, die in diesem Jahr durch das politische Establishment mit einem Festakt am Denkmal aus Anlaß des 100. Jahrestages seiner Errichtung geehrt wurde. Das Monument, das für die „Freiheit und den Widerstand des Luxemburger Volkes“ stehen soll, mußte in seiner Geschichte so manche Deutungsphasen und auch zeitweilige Verluste hinnehmen. Sein Schöpfer war der luxemburgische Künstler Claus Cito. Offiziell werden hier hauptsächlich die luxemburgischen Soldaten, die in den beiden Weltkriegen gefallen sind, geehrt. Jährlich am 10. September gibt es eine Gedenkfeier aus Anlaß der Befreiung vom Hitler-Faschismus durch die alliierten Truppen der US Armee. Gegen den Widerstand der Kommunistischen Partei Luxemburgs (KPL) wurde auch eine Plakette im Gedenken an die Luxemburger Freiwilligen, die sich von 1950 bis 1953 an der Seite der USA am Kampf um die Vorherrschaft auf der koreanischen Halbinsel beteiligt haben, angebracht. Es dauerte Jahrzehnte, bis endlich 2021 auch eine Tafel für die Kämpfer aus Luxemburg, die im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) gefallen waren, in das Gedenken aufgenommen wurden. Auf der Rückseite, am Fuße des Sockels, werden nun auch die 102 Luxemburger Freiwilligen, die als Interbrigadisten an der Seite der Spanischen Republik gegen den Faschismus gekämpft haben, geehrt. Die meisten der „D'Spueniekämpfer“, die von Luxemburg aus der Spanischen Republik zu Hilfe eilten, waren luxemburgische und italienische Kommunisten. Hinzu kamen Antifaschisten, Jungsozialisten und Anarchisten. Viele von ihnen kämpften u.a. in den Reihen des Thälmann-Bataillons, der Garibaldi Brigade und weiteren Verbänden. In der nach Nationalitäten geordneten Aufzählung der Interbrigadisten aus verschiedenen Ländern, die der damalige Vorsitzende des Kriegsrats der Internationalen Brigaden André Marty Ende 1939 in Moskau auf einer

Sitzung des EKKI bekannt gab, sind die Luxemburger nicht extra aufgeführt. Hier werden die Portugiesen mit 131 als die kleinste Gruppe genannt. Festzuhalten aber bleibt, daß die 102 Luxemburger Kämpfer, bezogen auf die damalige Einwohnerzahl ihres Heimatlandes, das „größte Kontingent“ der Freiwilligen stellten. Zu den Interbrigadisten, die bis zu April 1939, dem Tage des militärischen Sieges der Franco-Faschisten, ums Leben kamen, gehörten 18 Luxemburger, weitere acht blieben verschollen und 30 wurden schwer verwundet. Die Erinnerung an sie wurde während einem halben Jahrhundert allein von der KPL wachgehalten. Viele von ihnen waren Berg- und Hüttenarbeiter, deren Reise nach Spanien, meist über Frankreich, auf dem Bahnhof in dem Städtchen Düdelingen begann. Er war einer der wichtigen Durchgangsstationen für Interbrigadisten aus zahlreichen Ländern, die hier Hilfe und Unterstützung von Luxemburger Genossinnen und Genossen erhielten. Denn mit der offiziellen Gründung der Internationalen Brigaden trat eine massive Werbung des Spanienhilfskomitees in Frankreich und den anderen Ländern ein. Die Transporte mit der Eisenbahn an die Grenze nach Spanien wurden bald zu einem regelmäßigen Vorgang und der kleine Luxemburger Bahnhof zu einem nicht unbedeutenden Drehkreuz. Der Ort Düdelingen selbst war einer der wichtigsten Industriestandorte des Landes, damals geprägt von Hochöfen und Stahlhütten und somit auch eine Hochburg der Arbeiterklasse und eine starke Bastion der KPL. Die Arbeiterviertel wurden gern als „La Petite Italie“ bezeichnet, da hier die italienischen Arbeitswanderer wohnten, welche die schlecht bezahlten, unqualifizierten Tätigkeiten in den Gruben und Hüttenwerken übernahmen. Seit 1997 gibt es in der Nähe des Bahnhofes „Dudelange-Usines“ einen kleinen Ehrenhain mit dem Denkmal „No Pasarán“. Die Skulptur wurde von dem Bildhauer Lucien Wercollier, einem der wichtigsten Protagonisten der zeitgenössischen luxemburgischen Kunst, geschaffen.

Jedes Jahr findet am Monument eine Gedenkveranstaltung statt, mit dabei immer eine Original-Fahne der spanischen Republik, die sich im Besitz der Genossen der KPL befindet. Die Teilnahme der Luxemburger Interbrigadisten barg neben der Teilnahme an den Kämpfen in der Spanischen Republik eine weitere Gefahr in sich, die vor allem die Heimkehrer betraf. Ministerpräsident Juan Negrín hatte im September 1938 vor dem Völkerbund in Genf den Vorschlag unterbreitet, die internationalen Freiwilligen zurückzuziehen. Er wollte damit den rein spanischen Charakter des Krieges deutlich machen, um so zu einer internationalen Entspannung beizutragen. Die Spanische Regierung machte schon zwei Tage nach der Bekanntgabe Ernst, zog die Internationalen Brigaden von der Front ab und begann mit deren Entwaffnung. Nun wurden aus Kämpfern Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern kaum mit offenen Armen empfangen wurden und vielfach in die Fänge der Justiz gerieten. So hatte schon im April 1937 die damalige Luxemburger Regierung ein Gesetz verabschiedet, das Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern (außer Spaniern) verbot, in den Spanischen Bürgerkrieg zu ziehen. Auf Mißachtung stand eine Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten. Die Luxemburger, die das dennoch taten, galten lange Zeit als Geächtete. Zudem waren sie während des Zweiten Weltkriegs der Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt. In den Jahrzehnten danach wurde die Existenz der Spanienkämpfer totgeschwiegen, weil die meisten von ihnen Kommunisten waren. Erst im Jahr 2003 wurde das Gesetz außer Kraft gesetzt und es erfolgte eine Rehabilitierung, wobei eine gebührende Würdigung in den heutigen Schulbüchern oder im Nationale Museum für Widerstand und Menschenrechte immer noch aussteht. Damit ihr Kampf gegen den Faschismus nicht in Vergessenheit gerät, gibt es neben der Skulptur in Düdelingen nun auch am Sockel der „Gëlle Fra“ endlich auch eine Gedenktafel.

Dr. Michael Polster

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 97. Geburtstag

Eberhard Georgi (Strausberg) am 29. Oktober

Zum 95. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober

Zum 94. Geburtstag

Karl-Heinz Schriever (Coswig/Anhalt) am 5. Oktober
Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Charlotte Gehrman (Frankfurt/Oder) am 31. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Dr. Werner Haltinner (Berlin) am 3. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Brunhilde Bauer (Berlin) am 30. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Willi Vinzing (Malchin) am 14. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Max-Harald Mülling (Mühlhausen) am 4. Oktober
Alfred Blaudzun (Saal) am 26. Oktober
Inge Sixt (Schweinfurt) am 30. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Gerhard Kluth (Wegeleben) am 7. Oktober

Jürgen Weber (Artern) am 9. Oktober

Waltraud Tegger (Neustrelitz) am 10. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Claus Peters (Erkner) am 14. Oktober
Manfred Steude (Delitzsch) am 20. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Josef Schmidt (Hasloch) am 8. Oktober
Jörg Eisenträger (Strausberg) am 10. Oktober
Peter Tiedke (Golzow) am 30. Oktober

Zum 60. Geburtstag

Ralph Schadel (Cottbus) am 21. Oktober

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Das Hinweisgeberschutzgesetz

Man könnte es auch Denunziantenschutzgesetz nennen. Das wäre eine klare, exaktere und nicht solch irreführende Bezeichnung. Dieses „Hinweisgebertum“ gab es doch laut bundesdeutscher Aufarbeitungsindustrie nur in der untergegangenen DDR? Das soll dort nur anders heißen haben – man bezeichnete das nach 1990 als „flächendeckende Überwachung“. Zu allem Frust standen in der DDR auch noch an jeder Straßenecke zwar keine Hinweisgeber, aber Stasi-Spitzel und geheime obendrein. Unglaublich. Dazu wurden über jeden DDR-Bürger auch noch Akten in Papierform angelegt. Und daran will sich jetzt die deutsche Justiz oder wer auch immer orientieren?

Der Unterschied, die „Hinweisgeber“ (man darf sie auch Informanten nennen) sind nicht mehr geheim, sondern offiziell und müssen geschützt werden. In der verblichenen DDR hießen sie zunächst GI (geheime Informanten). Jetzt könnte man sie doch auch ÖG (öffentliche Informanten) nennen!

Gibt's denn auch eine Verfahrensbeschreibung, was Hinweise sind und wann sie an wen gegeben werden sollen? Es kann sich doch wohl nicht nur um Falschparker, Geschwindigkeitsübertreter und Lärmbelästiger handeln, die in den Focus von Polizei und Justiz geraten. Dafür brauchten die bisherigen „Hinweisgeber“ (respektive Informanten) kein Gesetz. Solches regelten bis dato die „Hinweisgeber“ von ganz allein und ohne Gesetz.

Dieses waren wohl aufmerksame, besorgte Bürger oder auch Anschwärzer.

All das bekommt nun eine neue, höhere und gesetzliche Qualität. Deshalb muß schon mal seit dem Sommer in jedem Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitern ein „Hinweisgeber“ oder „Hinweisempfänger“ installiert werden. Dieser sammelt und gibt Hinweise – aber wohin? Strafbewehrte Taten bei Polizei oder Staatsanwaltschaft anzuzeigen, war bereits Verpflichtung des aufmerksamen Bürgers. Dazu sind diese Institutionen da. Daß die Polizei sich angesichts ihrer Überlastung noch mit Bagatellen (wer, was und wo gesagt oder getan haben könnte, wenn politisch nicht mit der „Bundestreue“ vereinbar) befaßt, darf gestrost nicht angenommen werden.

Also scheint es doch um „Hinweise“ zu gehen, die in anderen Kanälen landen und die bei diesem nach allen Seiten auslegbaren Gummigesetz sein könnten:

- ablehnende Äußerungen über die mißliebige und kritisierungswürdige Politik von Parteien und Regierung
- Namhaftmachung und Registrierung von Personen mit divergierenden politischen Auffassungen zur offiziellen Regierungspolitik
- Unterdrückung von Aktionen verschiedener Vereinigungen, die ihre Tätigkeit dem Friedenskampf widmen

Damit werden Tür und Tor für Verdächtigungen und Unterstellungen geöffnet, die

Strafverfolgungsbehörden allein nicht zugänglich sind und die dann von einer extra zu schaffenden „Bundesstelle“ zugeführt werden, welche keine judikative und exekutive Gewalt hat. Das Hamburger Verfassungsgericht stoppte ein Volksbegehren gegen Waffenexporte mit der eigenwilligen Begründung der Pflicht zur „Bundestreue“. Adé Demokratie in diesem Land.

Deutschland sticht im Bemühen, die 2019 vom EU-Korruptionsverein beschlossene EU-Richtlinie zum Schutz von Whistleblowern umzusetzen, wieder einmal besonders hervor. Am 11. August trat auch noch eine Verordnung über die Schaffung einer zentralen Meldestelle für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Diese Bundesstelle wird mit 22 Mitarbeitern besetzt, für die jährlich etwa fünf Millionen Euro eingeplant sind.

Mit der geheiligten Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Es ist ein Gesetz zur Förderung des Denunziantentums. Es erinnert an eine Diktatur, die ihre Anfänge in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte.

In den Wirtschaftsunternehmen ist das Hinweisgeberschutzgesetz, sprich Denunziantenschutzgesetz, schon mal per Gesetz zur Pflicht erhoben. Fehlt in den Wohngebieten nur noch der Blockwart, der, wie vor vielen Jahren, für Zucht und Ordnung sorgte.

Parallelen sind doch nicht wegzudenken.

Reiner Neubert
Berlin

Bangemachen gilt nicht – Kommunisten verteidigen die Meinungsfreiheit

Wer so brutal wie diese Bundesregierung Krieg nach außen und innen führt, braucht Ruhe an der Heimatfront. Milliarden fließen in die Rüstungsindustrie und den Krieg gegen Rußland – China ist im Visier. Ein dritter und letzter Weltkrieg wird in Kauf genommen – ebenso der wirtschaftliche Abstieg des Landes. Geld für arme Kinder und Alte, für das marode Gesundheitswesen und für Löhne, die angesichts von Preissteigerungen und Inflation zum Leben reichen, ist nicht vorgesehen. Die Widersprüche schreien zum Himmel. Aufstehen gegen diese Kriegsregierung müsste die Antwort sein.

Aber noch werden Massenproteste erfolgreich verhindert durch penetrante und die Leute für dumm verkaufende Propaganda, durch Ausgrenzung und Beschimpfung von Kriegsgegnern. SPD-Kanzler Olaf Scholz geiferte auf einer Wahlkampfkundgebung in München zuletzt gegen „die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen“. Sie seien „gefallene Engel aus der Hölle“. Kritische Stimmen sollen mundtot gemacht werden – auch durch Repression. Seit dem 24. Februar 2022, dem Einstieg Rußlands in den seit Jahren toben den Krieg in der Ukraine, hat politisches Strafrecht gegen abweichende Meinungen zum Krieg Hochkonjunktur. Kriegsgegner

und Menschen, die Zweifel zum Beispiel an der angeblichen Alleinschuld Rußlands und der Friedfertigkeit der Ukraine formulieren, werden mit den Paragraphen 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten) und 130 StGB (Volksverhetzung) bedroht. Geld- und Haftstrafen können die Folge sein.

Der Paragraph 130 wurde im Dezember letzten Jahres in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verschärft. Dagegen haben Patrik Köbele und Wera Richter, Vorsitzende der DKP, und der Jurist Ralf Hohmann am 28. Juli eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Sie halten die Neufassung des Paragraphen für verfassungswidrig und fordern seine Rücknahme. Die drei sehen in der Verschärfung des Paragraphen einen Angriff auf die grundgesetzlich gesicherte Meinungsfreiheit. Sie eröffneten den Strafverfolgungsbehörden die Befugnis, öffentliche Äußerungen, aber auch wissenschaftliche Beiträge zum Krieg strafrechtlich zu ahnden, sofern sie von der herrschenden Einschätzung abweichen. So geht Willkür.

Richter, Köbele und Hohmann kritisieren zudem das völlig undemokratische Zustandekommen des Gesetzes und sehen darin einen Verstoß gegen die Teilhabe- und Kontrollrechte der Abgeordneten des Bundestages. Die Neufassung des Paragraphen 130 wurde

zu nächtlicher Stunde in einem sogenannten Omnibus-Verfahren, also als Anhang eines anderen Gesetzes ohne inhaltlichen Bezug, durch den Bundestag gepeitscht. Eine ernsthafte parlamentarische Debatte war in den wenigen für die Beschlußfassung vorgesehenen Minuten nicht vorgesehen.

Wenn sich eine Regierung im Krieg wähnt, darf man sich keine Illusionen über den Justizapparat in diesem Land machen. Alles durchgehen lassen darf man ihm dennoch nicht. Es gilt, Zweifel zu säen, bei immer mehr Menschen. Die Frechheit, mit der das neue Instrument zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit durchgesetzt wurde, ist dazu geeignet.

Der Widerstand gegen die Kriegsregierung und ihre Lügen gehört aber vor allem auf die Straße, in Betriebe, Universtitäten und Schulen. Der herrschenden Propaganda öffentlich zu widersprechen erfordert manches Mal Mut – und Solidarität mit denen, die dafür verfolgt werden. Für beides steht der Fall des Grafikers Kay Strathus aus Düsseldorf, der sich den Mund nicht verbieten läßt und dafür Unterstützung bekommt.

Wera Richter

Entnommen der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ (UZ), 23.8.2023



LESERBRIEFE

Ein im Februar 2023 verfaßter und auf der Internetseite des Traditionsverbandes der NVA veröffentlichter Brief, der seine Aktualität nicht verloren hat

Protest ehemaliger Panzeroffiziere der NVA gegen die Waffenlieferungen Deutschlands und anderer NATO-Staaten an die Ukraine

„Es ist vollbracht“, werden sich bei reichlich Champagner die Ampelkoalitionäre vom Schlage Strack-Zimmermann und Hofreiter, auch „Panzer-toni“ genannt, sowie die Herren der Rüstungsindustrie beglückwünscht haben. Endlich hat sich der Kanzler durchgerungen, grünes Licht für Panzerlieferungen zum Kampf gegen Rußland zu geben. Zum Kampf gegen die Menschen, die schon vor nur zwei, vielleicht drei Generationen riesige Opfer gebracht haben und trotzdem immer versuchten, den Deutschen zu verzeihen und ihnen sogar Freund zu sein.

Wir, die Unterzeichner dieses Briefes, haben viele Jahre, teilweise Jahrzehnte, getreu unseres Fahnenesides in der Nationalen Volksarmee der DDR gedient. Die Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion war uns immer Herzenssache. Einige haben in der UdSSR studiert und nach 1989/90 in verschiedenen Staaten der GUS gearbeitet. Wo wir auch waren, überall schlug uns eine Welle der Freundschaft, des Verständnisses und des Gefühls des Miteinander entgegen. Nun aber steigt uns die Schamröte ins Gesicht, wenn wir den Brief der Veteranen und Kinder des Großen Vaterländischen Krieges an die Regierung und das deutsche Volk, veröffentlicht in der Jungen Welt am 30.3.2022, lesen.

Bereits in den 90er Jahren ging es darum, die Ukraine als Aufmarschgebiet gegen Rußland vorzubereiten. Man begann, die Errungenschaften in der gemeinsamen Sowjetunion zu verunglimpfen und selbst den Sieg über Hitlerdeutschland zu relativieren. Helden waren plötzlich nicht mehr die Väter und Söhne, die den Faschismus unter unbeschreiblichen Opfern zerschlagen hatten, sondern die eigenen Faschisten vom Schlage Banderas, dessen Truppen auf Hitler vereidigt wurden und sogar gegen die Sowjetarmee kämpften. Sie haben zigtausende Juden, Polen und Sowjetbürger auf dem Gewissen. Dem Westen war es recht, Hauptsache gegen Rußland.

Wie groß war die Hoffnung der Völker, als der Präsident Rußlands im Jahre 2001 vor dem deutschen Bundestag sprach und eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, eine echte Friedenszone, vorschlug. Groß war der Beifall, doch die Pläne waren andere.

Anfang der 2000er wurden in der Ukraine Straßen nach Bandera benannt und in Lwiw ein riesiges Denkmal für ihn errichtet. Die Faschisten erhoben ihr Haupt, was schließlich im Putsch von 2014 mündete. Einige Gebiete wollten sich der neuen Macht, an der bekennende Faschisten beteiligt waren und noch heute sind, widersetzen.

Auf der Krim kamen sie nicht zum Zuge. Hier wehrte man sich erfolgreich mit Unterstützung der dort stationierten russischen Truppen gegen diese neue Macht. Mit dem Referendum entzog sich das Volk der Krim dem Zugriff der Kiewer Clique.

In der schönen Hafenstadt Odessa wurden am 2. Mai 2014 die Teilnehmer einer Protestveranstaltung von aus der Westukraine herangekehrten Schlägertruppen überfallen, in das Haus der Gewerkschaft getrieben, das sie dann angezündeten. Ergebnis: mindestens 49 Tote, Reaktion aus dem Westen: keine! Im Donbass war es schwieriger. Auf den Protest der Bevölkerung antworteten die Kiewer Machthaber mit Panzern und Flugzeugen. Die Donezker und Lugansker jedoch hielten Stand. Den Beschuß und die Zerstörungen aber konnten sie nicht verhindern. So wurden bis 2022 mehr als 14 000 Menschen getötet. In der Stadt Donezk, nahe an der Trennungslinie zu den ukrainischen Truppen, gibt es Bezirke, wo wegen des ständigen Artilleriebeschusses mit täglich zwischen 40 und 50 Einschlägen der Unterricht in Kellern stattfindet, wo sogar Kitas untergebracht sind und Teile der Bevölkerung „wohnen“. Seit mehr als acht Jahren!

Wo blieb der Aufschrei hierzulande? Er konnte vielleicht nicht kommen, denn gegen das, was man nicht erfährt, kann man nicht protestieren. Ein spanischer Journalist sagte einst: „Zensur in der Demokratie besteht im Weglassen von Informationen.“

In diesen acht Jahren gab es Minsk I und Minsk II, angeblich um den Krieg gegen die Bevölkerung der Volksrepubliken zu beenden. Wir wissen nun, von Frau Merkel bestätigt, daß niemand an die leidende Bevölkerung gedacht hat. Sie wurde hingehalten, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine gegen Rußland zu gewinnen. Wieviele Verhandlungsangebote Rußlands gab es, die allesamt den Zweck haben sollten, die Sicherheit Rußlands zu garantieren. Die NATO steht mittlerweile vor Rußlands Haustür und soll durch die Integration der Ukraine noch das Bein in die Tür bekommen. NATO-Raketen an der ukrainisch-russischen Grenze? Das würde ein Leben für das russische Volk mit dem Revolver an der Schläfe bedeuten, denn die Vorwarnzeit für einen Angriff auf Moskau betrüge ganze fünf Minuten. Was also sollte Rußland tun?

Die diplomatischen Mittel waren offenkundig ausgereizt. Wie sollte die Vernichtung der Menschen im Donbass beendet und die Gefahr an den Grenzen beseitigt werden?

Das Ziel der NATO ist der Sieg über Rußland und dessen Zerschlagung. Dazu dienen die Waffenlieferungen fast aller NATO-Staaten mit den deutschen Waffen an der Spitze.

Unser Gewissen läßt uns nicht ruhen. Dieses Kriegstreiben führt in eine ungeahnte Katastrophe. Das darf nicht passieren, haben wir doch unseren harten Dienst in der NVA versehen, um unseren Kindern und Kindeskindern die Schrecken eines Krieges zu ersparen. Soll das umsonst gewesen sein? Darum protestieren wir, ehemalige Offiziere der Panzerregimenter „Otto Buchwitz“ und „Leo Jogiches“ und fordern das Ende der Waffenlieferungen in die Ukraine sowie Frieden und Sicherheit für Rußland.

Oberst a.D. Ralf Lassahn

Oberstlttn. a.D. Günter Rademacher

Oberstlttn. a.D. Karl-Friedrich Krause

Oberst a.D. Klaus Sachse

Oberst a.D. Dr. Heinrich Helfried Dietrich

Oberstlttn. Wolfgang Richter

(Redaktionell gekürzt)

Bundesdeutsche Kriegspolitik

Die Friedensheuchelei bundesdeutscher Spitzenpolitiker und Politikerinnen kennt keine Grenzen und ihre Lügen werden immer schamloser. Ein Land, das sich offiziell als Nachfolgestaat der Kaiserreichs und der Hitler-Diktatur sieht, tritt mit seiner Kriegspolitik auch in deren machtpolitische Fußtapfen. Was der deutschen kaiserlichen Armee und Wehrmacht nicht gelang, Rußland und später die Sowjetunion niederzuringen, das will jetzt die Bundeswehr im Verbund mit der NATO nachholen. Bekannt ist die ungeheuerliche Aussage von Baerbock: „Angriffe auf Moskau sind legitim.“

Führende Bundespolitiker gedachten mit Reden und Kränzen des „Kriegsausbruchs“ am 1. September 1939. Gleichzeitig werden immer neue Manöver in Szene gesetzt, die eine mörderische Auseinandersetzung mit Rußland zum Gegenstand haben. Im Einklang mit der „Friedensnobelpreisträgerin“ Europäische Union singt die Ampelkoalition das hohe Lied von Waffenlieferungen an die durch einen faschistischen Putsch an die Macht gekommene ukrainische Regierung. Gestern waren es Panzer, heute Kampf-Jets und morgen weitreichende Drohnen von Typ „Taurus“ für die Ukraine.

Die Qualitätsmedien überschlagen sich mit fragwürdigen Nachrichten und Kommentaren in der Verherrlichung der ruinösen Kriegspolitik. Und die Opposition kennt auch nur ein Konzept: Waffen, Waffen, Waffen für die Ukraine ...

Diplomatische Konzepte und Aktivitäten zur Lösung eines für Europa lebensgefährlichen Konflikts sind weit und breit nicht erkennbar. Man könnte bei der aktuellen Lage gleich das Außenministerium dem „Verteidigungsministerium“ unterstellen oder umgekehrt.

Im Angesicht der historischen Schuld Deutschlands im Hinblick auf die zwei Weltkriege ist es die moralische Pflicht deutscher Politiker, sich mit allen Mitteln für Frieden und Völkerverständigung einzusetzen und nicht auf die militärische Karte zu setzen. Es sein denn, die Herrschenden streben die Vernichtung eines politisch eigenständigen großen und rohstoffreichen Landes zur Erreichung eigener Macht- und Profitansprüche an.

Raimon Brete, Chemnitz

Wie lange noch?

Verfolgt man die Nachrichten aus Kiew, so fragt man sich unweigerlich, wie lange und wie weit wollen die USA, Großbritannien, Deutschland und die anderen NATO-Staaten diesen Krieg noch fortsetzen? Dabei hat Minsk II den Weg gezeigt, ein solches Blutvergießen zu verhindern. Wäre es umgesetzt worden, würde die Ukraine in den Grenzen von 2022 weiter existieren. Aber diese Wahrheit auszusprechen ist man offensichtlich zu feige, obwohl sie selbst von deutschen ehemaligen Europaabgeordneten wie Verheugen erkannt und geäußert wurden. Leider war man 2022 auf Seiten der NATO der Auffassung, man könne als Sieger im Kalten Krieg mit Rußland von der Position der Stärke aus verhandeln, einen Krieg riskieren und den auch gewinnen.

Als erstes müssen die Waffenlieferungen gestoppt werden. Nur dann wären Friedensverhandlungen möglich. Gelingt das nicht, wird die Ukraine in kurzer Zeit keine Menschen mehr haben, die das Land in eine friedliche Zukunft führen können.

Ralf Kaestner, Bützow

Krisenmodus

Ältere können sich noch erinnern, wie versichert wurde, Krisen und Kriege gebe es nie mehr. Nie

mehr Machtanspruch, nur noch Freiheit, Demokratie. Diese Erinnerung ist wenig erwünscht bzw. heutige Politiker wissen davon nichts mehr. Krisen und Krieg gibt es mehr als je zuvor und nicht erst seit Putin oder Rußlands Spezialoperation. Auch eher nicht erwünscht ist die Forderung nach Frieden. Damit ist üble Schelte zu ernten, wie selbst der Kanzler klarmachte. Endlich ist zu verstehen, was Zeitenwende zu bedeuten hat. Frieden durch Krieg, mit viel Krieg, vielen Waffen und Rüstung. Zur Zeitenwende gehört offenbar ebenso, daß dem Thema Migration, Asyl, Flucht und Vertreibung eine andere Note, AfD-Note, erteilt wird. Menschenrechte und der ganze Moralkram ist für einige Sonntagsreden noch geduldet. Das Volk braucht sein Feindbild, Russe und Flüchtlinge, die unnützen, politisch nicht erwünschten. Krieg gegen Flüchtlingsinvasion. Menschen sind es nicht. Mit der Stimmung klappt es. Fachkräfte, welcher Hautfarbe ist egal, Hauptsache keine Flüchtlinge mit menschlichen Ansprüchen. Grenzen, Mauern, Todeszonen usw. sind wieder Mode in ganz anderen Dimensionen. Es geht wieder ums Siegen, Wunderwaffen sind gefragt, kein Pardon mit dem Russen, der Chinese darf sich schon darauf einrichten, wenn wir Nachrichtenmeldungen nach der Zeitenwende richtig verstehen.

Wie können Menschen mit Kopf und Hirn glauben, alles das würde sie nie selbst erreichen? Kapital-Krise-Krieg, der Zusammenhang hat es schwer in die Köpfe.

So endgültig klar ist mir noch nicht, ob mit freier Meinungsäußerung alles noch gedeckt ist.

Roland Winkler, Aue

Gefallene Engel, allenthalben!

„Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden.“

Mit einem gefährlichen Moralismus, geschmiedet aus der Fantasterei einer scheinbaren Werteüberlegenheit, hat der deutsche Bundeskanzler auf einer Wahlkampfveranstaltung am 19. August in München diese Worte gewählt.

Mir ist nicht bekannt, ob das Bundeskanzleramt den Vatikan mittlerweile darüber in Kenntnis gesetzt hat, daß der Heilige Vater, Papst Franziskus, aufgrund seiner Friedensbemühungen in den letzten Monaten ebenfalls in die Hölle gehört. Darüber hinaus gäbe es ja noch ein paar Regierungsoberhäupter, wie z.B. jenes von Mexiko, die ebenfalls über ihren angewiesenen Platz informiert werden müßten. Ob dies bis dato geschehen ist, entzieht sich ebenso meiner Kenntnis.

Wer - mit welchem Wertesystem auch immer gesegnet - bewohnt denn nun eigentlich in diesem eigenwilligen Konstrukt des Bundeskanzlers die Gefilde des Himmels?

Benjamin Lapp, Bischoffen

US-Uranmunition für die Ukraine

Die Ukraine ist einer der wichtigsten Getreideproduzenten der Welt. Angebaut werden vor allem Weizen, Mais und Gerste. Nun aber werden die fruchtbaren Böden mit unabsehbaren Folgen für Jahrzehnte durch britische und US-amerikanische Uranmunition verseucht. Welche Auswirkungen der Einsatz dieses radioaktiven Teufelszeugs hat, ist noch heute nach den Kriegen gegen den Irak und Jugoslawien zu beobachten: ein um 30 % erhöhtes Krebsrisiko, Fehlgeburten, Zeugungs-

unfähigkeit, psychische Veränderungen ...

Selbst wenn heute der Krieg in der Ukraine beendet würde, befände sich der Tod weiterhin im Boden. Er wird auch dann agrarwirtschaftlich nicht mehr nutzbar sein. Doch man wird Getreide produzieren, exportieren und zu Mehl verarbeiten und zu Brot, welches wir täglich kaufen und verzehren. Kaum einer wird dann noch daran denken, daß das Getreide auf mit Uran verseuchtem Boden produziert wurde.

Und auch dies gehört zum „Kriegsspiel“ der USA. Das Land ist wie die Ukraine einer der größten globalen Getreidelieferanten. Hat der Einsatz von mit Uran angereicherter Munition in der Ukraine auch zum Ziel, die weltweite Abnahme von ukrainischem Getreide negativ beeinflussen? Wollen die USA mit der Lieferung dieser todbringenden Waffen als „Heilsbringer“ dastehen, gleichzeitig aber einen lästigen Konkurrenten ausschalten und so ihre Profitrate beim Getreide- und beim Waffenexport weiter steigern?

Es ist hinlänglich bekannt, daß sie nichts ohne Hintergedanken, ohne Suche nach dem eigenen Vorteil anzetteln, ob gegen Freund oder Feind und schon gar nicht, wenn es gegen Rußland geht.

Dietmar Hänel, Flöha

Zu schwach, zu feige, zu untertänig oder politisches Kalkül?

In Osteuropa tobt seit 2014 ein Krieg, den es nicht geben würde, hätten die USA und die NATO die Ukraine nicht gegen Rußland bis an die Zähne bewaffnet; ein Krieg, der längst beendet sein könnte, würden die USA und die NATO die Ukraine nicht weiterhin mit modernsten Waffen überschütten und hätten sie nicht einen bereits von beiden Kriegsparteien ausgearbeiteten Vertrag zu seiner Beendigung in den Zerreißwolf geworfen.

Ein weiterer Höhepunkt der USA-Kriegstreiberei gegen Rußland ist nun erreicht. Die USA haben der Ukraine international geächtete Streubomben geliefert, außer Atombomben eines der gefährlichsten Waffensysteme gegen die Zivilbevölkerung. Inzwischen prahlt der Waffennarr Selenskyj schon mit einem erfolgreichen Einsatz der Streubomben von Uncle Sam. Wieviel Zivilisten hat er schon getötet?

Die auch als „Oslo-Abkommen“ 2010 bezeichnete völkerrechtsverbindliche Erklärung zum Verbot von Streumunition verpflichtet in Artikel 21 alle Unterzeichner, Staaten, die nicht Vertragspartner sind, davon abzuhalten, Streumunition einzusetzen. Deutschland hat dieses Abkommen unterzeichnet, die USA nicht. Und wie reagiert die deutsche Bundesregierung auf den Artikel 21 des Abkommens den USA gegenüber? Da erklärt deren Bundespräsident pflichtwidrig: „Wir können den USA nicht in den Arm fallen!“

Warum eigentlich nicht?

Fühlt sich die BRD als europäischer Dominanzstaat und Unterzeichner des „Oslo-Abkommens zur Ächtung von Streumunition“ zu schwach, die USA von einem Kriegsverbrechen abzuhalten? Fürchtet sie sich davor, dann auch noch als Gegenwirkung auf das umweltschädliche und überteuerte US-Fracking Gas verzichten zu müssen und dadurch ihre Energiekrise zu verstärken, nachdem sie selbst den Gashahn aus Rußland zugesperrt hat? Ist die BRD durch die Eingriffe der USA in ihre innen- und außenpolitische sowie ökonomische Entwicklung schon derart geschwächt, daß sie nicht einmal die moralische Kraft aufbringt, das Verhalten der USA zu verurteilen und sich davon unzweideutig

zu distanzieren? Oder ist die Ampelkoalition zu feige, dem militärischen Kraftprotz USA die Grenzen aufzuzeigen und ihn in die Schranken zu weisen, zumindest, was sein Kriegsschüren in Europa betrifft? Selbst unter der Schablone, dem NATO-Bündnis verpflichtet zu sein, wäre die BRD nicht daran gehindert, sich eindeutig gegen die Anwendung von Streumunition einzusetzen.

Manfred Wild, Berlin

Warum der Iran?

In unseren gleichgeschalteten „Qualitätsmedien“ hat man sich in der letzten Zeit besonders auffällig für die Menschenrechtssituation im Iran interessiert. Auch im Juni-„RotFuchs“ wurde durch Kamal Salehzadeh die Situation treffend beschrieben. Aufhänger für die mediale Aufmerksamkeit war die Tötung der Studentin Mahsa Amini infolge der Mißhandlungen durch die „Sittenpolizei“. Proteste in Teheran und anderen iranischen Städten waren die Folge. Den Fokus der Berichterstattung auf tatsächliche Menschenrechtsverletzungen und ein reaktionäres Regime zu richten, ist an sich lobenswert. Doch warum nur so konzentriert auf den Iran? Die Situation ist zum Beispiel in Saudi-Arabien nicht anders. Die grausame Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi hat die BRD zu „scharfem Protest“ veranlaßt. Sicherlich sehr nachhaltig, denn der Kronprinz hätte sich beinahe totgelacht. Von Sanktionsforderungen und Embargo war keine Rede, sein Name war ja nicht A. Nawalny. Das Waffen- und Ölgeschäft wurde nicht gestört. Über die Menschenrechte in Katar muß man nicht reden, es gibt keine. Afghanistan ist in Vergessenheit geraten. Der Iran ist zum „Erzfeind“ der USA und Israels ernannt worden. Da bekommen die Medien schon mal „Grünes Licht“ für Kritik. So funktioniert tendentielle Berichterstattung, wie wir sie im Ukrainekonflikt täglich erleben.

Siegfried Duske, Biedenkopf

Aufklärung ist nötig!

Herausragende Philosophen (Marx, Engels, Lenin, Hegel, Kant ...), Wissenschaftler (Einstein ...), Dichter, Schriftsteller (Goethe, Schiller, Brecht ...), Politiker (Ho Chi Minh, Alvaro Cunhal, Fidel Castro ...) und weitere Persönlichkeiten haben sich den Kopf zerbrochen und nach den Ursachen und Verursachern von Kriegen, Krisen, Hunger, Elend, Umweltzerstörung gefragt und Antworten gegeben, die zu vernünftigen Schlußfolgerungen führen können.

Rachel Hanan, geb. Cahana, geb. 1929 in Rumänien, kam an ihrem 15. Geburtstag (15. Mai 1944) im KZ Auschwitz an. Noch am selben Tag wurden ihre Mutter, ihr Vater und drei Brüder mit Gas getötet und verbrannt. Sie und ihre drei Schwestern haben die deutschen Faschisten als Arbeitssklaven in Auschwitz, Bergen-Belsen und Duderstadt ausgebeutet und 1945 nach Theresienstadt transportiert, wo sie von der Sowjetarmee befreit wurden.

In ihrem Buch „Ich habe Wut und Haß besiegt“ schildert sie beweiskräftig, wie sich deutsche Männer und Frauen in Auschwitz und anderen Lagern als SS-KZ-Wächter schlimmer als Tiere gegenüber jüdischen Menschen aufgeführt haben. Nicht weit vom Geburtsort Rachel Hanans entfernt, in der Westukraine, haben ukrainische Bandera-Faschisten jüdische, polnische Menschen und Kommunisten umgebracht. Heute gibt es dort Bandera-Denkmal und Straßen, die seinen

Namen tragen! Der deutsche Faschismus war ein Produkt des deutschen Imperialismus, der die ukrainischen und russischen Getreidefelder und Bodenschätze des größten Landes der Erde rauben wollte.

Marx und Engels kamen zu der richtigen Erkenntnis: Es geht um die Systemfrage!

Nur wenn sie gelöst wird, haben Ausbeutung, Krisen und Kriege keine Chance mehr.

Aufklärung ist nötig, damit sich nicht wieder Millionen in einen Krieg hetzen lassen.

Horst Jäkel, Potsdam

Wichtige Ergänzung

Mit Interesse habe ich die verschiedenen Beiträge zum Jubiläum des 17. Juni in den letzten Ausgaben des „RotFuchs“ zur Kenntnis genommen – und bin dankbar für die objektive Darstellung und die Widerlegung der überhöhten einseitigen offiziellen Interpretationen. Aufgefallen ist mir, daß ein wichtiges Argument, das die These vom „Volksaufstand“ widerlegt, unerwähnt geblieben ist: In der DDR gab es in den 50er Jahren rund 10 000 Gemeinden, nur in rund 250 von ihnen, ausschließlich Industriestandorte in der Mitte und im Süden der DDR, ist es überhaupt zu Unruhen gekommen. Es handelte sich also um regional klar begrenzte Aktionen – damit wird auch verständlich, daß einige wenige sowjetische Panzer den Spuk schnell beenden konnten. Bei einem flächendeckenden Volksaufstand wäre ein Panzereinsatz sinnlos gewesen.

Nochmal Dank auch für die vielen anderen interessanten Beiträge, unter anderem auch zur Ukraine-Problematik.

Dr. Peter Hoffmann, Nassenheide

Stolz auf Geleistetes

Am 25. August nahmen meine Ehefrau und ich an einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Harz teil. Auf ihr sprach Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch „Alles hat ein Ende – auch die Marktwirtschaft“.

Der Chef des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode (ELMO) schilderte, untersetzt mit vielen Fakten, den herausfordernden Arbeitsalltag als Betriebsdirektor eines Großbetriebes und sprach mit Anerkennung und Achtung von den großen Leistungen der Betriebsangehörigen insgesamt. Nach 1989/90 wurde durch „Experten“ im Auftrage der Treuhand alles unternommen, um den Betrieb völlig falsch zu bewerten und die verdienstvolle Tätigkeit seines letzten Leiters herabzuwürdigen. Den Teilnehmern der Veranstaltung wurde einmal mehr bewußt, daß die Bürger des vereinnahmten ostdeutschen Staates ihre erbrachten Leistungen nicht unter den Scheffel zu stellen brauchen. Ohne Probleme und Schwierigkeiten beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung zu leugnen, haben wir allen Grund, auf 40 Jahre DDR mit Stolz zurückblicken und dies auch unseren Kindern sowie Enkeln nahezubringen.

Reinhardt Koblichke, Aschersleben

Zeitweilig kein Unrechtsstaat

Seit längerer Zeit spielt in den bürgerlichen Medien der „Unrechtsstaat DDR“ kaum noch eine Rolle. Geschuldet ist das offenbar der Tatsache, daß der Krieg in der Ukraine, eine stagnierende Wirtschaft, Inflation, Energiekrise etc. den Herrschenden langsam auf die Füße fallen.

Zunächst möchte ich nochmals darauf verweisen, daß es weder im völkerrechtlichen noch

im juristischen Sinne den Begriff Unrechtsstaat gibt. Er ist als infame Unterstellung den Hirnen notorischer DDR-Hasser entsprungen und dient allenthalben dazu, die DDR zu kriminalisieren und zu stigmatisieren. Sicher hat es in unserem Staat auch Entscheidungen gegeben, die rechtsstaatlichen Prinzipien widersprachen. Solche Probleme stellten aber die DDR in ihrer politischen und gesellschaftlichen Gesamtheit als Rechtsstaat nicht in Frage.

Die BRD jedoch hätte allen Grund, ihre Rechtsstaatlichkeit auf den Prüfstand zu stellen: Obdachlose unter der Brücke, Suppenküchen für Bedürftige, ungleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, ein krankes Gesundheitssystem, Bandenkriminalität, um sich greifende Armut etc., flächendeckende Überwachung der Bürger mit technischen Mitteln, Einschränkung der freien Meinungsäußerung. Bürger, die den Verkündungen von Scholz, Baerbock, Habeck u. a. in Teilen oder ganz widersprechen, werden in die rechte Ecke gestellt. Die Aufzählung ließe sich endlos fortsetzen.

Dieter Karl Dethloff, Schwerin

„Verschickungskinder“

Die Super illu vom 13.7.23 propagierte ein Buch mit dem Titel „Verschickungskinder“ von Lena Gilhaus aus Köln, geboren 1985. Sie gehört also zu jenen, die Bescheid wissen über die frühen DDR-Jahre. Ihr Wissen schöpft sie angeblich aus Erlebnisberichten von Zeitzeugen. Daraus entstehen (so Super illu) im Buch „erschütternde und verdrängte Geschichten der Nachkriegszeit“: „Millionen Kinder aus der BRD und der DDR verbrachten einen Teil ihrer Kindheit in Heimen an der Nord- und Ostsee. Sie sollten dort zu Kräften kommen, doch viele erlebten diese Zeit als Grauen!“

Mein persönlicher Erlebnisbericht: Nach einem mehrwöchigen Krankenhausaufenthalt wegen Scharlach 1951 in Forst/L. wurde ich anschließend für sechs Wochen zur Erholung in das Kindererholungsheim Wiek/Rügen „verschickt“. Ich war damals acht Jahre alt und erholte mich gut. Soviel zu meinen „grauenvollen“ Erfahrungen. In der heutigen Presse lesen wir ständig, daß im Osten alles grauenvoll war. Übrigens mußte ich das „Grauen“ 1957 als 14-Jähriger noch einmal über mich ergehen lassen. Auch diesen dreiwöchigen Erholungsaufenthalt in Weißbach bei Schmölln überstand ich bei Abwesenheit westdeutscher katholischer „Würdenträger“ schadlos und ohne sexuellen Mißbrauch. Wir hatten Spaß ohne Ende. Mit einer der dortigen Erzieherinnen korrespondierte ich sogar noch einige Wochen. Ich erinnere mich noch heute sehr gerne an diese Zeit. Ich habe die DDR als kinderfreundliches Land erlebt! Waren die Kinderferienlager (Kosten: eine Mark) etwa auch grauenvoll? Mußten die Kinder hungern oder wurden sie mißhandelt? Zwar gingen Klassenfahrten nicht nach Mallorca, welch ein Grauen! Sie waren aber für alle bezahlbar. Frau Gilhaus, fragen Sie doch mal die damaligen Kinder.

Peter Henze, Federsdorf-Vogelsdorf

Leben in und nach der gescholtenen Republik

Immer und immer wieder wurde sie von ihrer Tante, Dr. Gudrun Stamminger, Geschäftsführerin des Labors im Klinikum Chemnitz, gemahnt: Beschäftige Dich doch auch mit Stephan Tanneberger. Hatten für Christiane Rößler doch schon Persönlichkeiten wie Inge Keller, Gisela Mai,

Manfred Wekwerth oder Gerhard Zwerenz ihren Kopf „gegeben“: den Inhalt durch eine Vielzahl von Begegnungen, Gesprächen und Briefwechsel, die äußere Gestalt durch Fotografie und Stillsitzen für die Absolventin der Berliner Kunsthochschule. Genauso hatte sich die Bildhauerin Stephan Tanneberger genähert, dem ausgewiesenen, international anerkannten Onkologen der DDR, dem Direktor des Zentralinstituts für Krebsforschung der Akademie der Wissenschaften. 1990, ohne Arbeitsmöglichkeit in dem größer gewordenen Deutschland, übernahm er leitende Aufgaben der Krebsbekämpfung in der Dritten Welt und lehrte Onkologie an der Universität Bologna.

Nicht nur die Medizin war sein Medium, auch die Friedensarbeit. Sein Verdienst ist die Stiftung „Zentrum für Friedensarbeit – Otto Lilienthal – Hansestadt Anklam“ mit dem dortigen Projekt „Wald für Frieden und gegen Klimawandel“.

Christiane Rößler suchte Professor Stephan Tanneberger im Jahr 2017, seinem letzten Lebensjahr, wiederholt auf und arbeitete fortan, gespeist durch das gegenseitige Kennenlernen an einem plastischen Portrait.

Dieses konnte anlässlich seines 1. Todestages in einer Veranstaltung der „RotFuchs“-Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Damit hatte die Tante ein erstes Ziel erreicht, das sie zu Beginn den Anwesenden erläuterte. Im Wechsel mit Renate Richter-Wekwerth, der Schauspielerin und Witwe von Manfred Wekwerth, wurde der Abend zu einem auch emotionalen Erlebnis. Die eine kluge Frau ließ die Zuhörer teilhaben am Entstehen des Kunstwerkes, die andere ebenso weise, las mit lauter Stimme Kapitel aus einigen der Werke, die uns Stephan Tanneberger zum Glück hinterlassen hat: „Barfuß übers Stoppelfeld und Wahrheitssuche“

Da diese Bücher und weitere sogleich erworben werden konnten, war dieser Abend für die Besucher gelungen. Deswegen ein herzlicher Dank an die beiden Gestalterinnen.

Nun geht es noch darum, die Tante dabei zu unterstützen, daß ein würdiger Platz für die von ihr initiierte Büste gefunden werden kann.

Ronald Wandel, Oberlungwitz

Vorschlag eines Lesers

Der Artikel von Raimon Brete über das Sorge-Denkmal in Chemnitz brachte mich auf den Gedanken, einen Vorschlag zu unterbreiten. Es gab in Dresden auf der Lennéstraße bis 1990 ein Sorge-Denkmal, das von Denkmalstürmern beschädigt wurde und dann verschwand. Es ist zu vermuten, daß die Bronzebüste des Dresdner Bildhauers Gerd Jaeger in einem Depot gelandet ist. Da Richard Sorge mit seiner Tätigkeit einen wesentlichen Beitrag zur Niederrückung des deutschen Faschismus geleistet hat, wäre eine Wiederaufstellung der Büste mit Sockel nur recht und billig. Ein Anlaß dazu wäre der 80. Jahrestag seiner Hinrichtung in Tokio am 7. November 2024. Ich würde mich freuen, wenn meine Zeilen eine Initiative von Dresdner Genossen auslösen würden, die Möglichkeiten für ein solches Vorhaben auszuloten.

Wolfgang Kronschwitz, Radeberg

Betr. Beitrag „Der 17. Juni und der Eiertanz der PDL“ von Rico Jalowitzki, im September-RF, S. 32
Wir berichtigen, daß Nicole Gohlke nicht aus Brandenburg, sondern aus Bayern kommt.

RF



Springerreporter an den Brennpunkten der Weltpolitik

Fotomontage: Klaus Georg „Eulenspiegel“, 26/1969

■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

Am 27. Oktober um 15 Uhr spricht Uwe Trostel (1992–2004 Berater in Rußland und der Ukraine) zum Thema: **Geht von Rußland eine Gefahr aus?**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

Am 28. Oktober um 10 Uhr spricht Karin Leukefeld (Middl-East-Korrespondentin) zum Thema: **Die neue NAHOST-Situation und die Auswirkungen auf Syrien**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe **Gera**

Am 28. Oktober um 14 Uhr spricht Bernd Krüger, Absolvent der Bauhausuniversität in Weimar, zum Thema: **Bauhaus-Architektur und Kultur vor 100 Jahren begründet. Bauhaus-Tradition – Pflege und Erbe in der DDR**

Ort: Gaststätte „Geraer Höhlertfest“, Steinweg 1, 07545 Gera

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker,
Renate Aulfes

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Gabriele Parakeninks
Postfach 520 223, 12592 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 01 51/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVEXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.